

**HESSISCHER LANDTAG**

13. 07. 94

99. Sitzung

Wiesbaden, den 13. Juli 1994

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	5755	Minister Fischer	5778
<i>Entgegengenommen</i>	5755	Ministerin Stiewitt	5779
Präsident Starzacher	5755	Hielscher	5779
Präsident Starzacher	5813	Vizepräsidentin Schönhut-Keil	5780
		Weist	5780
		Vizepräsidentin Schönhut-Keil	5780
15. Antrag der Fraktion der CDU betreffend verfehlte Abfallpolitik der Landesregierung		4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregie- rung für ein Gesetz zur Anpassung von Vorschriften des Gesundheitswesens an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum und zur Änderung des Heilberufsgesetzes	
- Drucks. 13/6305 -	5755	- Drucks. 13/6282 -	5780
<i>Abgelehnt</i>	5773	<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuß (federfüh-</i> <i>rend), dem Ausschuß für Jugend, Familie und Ge-</i> <i>sundheit und dem Rechtsausschuß (beteiligt) über-</i> <i>wiesen</i>	5780
Reif	5755	Vizepräsidentin Schönhut-Keil	5780
Minister Fischer	5758		
<i>Bouffier</i>	5759	5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Ge- setz über die vorläufige Unterbringung in Über- gangwohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften	
<i>Schnabel</i>	5760	- Drucks. 13/6301 -	5780
Burghardt	5761	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuß für Jugend, Fami-</i> <i>lie und Gesundheit (federführend), dem Rechtsaus-</i> <i>schuß, dem Haushaltsausschuß und dem Unteraus-</i> <i>schuß für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge</i> <i>und Wiedergutmachung (beteiligt) überwiesen</i> ...	5783
<i>Schnabel</i>	5761	Fuhrmann	5780
<i>Kartmann</i>	5763	Weiß	5781
Hielscher	5763	Schönhut-Keil	5781
Minister Fischer	5766	Ministerin Blaul	5782
Pawlik	5766	<i>Kappel</i>	5782
Weimar	5768	Kappel	5782
Minister Fischer	5770	Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)	5782
Hielscher	5771		
<i>Pawlik</i>	5771	6. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregie- rung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Ge- setz über Personalausweise	
Burghardt	5771	- Drucks. 13/6286 zu Drucks. 13/5794 -	5783
Vizepräsident Pfeil	5772	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Dr. Jung (Rheingau)	5772	<i>Gesetz beschlossen</i>	5783
Vizepräsident Pfeil	5772	von Plottnitz	5783
Weidmann	5772	Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)	5783
Vizepräsident Pfeil	5772		
Dr. Jung (Rheingau)	5772		
Weist	5772		
Vizepräsident Pfeil	5773		
Präsident Starzacher	5773		
18. Antrag der Abg. Hielscher, Kappel, Pfeil (F.D.P.) und Fraktion betreffend Aussetzen der Programme “Arbeitssicherheit in Chemieanlagen“ (ASCA) und “Sofortprogramm Anlagensicherheit“ (SPAS)			
- Drucks. 13/6308 -	5773		
<i>Abgelehnt</i>	5780		
Hielscher	5773		
Burghardt	5774		
<i>Hielscher</i>	5775		
Velte	5776		
Maus	5777		

	Seite		Seite
11. Große Anfrage der Abg. Degen, Reif, Rösler, Gerling, Irmer, Klee, Seif, Weimar (CDU) und Fraktion betreffend Abwasserreinigung		23. Regierungserklärung des Kultusministers zur Bildungspolitik in Hessen	5784
- Drucks. 13/6269 zu Drucks. 13/4633 -	5783	<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	5803
<i>Dem Umweltausschuß überwiesen</i>	5783	Minister Holzapfel	5784
Dr. Jung (Rheingau)	5783	Kartmann	5790
Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)	5783	Hertle	5794
		<i>Ruth Wagner (Darmstadt)</i>	5795
		Kappel	5797
		Kahl	5799
		Ruth Wagner (Darmstadt)	5802
		Vizepräsident Pfeil	5803
12. Große Anfrage der Abg. Degen, Prof. Dr. Hamer, Dr. Burggraf, Lenz, Möller (Gießen), Rotthoff, Friedrich, Badeck, Velte, Schoppe, Breitwieser, Rippert (CDU) und Fraktion betreffend Zukunft der hessischen Musik- und Jugendkunstschulen		28. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Hessisches Gesetz zur Erstattung der Kosten von straffreien Schwangerschaftsabbrüchen	
- Drucks. 13/6280 zu Drucks. 13/4527 -	5783	- Drucks. 13/6349 zu Drucks. 13/6197 -	5803
<i>Dem Ausschuß für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i>	5783	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Dr. Jung (Rheingau)	5783	<i>Gesetz beschlossen</i>	5807
Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)	5783	Weidmann	5803
		Schmidt (Schwalmstadt)	5803
		Vollmer	5804
		Ruth Wagner (Darmstadt)	5805
		Daniela Wagner (Darmstadt)	5806
		Vizepräsident Nassauer	5807
		von Plottnitz	5807
		Vizepräsident Nassauer	5807
22. Antrag der Fraktion der SPD betreffend familienpolitische Schwerpunkte in Hessen und eine gesamtgesellschaftliche Offensive für einen wirksamen Familienleistungsausgleich		7. Große Anfrage der Abg. Degen, Prof. Dr. Hamer, Dr. Burggraf, Lenz, Möller (Gießen), Rotthoff (CDU) und Fraktion betreffend Museen in Hessen	
- Drucks. 13/6312 -	5783	- Drucks. 13/5634 zu Drucks. 13/3915 -	5807
<i>Dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit (federführend) und dem Ausschuß für Frauen, Arbeit und Sozialordnung (beteiligt) überwiesen</i>	5783	<i>Antwort besprochen</i>	5813
Weidmann	5783	Degen	5807
Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)	5783	Weber (Hünstetten)	5809
		Ruth Wagner (Darmstadt)	5811
		Hertle	5813
		Ministerin Prof. Dr. Mayer	5813
		Präsident Starzacher	5813
		<i>siehe auch Anlagen 1 und 2</i>	5815
25. Beschlüßempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen			
- Drucks. 13/6331 -	5783		
<i>Beschlußempfehlungen angenommen</i>	5783		
Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)	5783		
24. Beschlüßempfehlung und Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Jugendpolitik			
- Drucks. 13/6289 zu Drucks. 13/6081 -	5784		
<i>Beschlußempfehlung angenommen</i>	5784		
Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)	5784		

Im Präsidium:

Präsident Starzacher
Vizepräsident Möller (Gießen)
Vizepräsidentin Schönhut-Keil
Vizepräsident Pfeil
Vizepräsidentin Wagner (Eschwege)
Vizepräsident Nassauer

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Eichel
Minister des Innern Bökel
Minister der Finanzen Welteke
Ministerin der Justiz Dr. Hohmann-Dennhardt
Kultusminister Holzapfel
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Mayer
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Technologie und Europaangelegenheiten Klemm
Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten Fischer
Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit Blaul
Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung Stiewitt
Minister für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Jordan
Staatssekretär Suchan
Staatssekretär Schmidt-Deguelle
Staatssekretär Fromm
Staatssekretär Dr. Noack
Staatssekretär Schmidt
Staatssekretärin Schmerbach
Staatssekretär Dr. Kummer
Staatssekretär Kurth
Staatssekretär Müller
Staatssekretär Glaßer
Staatssekretär Praml

Abwesende Abgeordnete:

Schmidt (Kassel)
Soltwedel

(Beginn: 9.02 Uhr)

Präsident Starzacher:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 99. Plenarsitzung und stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Ich weise darauf hin, daß wir gestern die Tagesordnungspunkte 2 a bis d und von Tagesordnungspunkt 3 die erste Lesung erledigt haben.

(Unruhe - Glockenzeichen des Präsidenten)

Herr Kollege Becker, wenn Sie liebenswürdigerweise Platz nehmen würden! - Vielen Dank!

Wie Sie dem ausgedruckten Zeitplan entnehmen können, beginnen wir heute mit Tagesordnungspunkt 15: Antrag der Fraktion der CDU betreffend verfehlte Abfallpolitik der Landesregierung - Drucks. 13/6305 -. Danach folgt Tagesordnungspunkt 18. Es ist vorgesehen, daß wir heute bis 18 Uhr tagen. Eine Mittagspause soll zwischen 13 und 15 Uhr stattfinden.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend verfehlte Abfallpolitik der Landesregierung - Drucks. 13/6305 -

Ich erteile Herrn Abg. Reif für die CDU-Fraktion das Wort. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hessen befindet sich in der schlimmsten Entsorgungskrise seit Bestehen des Landes,

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfeil (F.D.P.) - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit Christi Geburt! - Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind die Luftschutzbunker?)

und dies nur drei Jahre und drei Monate nach Übernahme des Ministeriums durch den derzeitigen Umweltminister.

Mit unserem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, für eine Übergangszeit die Entsorgung hessischen Abfalls auch in anderen Bundesländern zuzulassen,

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles rüber in die DDR! - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wozu haben wir denn die neuen Bundesländer?)

bis in Hessen die notwendigen Entsorgungskapazitäten endlich geschaffen sind. Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert,

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einheitsgeschenke!)

umgehend die im Abfallentsorgungsplan von 1990 vorgesehenen Anlagen in Zusammenarbeit mit den Kommunen voranzutreiben, wie das übrigens schon Karlheinz Weimar als Umweltminister getan hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind nicht für Abfallexporte - damit Sie das gleich wissen,

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

und damit Sie, Herr Umweltminister, Ihre Zitate aus der vorherigen Regierungszeit auch gleich wieder einpacken. Wir gehorchen heute der Not, den Schlamassel, den Sie in

drei Jahren und drei Monaten im Lande Hessen angerichtet haben, zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Nur Fischer-Dreck!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Uns wäre dies hier nicht passiert. Wir hätten die Anlagen so, wie sie geplant waren, weiterbetrieben, und wir hätten diesen Abfallentsorgungsplan von 1990 konkret und konsequent mit den Kommunen als Partnern in diesem Lande umgesetzt. Deshalb wäre diese Situation nicht entstanden.

(Beifall bei der CDU - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Seinen Dreck dalassen und nach Bonn gehen!)

Spätestens durch die Eilentscheidung des Frankfurter Verwaltungsgerichts vom Montag wird das totale Versagen der rotgrünen Koalition in der Entsorgung von normalem Hausmüll deutlich. Fischer hinterläßt zum Abschluß seiner Vorstellung in Hessen ein einzigartiges Chaos und ist gescheitert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hielscher (F.D.P.))

Da Ihnen selbst nach der vernichtenden Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Sachen Müllexport des Main-Kinzig-Kreises offenbar die Einsicht fehlt, werden Sie den Weg der totalen Erfolglosigkeit konsequent und gnadenlos bis zu Ihrem Ausscheiden als Landesminister im Oktober auskosten müssen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hielscher (F.D.P.) - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Hölle wird er schmoren!)

Vier hessische Landkreise werden unter Fischer seit rund drei Jahren systematisch in diesen Entsorgungsinfarkt getrieben. Die Landkreise Gießen, Marburg-Biedenkopf, Wetterau und Main-Kinzig können rund 300.000 t Haushaltsabfälle pro Jahr nicht mehr auf eigenen Deponien ablagern und müssen außerhalb ihrer Kreise entsorgen.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der Gipfel!)

Die dramatische Situation in diesen Kreisen wurde durch die Konzeptionslosigkeit von grünen Umweltdezernenten vor Ort wesentlich mitverursacht.

(Beifall bei der CDU - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie doch selbst nicht! Wer hat denn in Marburg-Biedenkopf die Planfeststellung zurückgezogen? Das waren doch Sie und Ihre Leute!)

Meine Damen und Herren, im Landkreis Gießen, der ab 1. Januar 1995 über keine eigene Deponie mehr verfügt, war der verantwortliche Umweltdezernent bis 1993 Chris Boppel von den GRÜNEN.

(Hagemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat das gar nicht so schlecht gemacht!)

In Marburg-Biedenkopf ist eine Hausmülldeponie weder vorhanden noch geplant.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gegen Ihren Widerstand Planung vor Ort!)

Mitverantwortlich für diese Politik sind Staatssekretär Baake, von 1985 bis 1991 Umweltdezernent im Landkreis,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

und der grüne Beigeordnete Schwedes, von 1991 bis 1993 Abfalldezernent. In der gleichen Position durfte er sich

ebenfalls erfolglos im Wetteraukreis üben, wo er nahezu fortgejagt wurde.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ab 1995 müssen in beiden Kreisen bis zu 100.000 t Abfall pro Jahr außerhalb entsorgt werden. Der Grund: In Hessen gibt es zwar Entsorgungsmöglichkeiten, aber die sind so exorbitant teuer, daß sie den Kreisen und ihren Bürgern unzumutbar wären.

Die gleiche Situation treffen wir im Wetteraukreis an. Auch hier war die Abfallpolitik über acht Jahre bis 1993 durch die GRÜNEN bestimmt. Die Beigeordneten Schwedes und Gertz sind für diese verfehlte Abfallpolitik verantwortlich. Bisher entsorgten Wetteraukreis und Marburg-Biedenkopf in Uttershausen. Für eine Verlängerung dieses Vertrages müßten beide Kreise tief in die Tasche greifen.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie einmal etwas zur Zurückziehung der Planfeststellung in Marburg-Biedenkopf!)

Die Rede ist von einer Gebühr zwischen 800 und 1.500 DM pro Tonne.

Auch im Main-Kinzig-Kreis ergibt sich trotz einer in Planung befindlichen Deponie eine Entsorgungslücke von drei Jahren. Verantwortlicher Dezernent bis 1993 war Dr. Friedrich von den GRÜNEN, der zum Schluß wegen ständiger Erfolglosigkeit verjagt wurde, selbst von den Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Als vorläufiges Fazit ein Kommentar aus dem "Hanauer Anzeiger" vom 5. Juli:

Auf dem Sektor Abfallbeseitigung fühlen sich die hessischen Landkreise seit Jahren alleingelassen. In sieben dieser Gebietskörperschaften zittern die Verantwortlichen in den akuten Müllnotstand hinein, weil ihre überwiegend Grünen-Umweltdezernenten genauso untätig waren wie ihr Umweltminister in Wiesbaden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfeil (F.D.P.))

Weiter heißt es in diesem Kommentar:

Viel Unverbindliches, meist Ideologisches war bisher aus der Landeshauptstadt zu hören. An die Vorlage eines neuen, zeitgerechten Abfallentsorgungsplanes für Hessen scheint Fischer im Traum nicht zu denken. Genehmigungsverfahren für neue Deponien lassen ebenso auf sich warten wie Initiativen zur thermischen Vorbehandlung des Abfalles, wie sie inzwischen vom Bund her zwingend vorgeschrieben ist.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Ihre Leute keine Anträge stellen! - Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Legen Sie doch einmal einen Antrag vor!)

Dies alles wird wohl bewußt verschleppt.

So der Kommentar eines Journalisten aus dem Main-Kinzig-Kreis. Ich sage: Recht hat der Mann.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Denn:

Während die benachbarten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bereits dabei sind, ihre Konzeption der neuen TA Siedlungsabfall anzupassen, wird in Hessen immer noch

mit der Stange im Nebel herumgestochert. Gleichzeitig bleiben Genehmigungsverfahren für Abfallentsorgungsanlagen und Deponien einfach liegen und werden verschleppt, wie wir das bereits bei anderen Genehmigungsverfahren in Hessen kennen.

Das sage nicht ich, sondern das schreibt Herr Pipa, Umweltdezernent im Main-Kinzig-Kreis, an Minister Fischer in Wiesbaden.

Und er sagt weiter:

Seit einem Jahr -

- Originalton Pipa -

wollen wir von Ihnen wissen, wie in Hessen die TA Siedlungsabfall umgesetzt werden soll. Brauchen wir eine kalte Vorbehandlung oder ist die als Ersatz für eine thermische Behandlung anzusehen?

Seit einem Jahr schweigt Ihr Ministerium dazu. Herr Minister, nehmen Sie endlich einmal Ihre originären Aufgabenstellungen wahr, indem Sie klare Vorgaben erlassen. - Recht hat er, der Herr Pipa, und wir schließen uns seiner Meinung an.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Koch (CDU): Welcher Partei gehört er denn an?)

- Herr Pipa? - Er ist der Unterbezirksvorsitzende der SPD im größten Kreis in Hessen. Er war lange Jahre in der Koalition mit der Partei von Herrn Fischer.

(Koch (CDU): Der ist inzwischen belehrt!)

Nachdem Sie über drei Jahre den betroffenen Landkreisen nicht geholfen haben, ihre Abfälle zu entsorgen,

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie über Ihre Geschäfte oder über Politik?)

sollten Sie den betroffenen Landkreisen einen letzten Dienst als Minister erweisen und ihnen den Export in andere Bundesländer genehmigen, übrigens auf Deponien, die den allerhöchsten Standard erfüllen. Der Export wird schon deshalb notwendig sein, weil sonst die Müllgebühr für die betroffene Bevölkerung nicht mehr zu bezahlen sein wird.

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über welche Ihrer Geschäfte reden Sie gerade? Sie wollen doch nur deren Geschäfte mit dem Müll betreiben!)

Meine Damen und Herren, daß Sie mir nichts glauben, ist mir ja klar. Aber hören Sie sich wenigstens an, was Ihre Koalitionspartner auf kommunaler Ebene sagen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Main-Kinzig-Kreis erklärt hierzu:

Es mag ja Herrn Fischer nicht interessieren, was es den Gebührenzahler kostet. Uns in den Kreisen muß es aber interessieren, weil die wachsenden Kosten längst die Portemonnaies der Familien überfordern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Und weiter sagt er:

Das Angebot aus dem benachbarten Wetteraukreis würde beispielsweise bedeuten, daß ein Vier-Personen-Haushalt schon bald 1.700 DM im Jahr allein für die Deponiekosten zahlen müßte, die dem Kreis entstehen.

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hoch sind die Verbrennungskosten?)

Herr Weist, das entspräche einer Gebührensteigerung von 500 Prozent innerhalb weniger Jahre, die Sie als GRÜNE zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in dem Schreiben des Main-Kinzig-Kreises an den Umweltminister Fischer vom 16. Juni - von Herrn Pipa, SPD - können wir wiederum lesen - an Fischer gerichtet -:

Ihre Aufgabe wäre es gewesen, uns Entsorgungskapazitäten nachzuweisen. Doch gibt es die in Hessen? Wenn ja, zu welchen Preisen? Und wenn wir schon einmal wichtige Informationen aus Ihrem Hause benötigen, dann wird nicht reagiert.

Schließlich kontert der Abfaldezernent auf den Vorwurf aus dem Ministerium, der Kreis verschleppe das Verfahren für die neue Deponie:

Seit 1992 ist das Verfahren nicht mehr in unserer Hand. Ausschließlich Landesbehörden sind damit befaßt.

Und weiter:

Da Sie sich in die parteipolitische Auseinandersetzung des Main-Kinzig-Kreises als Landesbehörde eingemischt haben, habe ich heute Herrn Ministerpräsident Eichel eine Kopie dieses Schreibens übersandt.

Ich frage: Was nun, Herr Eichel? Wo bleibt eigentlich der Ministerpräsident? Ist dieser auch hier, wie bei allen anderen wichtigen Themen dieses Landes, total abgetaucht?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Diese schwerwiegenden Vorwürfe an den hessischen Umweltminister und an SPD und GRÜNE stammen ja nicht aus der Feder der Opposition. Sie stammen ausnahmslos von Sozialdemokraten, die in betroffenen Landkreisen kommunalpolitisch Verantwortung tragen, Kommunalpolitiker, die das, was hier geschieht, als Machenschaften bezeichnen, die von Joschka Fischers Scherbenhaufen reden, die der Landesregierung falsches Zahlenspiel vorwerfen und die feststellen, daß sie sich von dem Umweltminister nicht an den Pranger stellen lassen würden.

Meine Damen und Herren, da wird von pauschaler Vorverurteilung, von Untätigkeit, von ignoranter Betrachtungsweise, von Täuschung der Bevölkerung gesprochen, und dies alles von Sozialdemokraten, die dieser rotgrünen Landesregierung offenbar überdrüssig sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

SPD und GRÜNE haben in diesem Hause für Ihre Abfallpolitik keine Mehrheit mehr. Denn während in Wiesbaden der hessische Umweltminister Abfallexporte in Deponien nach anderen Bundesländern verbietet, treten hohe und höchste sozialdemokratische Würdenträger in kommunalpolitischer Verantwortung eben für diese Abfallexporte ein.

So trägt Hessens Wirtschaftsminister Lothar Klemm als Kreistagsabgeordneter die Abfallpolitik seiner Parteifreunde vor Ort voll mit. Was nun, Herr Eichel? Sind wir nun für Abfallexport oder gegen Abfallexport? - Ähnlich wie mit Lothar Klemm verhält es sich mit Kollegen aus dem Wetteraukreis und aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf, die der Not gehorchend, das gleiche tun müssen.

Im Landkreis Gießen trägt Karl Starzacher, SPD, kommunalpolitische Verantwortung als Vorsitzender der

SPD-Kreistagsfraktion. Während ihn der grüne RP in Gießen vor der Kreistagssitzung am 4. Juli ausdrücklich schriftlich darauf aufmerksam macht, daß ein Export hessischer Siedlungsabfälle außerhalb des Landes nicht zugelassen wird, trägt dieser und seine eigene Fraktion den Vertrag mit dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband einstimmig mit.

Was nun, Herr Eichel, so frage ich. Ich behaupte, die derzeitige hessische Abfallpolitik von Joschka Fischer ist in unserem Land nicht mehr mehrheitsfähig,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

weil Sie nicht in der Lage sind, die akuten Abfallprobleme von einem Viertel der hessischen Bevölkerung, von 1,5 Millionen Einwohnern in Hessen, zu lösen.

Wir fordern Sie deshalb auf, endlich den Abfallentsorgungsplan Hessen unverzüglich zu überarbeiten und ein rechtsverbindliches Instrument zu schaffen, das den Kommunen und Landkreisen den Vollzug und die Gestaltung künftiger Entsorgungsplanung ermöglicht. Wir fordern Sie auf, endlich für eine Übergangszeit die Entsorgung hessischen Mülls in andere Bundesländer zuzulassen,

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Reif fordert Export in die Ex-DDR! Das halten wir einmal fest!)

bis in Hessen die notwendigen Entsorgungskapazitäten durch aktive Hilfe des Landes und seines Umweltministers endlich geschaffen worden sind. Herr Fischer, wenn Sie das alles nicht wollen,

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da läßt er die Katze aus dem Sack!)

dann haben Sie wenigstens den Schneid, aufzuzeigen, wo im Lande Hessen künftig mit welchen Mengen an welchen Orten und in welchen Landkreisen welcher Abfall zu welchen Kosten entsorgt werden kann. Das wenigstens können wir von Ihnen verlangen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Kommunen und Kreise wollen keine Bevormundung, sie wollen Gestaltung. Die Umsetzung der TA Siedlungsabfall muß aus unserer Sicht schnellstens begonnen werden, damit Hessen und seine Kommunen nicht weiter ins Hintertreffen geraten.

Und, weil es so schön war und Sie es so gerne hörten, zum Schluß noch ein Zitat von einem Mitglied der SPD, das im "Hanauer Anzeiger" vom 21. Juli stand und das bezeichnend für die gesamte Situation ist. Dort steht:

Die Zeit der absoluten Fürsten ist vorbei. Auch Joschka Fischer, der sich mehr um sein Ministerium als um publikumswirksame Fernsehauftritte kümmern sollte, kann ein Gesetz nicht durch einen Erlaß verändern. Nachträglich erst recht nicht.

Und dann steht dort weiter:

Die GRÜNEN in den hessischen Landesbehörden sind nur stark beim Diskutieren und versagen im praktischen Alltag.

Dem ist nichts, aber auch gar nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Sehr gut!)

Präsident Starzacher:

Vielen Dank, Herr Kollege Reif! - Das Wort hat Herr Umweltminister Fischer.

Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war ja sehr laut heute morgen von seiten des abfallpolitischen Sprechers der CDU; und man kann es ja aus der Sicht der Opposition auch durchaus verstehen, daß Sie angesichts der politischen Situation versuchen, kräftig aufs Holz zu hauen. Aber ich würde gern einmal Ihre Argumente - soweit sie tragen - prüfen, ob sie tragen und wie weit das Geschrei, das Sie veranstaltet haben, in der Sache tatsächlich gerechtfertigt ist. Erst dann, mein lieber Franz-Josef Jung, sollten Sie hier Prognosen über das Abschneiden abgeben. Als Berti-Fan sind Sie ja eh im Moment nicht gerade auf der Siegerseite.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Die entscheidende Behauptung, Herr Kollege Reif, die Sie aufgestellt haben, oder die entscheidende These ist doch die, daß sich Hessen in der schlimmsten Entsorgungskrise seit Bestehen des Landes befinde.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit Christi Geburt hat er, glaube ich, gesagt!)

Nun wollen wir uns doch einmal diese Entsorgungskrise, meine Damen und Herren, anschauen. Landesweit war das vorhandene Restvolumen der 19 hessischen Hausmülldeponien 1992 rund 36 Millionen Kubikmeter. Das Restvolumen! Die Restlaufzeit betrug 1992 zehn Jahre. Der schlimmste Entsorgungsnotstand seit Bestehen des Landes!

Obwohl das verfügbare Restvolumen, meine Damen und Herren von der Opposition, durch die Ablagerung im Jahre 1993 um 2,4 Millionen Kubikmeter kleiner geworden ist, hat sich die Restlaufzeit infolge des geringeren Abfallaufkommens auf 14 Jahre verlängert. Die Gründe dafür sind bekannt. Das nennen Sie den größten Entsorgungsnotstand seit Bestehen des Landes Hessen!

(Zuruf des Abg. Weimar (CDU))

Es geht mir doch gar nicht um Verdienste. Es geht mir um eine Behauptung, die die CDU hier aufgestellt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt aber im Klartext: In Hessen besteht Entsorgungssicherheit bis zum Jahre 2008.

(Weimar (CDU): Das ist logistisch nicht haltbar!)

- Sie sagen, es ist logistisch nicht haltbar. Logistisch ist es aber offenbar haltbar, den Müll quer durch die Republik zu transportieren. Aber sich mit den Argumenten von Karlheinz Weimar auseinanderzusetzen, ist immer eine schwierige Sache.

(Rößler (CDU): Weil es sachlich begründet ist!)

Der entscheidende Punkt ist: Der Entsorgungsnotstand in Hessen sieht so aus, daß wir für die kommenden Jahre 14 Jahre Entsorgungsmöglichkeiten von Hausmüll hier in Hessen haben. Der einzige Grund, warum wir diese Debatte heute hier führen, ist nicht der von Reif angeführte Entsorgungsnotstand in seiner dramatischen Größenordnung. Der einzige Grund ist der, daß Wahlentscheidungen zu großen Koalitionen vor allen Dingen im mittelhessischen Raum geführt haben, daß diese großen Koalitionen die Planungen, wie sie von den Vorgängerkoalitionen vorhanden waren, nicht mehr weiterverfolgen wie im Falle Marburg-Biedenkopf, daß sie sich nicht einigen können wie im Falle Wetteraukreis und Gießen und deswegen,

meine Damen und Herren, die Verfahren nicht vorankommen, oder aber daß, wie im Zusammenhang mit der Deponieplanung im Main-Kinzig-Kreis, schlicht und einfach Probleme im Raumordnungsverfahren aufgetaucht sind.

Ich werde mich auch durch Ihre Zitate heute - ich habe das auch in der Vergangenheit nicht getan - nicht provozieren lassen

(Zurufe von der CDU)

und entsprechend zurückgeben, wie es vom Main-Kinzig-Kreis in das Land hineintönt. Ich werde trotz aller Angriffe streng sachlich bleiben.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Da muß es aber schlimm aussehen! Das ist ungewöhnlich! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Jung, es freut mich ja, daß Sie meine Sachlichkeit so richtig als Bedrohung begreifen. Das freut mich ja!

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Es ist schlimm bestellt um Fischer!)

Wie ist der Verfahrensstand im Main-Kinzig-Kreis? Im Main-Kinzig-Kreis haben wir es mit einem Raumordnungsverfahren zu tun. Welcher Minister für Umwelt und Energie wäre nicht für ein Raumordnungsverfahren zuständig? Aber der entscheidende Punkt ist doch: Bei der Deponieplanung im Main-Kinzig-Kreis hat es Probleme mit der Straßenverkehrsbehörde über die verkehrliche Anbindung der Deponieplanung gegeben. Diese Probleme haben zu erheblichen Zeitverzögerungen geführt. Das können Sie doch nicht dem hessischen Umweltminister vorwerfen. Wenn ein Planfeststellungsantrag vorgelegen hätte - -

(Zuruf des Abg. Weimar (CDU))

- Nein, bei uns - ich Gegensatz zu Ihnen - macht nicht jeder, was er will, Herr Kollege Weimar.

(Weimar (CDU): Jeder macht, was er will!)

- Meine Güte! Niemand schiebt es auf irgend jemanden und schon gar nicht schiebe ich heute irgend etwas auf Karlheinz Weimar. Es würde sich allerdings anbieten, meine Damen und Herren.

Nochmals zur Sache zurück: Wenn Sie ein Interesse an sachlicher Aufklärung haben, dann bitte ich Sie, mir jetzt zuzuhören. Ein Planfeststellungsantrag im Main-Kinzig-Kreis liegt nicht vor. Es gab Probleme über die verkehrliche Anbindung. Diese Probleme müssen ausgeräumt werden, und sie werden ausgeräumt. Nur, meine Damen und Herren, was nicht geht, ist, daß man die kommunale Eigenverantwortung und die Kommunalhoheit so lange hochhält, so lange es paßt. In dem Moment aber, wo es nicht mehr paßt, in dem Moment, wo Probleme auftauchen, dann glaubt man, durch möglichst viel Lärm alles beim Land abladen zu können. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Koch (CDU): Das ist unsachlich! Es geht nach dem Gesetz!)

Der nächste Punkt. Ich habe Ihnen gesagt: Sie bekommen eine ganz sachliche Antwort auf Ihr Geschrei. Zu den Genehmigungsverfahren habe ich mich geäußert.

(Koch (CDU): Aber nicht zur Umsetzung!)

- Umsetzung, doch, natürlich!

(Koch (CDU): Das Verfahren läßt für die Kommunen nichts zu!)

Es ist doch nicht so, daß für die Kommunen nichts getan wurde.

(Koch (CDU): Aber natürlich!)

- Aber, ich bitte Sie. Es wurden Deponieplanungen vorgelegt, es wurden Deponieplanungen betrieben. Was nicht geht, ist: Die CDU hat dort Fundamentalopposition in allen Kreisen gegen die Deponieplanungen gemacht, meine Damen und Herren! Das wissen Sie so gut wie ich, Herr Kollege Koch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Koch (CDU): Was haben Sie getan, Herr Minister?)

Es liegen Deponieplanungen im Kreis Gießen vor. Es liegen Deponieplanungen im Wetteraukreis vor, und nicht nur Planungen, sondern konkrete Verfahren. Und jedesmal war es die CDU als Opposition in Marburg-Biedenkopf, genauso wie im Main-Kinzig-Kreis, die dort Fundamentalopposition gegen diese Planungen betrieben hat. Und heute stellen Sie sich hier hin und glauben, mir Untätigkeit vorwerfen zu können. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Herr Koch!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Koch (CDU))

Präsident Starzacher:

Herr Staatsminister Fischer, Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Ich will nur darauf hinweisen, daß für die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne der Inhalt der Zwischenrufe nicht verstehbar ist. Ich weise nur darauf hin. Das ist ein Dialog, der wirklich nur Herrn Fischer erreicht, sonst niemanden. Fahren Sie bitte fort.

Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten:

Herr Präsident, es ist doch auch Sinn und Zweck der Übung. Es soll ja hier nicht um einen Dialog gehen, sondern es geht hier darum: Auf der einen Seite möchte man sachliche Antworten, und auf der anderen Seite versucht man dann durch den Chor der Zwischenrufer, genau diese sachlichen Antworten zu verunmöglichen.

(Bouffier (CDU): Kommen Sie doch einmal zur Sache!)

- Ich bin doch schon die ganze Zeit dabei.

(Lachen bei der CDU)

Zur Umsetzung der TA Siedlungsabfall, meine Damen und Herren. Bei der TA Siedlungsabfall, Herr Kollege Reif, weiß ich ja nicht, wovon Sie geträumt haben. Wir haben präzise Erlasse für die Umsetzung an die Kreise vorliegen. Bei der Frage der Behandlung der Kreise hat niemand geschlafen!

(Zurufe von der CDU)

- Ach, meine Damen und Herren, bei dem Erlaß der TA Siedlungsabfall lag es vor allem daran, daß die TA Siedlungsabfall beim Bund - das haben wir ja hier in zwei bis drei Debatten wirklich schon gehabt - nicht vorangekommen ist.

(Zurufe von der CDU)

In dem Moment, wo die TA Siedlungsabfall erlassen war, in dem Moment kam es sofort zu entsprechenden Umsetzungserlassen. Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, welche Bedeutung die kalte Vorbehandlung und welche Bedeutung die thermische Vorbehandlung hat. Nur, Herr Reif, ich finde es sehr merkwürdig, daß Sie hierüber nichts

sagen. Das ist natürlich Ihr persönliches Interesse, das Sie mit diesem ganzen Geschrei verfolgen.

(Zurufe von der CDU)

Das finde ich schon sehr merkwürdig. Sie fordern von uns hier, Herr Kollege Reif, daß wir Anlagen, vor allen Dingen im thermischen Bereich, vorantreiben, sagen aber selbst nicht, daß Sie selbst in diesem Bereich Ihre persönlichen Interessen in Mittelhessen verfolgen. Das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen.

(Koch (CDU): So ein Geieere! - Weitere Zurufe von der CDU)

In Hessen gibt es keinen Entsorgungsnotstand. Was wir in Hessen haben, sind ausreichende Entsorgungskapazitäten. Das einzige Problem, wovon es geht, ist doch, daß die Preise, die hier in Hessen bezahlt werden müssen - das ist der einzige Grund, warum man in den Export gehen will - weit über dem liegen, was außerhalb Hessens von Deponiebetreibern angeboten wird.

Deswegen wird die Landesregierung alles versuchen - wir sind da aufgrund der angelaufenen Gespräche sehr optimistisch -, daß wir in Verbindung etwa mit dem Schwalm-Eder-Kreis und mittelhessischen Kreisen zu Vereinbarungen kommen, damit die Preise darstellbar sind, so daß es demnach nicht nötig ist, Abfall aus Hessen in andere Länder zu exportieren.

Ich möchte noch einen letzten Gesichtspunkt in die Debatte einführen. Ich glaube, die Kreise tun sich auch keinen Gefallen, wenn sie billigen Lockangeboten folgen. Mir liegen Äußerungen der oberen Landesbehörden, etwa im Zusammenhang mit Nordrhein-Westfalen, vor. Nordrhein-Westfalen will keinen hessischen Müll. Ein Vertrag mit dem Bergischen Kreis - ich sage das in Richtung derjenigen Kollegen, die aus diesen Kreisen kommen und in den Bergischen Kreis exportieren wollen - wird nicht von langer Dauer sein.

Der Kollege Matthiesen aus Nordrhein-Westfalen hat mir gegenüber erklärt, daß das Land Nordrhein-Westfalen sein Abfallgesetz ändern werde, so daß entsprechende Exporte nicht mehr möglich sein werden, meine Damen und Herren.

Ähnliche Erklärungen liegen mir vom zuständigen Umweltminister des Landes Thüringen vor.

Ähnliche Erklärungen liegen mir auch vom zuständigen Umweltminister des Landes Sachsen vor.

Ich betone nochmals - das ist ein Appell an die Kreise -: Das Land wird alles tun, damit wir in Hessen zu Vereinbarungen kommen, damit es zu keiner Überforderung der abgebenden Kreise bei den Preisen kommt. Deponiekapazitäten haben wir genug. Wir sind nicht darauf angewiesen, unseren Export nach außerhalb Hessens zu organisieren.

Präsident Starzacher:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bouffier?

(Minister Fischer: Ja, weil es Herr Bouffier ist!)

Bouffier (CDU):

Herr Minister, Sie haben eben ausgeführt, daß Verträge nicht von langer Dauer sein werden. Wie begründen Sie das? Sind Sie der Auffassung, daß geschlossene Verträge durch später verabschiedete Gesetze wieder aufgehoben werden können?

Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten:

Ich kann nur den Boten machen für das, was mir seitens des zuständigen Regierungspräsidenten in Köln in personam und meinem Staatssekretär auf Staatssekretärschicht von seinem Kollegen in Nordrhein-Westfalen mitgeteilt wurde.

Heftigste Opposition in der Sache

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Oh!)

- eine klare Antwort! - und die Erklärung, daß das Land Nordrhein-Westfalen durch die Änderung des Abfallgesetzes die rechtlichen Bedingungen schaffen wird, so daß es zu einer Beendigung dieses Exports kommt, und diese Verträge nicht von Dauer sein werden, und zwar auch rückwirkend. Die wollen dort eine Klausel einführen, die entsprechend zu einer Begrenzung des Exports führt. Ich bin hier nur der Bote.

(Zuruf des Abg. Bouffier (CDU))

- Herr Kollege Bouffier, Sie haben es als verantwortlicher Kreispolitiker doch nicht nötig, einen Konflikt mit Nordrhein-Westfalen einzugehen. Ich verstehe, daß wir heute keine sehr sachliche Debatte haben, die unter derselben Ägide wie die gestrige Debatte läuft.

Ich sage Ihnen jetzt einmal als verantwortlichem CDU-Kreispolitiker folgendes: Das Gespräch in der letzten Woche im Umweltministerium mit Ihrem zuständigen Dezernenten, der auch der CDU angehört, war an diesem Punkt, was die gemeinsame Zukunftsplanung anbetrifft, wesentlich konstruktiver und produktiver als das, was wir heute hier erleben.

Präsident Starzacher:

Herr Minister, lassen Sie auch eine Zwischenfrage des Kollegen Schnabel zu? Ich weise nur darauf hin, daß die Redezeit von 15 Minuten fast erschöpft ist.

(Minister Fischer: Ja, gerne!)

- Herr Kollege Schnabel, bitte schön!

Schnabel (SPD):

Herr Kollege Fischer gibt es in Nordrhein-Westfalen Überlegungen oder Bestrebungen, den Export von Sondermüll aus Nordrhein-Westfalen nach Hessen bei der Novellierung des Gesetzes von Nordrhein-Westfalen zu berücksichtigen und damit zu untersagen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zurufe von der CDU: Fischer in Not!)

Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten:

- Nein, Fischer ist überhaupt nicht in Not. - Es gibt eine gemeinsame Position aller Umweltminister. In den Umweltministerkonferenzen ist mehrfach festgestellt worden, daß der grenzüberschreitende Export von Hausmüll nach Möglichkeit unterbleiben soll. Ich habe nochmals betont, daß wir in Hessen keinen Entsorgungsnotstand haben.

Dann geht es um die Frage der Kooperation im Sonderabfallbereich. Deswegen, Herr Kollege Schnabel, zieht Ihre Frage völlig an der Sache vorbei, da Nordrhein-Westfalen nicht nur Sonderabfall exportiert, sondern selbstverständlich Sonderabfall aus anderen Bundesländern zurücknimmt. Dieses Kooperationsprinzip, seit den Tagen von Armin Clauss von vielen Umweltministern verfolgt, gilt nach wie vor bundesländerübergreifend.

Ich finde das in der Sache völlig gerechtfertigt, denn im Fall von Sonderabfällen handelt es sich hier nicht um einen Export aus dem Entsorgungsnotstand heraus, sondern es handelt sich hier um Kooperationsmodelle des Gebens und Nehmens. Das ist der entscheidende Unterschied.

Ich sage nochmals, meine Damen und Herren, die Punkte, die Sie angesprochen haben - -

(Reif (CDU): Abenteuerlich!)

- Was ist denn daran abenteuerlich? In die hessische Untertagedeponie werden zum Beispiel hochtoxische Substanzen aus anderen Bundesländern verbracht. Das ist völlig richtig. Aber selbstverständlich wird dann auch hessischer Abfall in Anlagen anderer Bundesländer, die wir nicht haben, entsprechend entsorgt. Das ist Kooperation. Das ist eben nicht Abfallexport, wie wir ihn gegenwärtig diskutieren. Abfallexport, wie wir ihn diskutieren, bedeutet doch nichts anderes, als einen Entsorgungsnotstand in einem anderen Bundesland zu lösen. Das ist das, was wir als Abfallexport gegenwärtig diskutieren.

Deswegen sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, von dem, was Sie hier vorgetragen haben, ist neben der Rhetorik in der Sache nichts übriggeblieben. Wir haben in Hessen Entsorgungsmöglichkeiten für 14 Jahre. Ist das der "größte Entsorgungsnotstand", wie ihn die CDU befreift?

Wir werden alles tun, damit es zu einer entsprechenden Vereinbarung zwischen abnehmenden Kreisen und Kreisen, die in Hessen abgeben, kommt, so daß wir innerhessische Lösungen herbeiführen. Dies ist nach meiner Kenntnis, Herr Kollege Bouffier, ausschließlich ein Preisproblem und kein Problem der nicht vorhandenen hessischen Kapazitäten. Dieses werden wir lösen. Wir hoffen, durch freiwillige Vereinbarungen zu einer Lösung kommen zu können. Notfalls werden wir aber auch die rechtlichen Möglichkeiten, die uns das Abfallgesetz bietet, zum Einsatz bringen.

Ich sage es nochmals: Erstens besteht kein Entsorgungsnotstand.

Zweitens ist es allein ein preisliches Problem.

Drittens werden hessische Lösungen kommen.

Viertens appelliere ich an alle Beteiligten, die Polemik einzustellen und statt dessen kooperative Lösungen zu suchen.

Fünftens wird es aber unerlässlich bleiben, daß die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen-Planungen entsprechend umgesetzt werden. Wir werden mit allem Nachdruck darauf drängen, entsprechend den Vorgaben der TA Siedlungsabfall, daß die kommunalen Entsorgungspflichtigen - so definiert es das Abfallgesetz - ihren Pflichten nachkommen werden.

Wenn Sie diese sechs Punkte, meine Damen und Herren, von der Sache her dem zugrunde legen, was die Opposition heute hier dargestellt hat, dann werden Sie feststellen, daß von den Vorwürfen, die Sie lautstark erhoben haben, nichts, aber auch gar nichts übriggeblieben ist.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Starzacher:

Vielen Dank, Herr Minister Fischer. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Burghardt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reif, wenn Sie hier einfordern, daß etwa in Mittelhessen die entsprechenden Entsorgungskapazitäten geschaffen werden, und wenn Sie hier einfordern, daß vom Ministerium verhindert wird, daß entsprechende Genehmigungen ausgesprochen werden, dann muß man doch an Sie ganz klare Fragen richten.

Sie haben gesagt, Sie wollen mit Ihrer Firma in Herborn eine Müllverbrennungsanlage bauen. Wo ist der Antrag, Herr Reif? Sie haben sich in Mittelhessen dafür eingesetzt, daß in Rabenau eine Müllverbrennungsanlage gebaut wird. Wo ist der Antrag, Herr Reif? Wo sind die Anträge aus dem Landkreis Gießen für entsprechende Müllverbrennungsanlagen?

Meine Damen und Herren, es ist doch einfach nicht wahr, wenn Sie sagen, daß Genehmigungen verzögert werden. Es werden doch überhaupt keine Anträge für entsprechende thermische Behandlungsverfahren gestellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kann man doch auch nichts verhindern. Das müssen Sie sich mit in den Landkreis Gießen nehmen, Herr Bouffier.

Präsident Starzacher:

Herr Kollege Burghardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schnabel?

Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein, zu dem Zeitpunkt noch nicht. Man kann nicht nach drei Sätzen eine Zwischenfrage stellen. Sie können sich ja nachher noch einmal melden, Herr Schnabel.

(Zuruf des Abg. Schnabel (SPD))

- Bitte, Herr Schnabel, damit Sie sich nicht so aufregen!

Schnabel (SPD):

Ich rege mich nicht auf. Ich möchte Sie nur fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß die Planungen für eine Deponie des Landkreises Marburg-Biedenkopf über dreieinhalb Jahre beim Regierungspräsidenten in Gießen gelegen haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Schnabel, drei Jahre sind sicherlich eine lange Zeit. Nur war es nicht so, daß dreieinhalb Jahre lang vollständige Antragsunterlagen vorgelegen hätten.

(Zuruf des Abg. Schnabel (SPD))

- Herr Schnabel, nach dreieinhalb Jahren, nachdem der Regierungspräsident angekündigt hatte, daß er zu einer Entscheidung kommen werde, haben Sie im Landkreis Marburg-Biedenkopf die Antragsunterlagen zurückgezogen, so daß es überhaupt nicht zu einer Entscheidung kommen konnte.

(Zustimmung bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Schnabel (SPD): Ich lasse so nicht mit mir umspringen! Ich war damals im Kreistag!)

- Sehr schön. - Meine Damen und Herren, auch die zweite Behauptung, die Herr Reif hier aufgestellt hat, nämlich daß der Abfallentsorgungsplan nicht zeitgerecht novelliert

worden sei, ist unzutreffend. Der geltende Abfallentsorgungsplan wurde im Juli 1990 vom damaligen Umweltminister Weimar vorgelegt. Darin steht, daß dieser Plan fünf Jahre gültig ist. Insofern muß er spätestens im Juli 1995 - wir sind im Juli 1994, Herr Reif! - novelliert werden. Es ist Legendenbildung, was Sie hier betreiben, wenn Sie behaupten, Herr Weimar habe in den Landesabfallentsorgungsplan hineingeschrieben, daß innerhalb dieses Zeitraums in Wölfersheim eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden muß. Denn es steht dort nichts weiter drin, als daß die Entscheidungsprozesse in den jeweiligen Landkreisen innerhalb dieser fünf Jahre abgeschlossen sein sollen. Aber das ist noch nicht geschehen. Allerdings ist die Fünfjahresfrist auch noch nicht verstrichen. Die ursprüngliche Absicht von Herrn Weimar, wie sie noch dem Entwurf für den Landesabfallentsorgungsplan zu entnehmen war - und das gegen den erklärten Willen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft - in Wölfersheim eine Müllverbrennungsanlage zu errichten, fand letztlich bei der Feststellung des Plans keine Berücksichtigung mehr. Er hat diesen Passus nicht aufgenommen, weil ihm die Juristen gesagt haben: Du mußt auch einmal daran denken, daß es eine kommunale Selbstverwaltung gibt und daß das Abfallgesetz zunächst einmal definiert, daß die Kommunen die Entsorgungspflichtigen sind und nicht das Land! - Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Reif.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen keinen Hausmüllexport. Wir wollen schon gar nicht unsere Wessi-Abfallprobleme auf dem Rücken der Bevölkerung Ostdeutschlands austragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten es für unverantwortlich, Hausmüll nach Thüringen und nach Sachsen zu exportieren, nachdem die Regierungen der beiden Länder definitiv erklärt haben, daß sie den Müll aus Hessen nicht wollen.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber CDU-Abfallpolitik verfährt doch nach dem Motto: Wir haben euch im Bundestagswahlkampf 1990 "blühende Landschaften" versprochen. Die kommen nicht; dann bekommt ihr wenigstens unseren Müll!

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Verhalten hat schon Tradition. Denn auch zu DDR-Zeiten war Ostdeutschland eine beliebte Müllkippe für Westdeutschland.

(Zuruf des Abg. Reif (CDU))

Der der CDU angehörende Umweltminister von Sachsen hat sich mit Schreiben vom 17. Juni 1994 - lesen wir doch auch einmal ein paar Briefe von Mitgliedern der CDU vor, mein lieber Kollege Reif! - an den hessischen Umweltminister gewandt:

Sehr geehrter Herr Kollege,

heute will ich einen unerwünschten Fall von Aufbauhilfe Ost ansprechen.

Er führt weiter aus:

In Sachsen bemühen wir uns mit erheblichen auch finanziellen Anstrengungen aller Beteiligten, zunächst bestehende Deponien aus der DDR-Zeit herzurichten und zu ertüchtigen, um eine hinreichende Entsorgungssicherheit für die hiesigen Kommunen

zu schaffen, bis neue Anlagen verfügbar sind. Ich hoffe auf Ihr Verständnis, daß wir es nicht hinnehmen können, daß sowohl auf diesen Übergangsdeponien mit ihren knappen Kapazitäten als auch auf den erst neu zu errichtenden Deponien in Sachsen westdeutsche Siedlungsabfälle abgelagert werden.

Meine Damen und Herren, ja, wir haben Verständnis für den der CDU angehörenden Umweltminister. Wir haben das Verständnis.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber nicht Herr Reif!)

Aber seine Parteikollegen hier im Hessischen Landtag lassen ihn im Regen stehen.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil Müllexport ja etwas so Schönes ist, hat sich sozusagen die "APO" im Wetteraukreis, die F.D.P., nach den ersten Zeitungsmeldungen, wonach man keinen Hausmüll aus diesem Kreis nach Thüringen verbringen soll, eben um diesen Export bemüht. So hat Herr Abg. Hahn seinen Parteikollegen und Umweltminister in Thüringen geschrieben und gebeten, er möge doch dafür sorgen, daß der schöne Müll aus der Wetterau zukünftig nach Thüringen gebracht werden kann.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Einheitspolitik! - Zuruf des Abg. Becker (Nidda) (SPD))

In der "FAZ" war zu lesen:

Der Wetterauer F.D.P.-Politiker Hahn kündigte an, er werde trotz des Vetos seines Parteifreundes versuchen, auf parteipolitischer Schiene Überzeugungsarbeit zu leisten, daß die Kooperation

- die einseitige Kooperation! -

von alten und neuen Bundesländern auch beinhalten könnte, bei Entsorgungsengpässen Müll aus dem Westen zu angemessenen Bedingungen zu exportieren.

Meine Damen und Herren, dies ein Beitrag für die "blühenden Landschaften" im Osten!

(Zustimmung bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die von der CDU in ihrem Antrag aufgeführte Übergangslösung stellt in den Köpfen derer vor Ort schon längst die Lösung der Müllprobleme dar. Die Unfähigkeit großer Koalitionen - mit dabei die CDU, die in die Regierungen vor Ort eingezogen ist - schwierige Probleme wie die der Müllentsorgung zu lösen, ist doch unübersehbar.

(Lachen des Abg. Kartmann (CDU))

- Mein lieber Herr Kartmann, wie lautete denn die zentrale Wahlaussage der CDU im Wetteraukreis im Kommunalwahlkampf?

(Zurufe von der CDU)

Was war es denn? - Nichts anderes, als die begonnene Planung für eine Hausmülldeponie abzubrechen, und das, ohne bis zum heutigen Tage auch nur eine alternative Konzeption vorzulegen.

(Zuruf des Abg. Weimar (CDU))

- Herr Weimar, Sie waren es doch, der im Wetteraukreis ständig verhindert hat, daß das Genehmigungsverfahren für die Hausmülldeponie voranschreitet! Ihre ideologisch geprägte Politik gegen grüne Umweltdezernenten hat

doch dazu geführt, daß die Planung keinen Schritt vorankam.

(Zustimmung bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch des Abg. Weimar (CDU))

Herr Weimar, Sie haben zwei Jahre lang auf den Unterlagen gesessen und verhindert, daß es auch nur einen Schritt vorgeht. Das ist doch die Wahrheit, und dazu müssen Sie sich einmal bekennen.

(Widerspruch des Abg. Weimar (CDU))

Was macht die CDU nun zum Beispiel im Landkreis Darmstadt-Dieburg, wo der dortige grüne Umweltdezernent eine Planung für eine Deponie vorgelegt hat? Was macht sie? Was machen Sie, Herr Kartmann? - Sie tun das, was Sie immer betreiben, nämlich Obstruktionspolitik. Sie wollen ein Bürgerbegehren gegen diese Deponie herbeiführen. Sie versuchen, überall in Hessen den Müllnotstand zu beschwören, ja, ihn herbeizuführen.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nach dem Sankt-Florians-Prinzip! - Zuruf des Abg. Weimar (CDU))

- Mein lieber Herr Weimar, man kann sich doch nicht hierherstellen und sagen, daß man für die Entsorgungssicherheit eintritt, aber vor Ort gegen jede Planung vorgehen. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Zuruf des Abg. Reif (CDU))

- Nein, Herr Reif, da irren Sie: Wir haben auch schon Bürgerbegehren verloren. Wir haben auch schon auf der anderen Seite gestanden. Aber darüber können wir uns noch unter einem anderen Tagesordnungspunkt unterhalten.

Meine Damen und Herren, der Landkreis Marburg-Biedenkopf hat sich offen dazu bekannt, daß er die bis zur Kommunalwahl betriebenen Deponieplanungen nicht weiter verfolgen will. Er hat folgerichtig seinen Planfeststellungsantrag zurückgezogen. Die großen Koalitionen im Main-Kinzig-Kreis, im Wetteraukreis und in Gießen haben derlei bisher nicht getan. Aber sie tun auch nichts dafür, daß es auch nur einen Schritt vorgeht. So sind wieder einmal ein paar Gutachten in Auftrag gegeben worden. Man macht einmal wieder eine schöne Mittelhessenkonferenz. Aber herausgekommen ist dabei nichts: Es wurden keine Anträge vorgelegt, und eine Perspektive, wie Sie denn von dem Müllexport wieder wegkommen wollen, zeigen Sie doch überhaupt nicht auf.

(Zustimmung bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Kartmann (CDU))

Der Wetteraukreis ist hier wirklich das Paradebeispiel.

(Zuruf des Abg. Kartmann (CDU))

- Herr Kartmann, der Müllexport aus dem Wetteraukreis geht noch auf eine unsägliche CDU-F.D.P.-Koalition zurück. So weit geht er schon zurück. Die erste, die wirklich versucht hat, die Entsorgungsprobleme im Wetteraukreis zu lösen, war die grüne Umweltdezernentin Gila Gertz. Doch ihr wurden von Herrn Weimar nur Knüppel zwischen die Beine geworfen.

(Zustimmung bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es nützt auch nichts, wenn alle zwei Monate Herr Hahn und Herr Hielscher, immer schön abwechselnd, nach Wölfersheim fahren und sagen: Hier muß eine Müllverbrennungsanlage errichtet werden, hier muß eine Thermo-

select-Anlage her. - Meine Damen und Herren von der F.D.P., entscheiden Sie sich doch einmal! Beantragen Sie doch einmal die Errichtung einer Deponie, beantragen Sie doch einmal die Errichtung einer Thermoselect-Anlage, beantragen Sie doch einmal den Bau einer Müllverbrennungsanlage! Dann kann man sich damit wenigstens einmal auseinandersetzen. Aber durch Pressekonferenzen ist noch nicht ein Gramm Müll entsorgt worden.

(Zustimmung bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Reif (CDU): Durch Ihre Rede aber auch nicht, mein lieber Freund!)

Aber solche Konferenzen sind das einzige, was die F.D.P. bislang in diesem Zusammenhang geleistet hat. Ich habe schon viel davon gehört, daß man sich für etwas engagiert. Ich habe auch schon viel davon gehört, daß man für etwas kämpft. Aber ein Zeitungsartikel im "Hanauer Anzeiger", in dem von "für Müllexport kämpfen" die Rede war, war für mich doch eine neue Erfahrung.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war für mich wirklich eine neue Erfahrung, daß es das Schönste sein soll, dafür zu kämpfen, daß Müll exportiert wird,

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kämpfen für den Müllexport!)

daß man Leuten, die in anderen Bundesländern leben, den Müll vor die Haustür schütten kann, auch wenn sie ihn gar nicht wollen. Meine Damen und Herren von der CDU, ich halte die Politik, die Sie vor Ort betreiben, für die reinste Obstruktionspolitik und für absolut unredlich.

(Reif (CDU): Nur weil Sie nicht dabei sind!)

Herr Reif, mit solchen Leuten - -

Präsident Starzacher:

Herr Kollege Burghardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kartmann?

(Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber gern!)

Kartmann (CDU):

Herr Kollege, gehe ich recht in der Annahme - da Sie so vehement gegen die Obstruktionspolitik der CDU in bezug auf Deponien reden -, daß die GRÜNEN, wenn es in den genannten Kreisen zu einem oder mehreren Anträgen auf Errichtung thermische Abfallentsorgungsanlagen kommen wird, nach kurzer Prüfung zustimmen werden?

(Reif (CDU): Die prüfen gar nicht mehr, die stimmen gleich zu!)

Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kartmann, ich kann Ihnen nur eines versprechen: Auf einem Parteitag der GRÜNEN wird nicht über Genehmigungsanträge entschieden,

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

weil das Bundesimmissionsschutzgesetz andere Regularien vorsieht. Das Bundesimmissionsschutzgesetz sieht vor, daß die obere Abfallbehörde die Genehmigung ausspricht, das ist der Regierungspräsident in Darmstadt. Weil der Herr Daum leider kein GRÜNER, sondern ein Sozialdemokrat ist, kann ich Ihnen nicht versprechen, daß irgendein GRÜNER Ihre Anlage genehmigt.

(Kartmann (CDU): Die GRÜNEN!)

- Die GRÜNEN? Wie sollen wir das machen, über den Parteirat oder wie?

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Ja oder nein?)

Herr Kartmann, wir haben da nicht zuzustimmen. Das ist ein ganz normaler Antrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Wie Sie wissen - wir können es Ihnen auch immer wieder sagen -, das geht alles nach Recht und Gesetz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es, genau!)

Die CDU liefert in ihrem Antrag wieder einmal den Beweis dafür, daß sie immer noch nicht verstanden hat, daß die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften, sprich die Landkreise und der Umlandverband Frankfurt, laut Abfallgesetz für den Bau und den Betrieb von Müllentsorgungsanlagen zuständig sind und nicht das Land zuständig ist.

(Koch (CDU): Und was ist, wenn die es nicht tun? Das steht auch im Gesetz!)

Auch Ihre Forderung, die im Abfallentsorgungsplan des Ex-CDU-Umweltministers Weimar vorgesehenen Anlagen in Zusammenarbeit mit den Kommunen voranzutreiben, zielt ins Leere.

Herr Koch, ich habe bereits vorhin ausgeführt, daß in dem Landesabfallentsorgungsplan keinerlei Anlagen festgeschrieben sind und das Land auch zusammen mit den Kommunen keine Anlagen betreibt. Das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Koch (CDU): Das hätten Sie doch drei Jahre lang machen können! Das ist immer noch falsch!)

Meine Damen und Herren, wir wollen keinen Hausmüllexport. Wir sind deshalb auch bereit, falls es rechtliche Unklarheiten gibt, das Hessische Abfallgesetz notfalls so zu ändern, damit es keinen Hausmüllexport gibt.

(Reif (CDU): Dazu haben Sie doch gar keine Mehrheiten!)

- Herr Reif, wir wollen insbesondere keinen Hausmüllexport in die Länder, die unseren hessischen Müll nicht wollen. Dazu gehören auch die ostdeutschen Länder. Ich finde es merkwürdig, wenn das einzige, was die ostdeutschen Länder von uns haben sollen, der westdeutsche Müll ist, da es mit den blühenden Landschaften leider nicht klappt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Starzacher:

Vielen Dank, Herr Kollege Burghardt. - Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Hielscher für die F.D.P.-Fraktion das Wort.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt die AP0 aus dem Wetteraukreis!)

Hielscher (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nie waren die GRÜNEN in diesem Hause so sprachlos wie heute. Herr Fischer war noch nie so wertvoll für das Eingeständnis einer gescheiterten Abfallpolitik wie heute an diesem Rednerpult.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, das einzige, was dieser Minister heute rhetorisch zustande gebracht hat, war eine unsortierte Dünnhäutigkeit, aber konzeptionell nichts. Deshalb geht auch die Frage an Sie, Herr Ministerpräsident. Zwischenredner und Zwischenfrager der Fraktion der Sozialdemokraten haben bereits nuancierte, prononcierte andere Positionen durchschimmern lassen. Die meisten Kreisbeigeordneten, die sich heute äußern, gehören Ihrer Partei an, Herr Ministerpräsident.

Wie äußern Sie sich denn zu dem tatsächlichen Müllnotstand? Heute haben wir festgestellt, daß wir nicht nur einen Müllnotstand, sondern auch einen Erklärungsnotstand dieser Landesregierung haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Herr Ministerpräsident, deshalb müßten Sie sich einmal die Frage stellen, wie Sie denn mit der künftigen Abfallentsorgung in diesem Lande umgehen wollen.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Führungsnotstand auch!)

Gestern haben Sie gesagt: "Hessen auf gutem Wege". Sprechen Sie einmal mit Ihren Kommunalpolitikern, den Landtagsabgeordneten, die kommunale Verantwortung tragen. Diese Damen und Herren sind anderer Auffassung, als Sie in Ihrer gestrigen Sonntagsrede geäußert haben.

(Koch (CDU): Mit Herrn Klemm sprechen! - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Der kann im Kabinett reden! - Reif (CDU): Der soll sich einmal das Ehepaar Klemm anschauen!)

Meine Damen und Herren, vergegenwärtigen wir uns einmal, was der Minister gesagt hat. Er sagte, er sei nur Bote. Kollege Burghardt hat gesagt, was in Sachsen und Sachsen-Anhalt und Thüringen diskutiert wird. Der Minister hat auf Nordrhein-Westfalen verwiesen.

Herr Minister, Sie haben hier im Lande Hessen Versäumnisse zu verantworten, und Sie haben sich nicht mit einer Entwicklung herauszureden, wie sie in anderen Bundesländern greift oder nicht. Heute ist festzustellen, daß der Brandstifter, derjenige, der es jahrelang verabsäumt hat, im Lande Hessen für eine kontinuierliche und konstruktive Politik zu sorgen, heute nach der Feuerwehr ruft.

(Beifall des Abg. Reif (CDU) - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Litanei wird nicht besser, wenn Sie sie noch dreimal wiederholen!)

Diese Schönrechnerei des Ministers hat keinen faktischen und logistischen Hintergrund. Das wissen Sie, Herr Minister. Weil Sie wissen, daß Sie mit Ihrer Argumentation, es bestehe bis zum Jahre 2008 kein Müllnotstand, nicht durchkommen, versuchen Sie jetzt sehr schwachbrüstig und in der Argumentation unlogisch, sozusagen Ausflüchte zu konstruieren und anderen die Schuld zuzuschreiben.

Meine Damen und Herren, die Realität holt Sie ein, Herr Minister. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen Ihrer bisherigen Tätigkeit. Sie können Ihren Fraktionskollegen noch einmal bitten, darauf zu antworten.

Das Problem ist doch, daß Sie heute versuchen, das schönzureden, was Sie in dreieinhalb Jahren verabsäumt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Burghardt, der neue Landesabfallplan mußte natürlich formal erst 1995 in Kraft treten. Aber haben Sie vielleicht übersehen, daß sich die Rahmenbedingungen geändert haben, daß eine TA-Siedlungsabfall in Kraft getreten ist?

(Koch (CDU): Sehr richtig!)

Deswegen hätten Sie sich darauf einstellen müssen, bereits jetzt zeitnah einen neuen, zeit- und sachgerechten Landesabfallplan aufzustellen.

Präsident Starzacher:

Herr Kollege Hielscher, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Burghardt?

Hielscher (F.D.P.):

- Am Ende.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit der Logistik, Herr Hielscher?)

Der Minister muß sich doch einmal fragen lassen, ob sein jahrelanges Verharren auf der kalten Inertisierung, der kalten Vorbehandlung und anderen Technologien nicht Versuche waren, notwendige Systementscheidungen im Lande Hessen zu blockieren, nötige Entscheidungen zu prolongieren, sich vor der Verantwortung zu drücken? Heute haben wir den Salat und stehen vor der Situation, daß keine ausreichende Entsorgung mehr gegeben ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wenn das alles nur von der üblen Opposition so vorgetragen würde, Herr Minister, "Hessen auf gutem Wege", dann wäre das für Sie alles sehr viel leichter zu ertragen. Aber ich zitiere einmal aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt von vorgestern:

Mit seiner aus Notstandsgründen gebotenen Interimslösung weiche der Antragsteller - also in diesem Fall der Main-Kinzig-Kreis - von dem verbindlichen Abfallentsorgungsplan nicht ab, da er nach wie vor die Zielsetzung dieses Planes, die Schaffung einer neuen Restmülldeponie auf dem Standort Hohestein/Eckenberg in Ronneburg betreibt und sich auch an der Gründung eines Verbandes "Thermische Abfallverwertung Mittelhessen" beteilige.

Herr Minister, wo ist denn Ihr Bekenntnis zum Verband für Thermische Verwertung? Wo ist denn Ihr politisches Bekenntnis für einen Standort Wölfersheim? Hier wären Sie gefordert.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, darin liegt das eigentliche Versagen dieser Landesregierung. Sie ist getreu dem Motto "Haltet den Dieb" nirgendwo bereit, konstruktiv Verantwortung zu übernehmen. Sie versucht, sich herauszureden und die Verantwortung anderen zuzuschreiben. Aber dieser Minister hat nur versucht, Zeit zu gewinnen und der Partei gegenüber noch erträglich zu sein und gleichzeitig dem, was er für richtig erkannt hat, trotzdem nicht gerecht zu werden. Herr Minister, Sie hätten sich nämlich zu bestimmten Standorten und Technologien bekennen müssen. Das fordert Ihnen auch die TA-Siedlungsabfall ab.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, überhaupt nicht! - Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hätten das anordnen können!)

- Herr Kollege Burghardt, schreien Sie doch nicht so dazwischen. Sie hatten doch vorhin die Gelegenheit, Aus-

führungen zu machen. Das war kläglich. Danach haben Sie vielleicht noch einmal Gelegenheit, ans Rednerpult zu treten.

Meine Damen und Herren, es ist ein Unterschied: Natürlich steht im Landesabfallgesetz, daß die Kreise, die Beseitigungspflichtigen Körperschaften zuständig sind. Es geht aber auch darum, daß ein Klima der Verantwortlichkeit geschaffen wird. In diesem Klima haben Sie versucht, thermische Verwertungsanlagen zu verhindern. Sie haben sie stigmatisiert, Sie haben sie bewußt heruntergeredet und miesgemacht, so wie Sie heute Ihre Zahlen schönzureden versuchen.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Humbug!)

Dieses Versagen Ihrer Abfallpolitik lassen wir Ihnen, Herr Minister, auf Dauer nicht durchgehen.

Darüber hinaus versuchen Sie heute eine Art des Umgangs mit den Landkreisen zu pflegen, den man nur als skandalös bezeichnen kann.

(Zuruf des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie schieben heute den Landkreisen die Verantwortung zu, haben sich aber selbst jahrelang gedrückt. Nein, Sie haben sogar Gängelbriefe geschrieben und darauf hingewiesen, daß eine bestimmte Technologieentscheidung jetzt noch nicht zu treffen sei. Der damalige Kreisbeigeordnete Baake kann davon vielleicht auch ein Lied singen. Heute ist er Ihr Staatssekretär. Da wird er vieles anders darstellen müssen. Aber so ist doch die Situation. Das hessische Umweltministerium versucht seit dreieinhalb Jahren, eine sachgerechte Problemlösung unmöglich zu machen. Heute wollen Sie sozusagen differenzieren: Den Export von Sondermüll, der zum Teil giftig, zum Teil hochtoxisch, zum Teil belastet ist, lassen wir zu, den geben wir in andere Bundesländer, etwa nach Baden-Württemberg. Da werden wir sogar bestimmte Konzeptionen mit der HIM diskutieren. Bei Schreddermüll sind Sie auch sehr großzügig. Seit gestern wissen wir, daß eine andere Sorte von Müll, Plastikverpackungsmüll, nach China geht.

(Zuruf des Abg. Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber beim Hausmüll versuchen Sie auf einmal eine Meßlatte anzulegen, die der Sache doch nun wirklich nicht gerecht wird.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, um nicht mißverstanden zu werden: Die F.D.P.-Fraktion ist nicht dafür, daß wir Müll exportieren. Export ist immer die schlechteste Lösung. Aber Export ist - das hat Ihnen auch das Verwaltungsgericht bestätigt - dann zulässig und denkbar, wenn er nur als letzte Interimslösung in Betracht kommt. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß wir in eine solche verfahrenere Situation überhaupt hineingekommen sind. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß wir keine ausreichenden preisgünstigen Entsorgungskapazitäten haben. Die Philosophie des Abfallplans, nach dem die Gebietskörperschaften selbst für die Entsorgung zuständig sein oder in Verbänden über Kreisgrenzen hinweg Kooperationsmodelle geschaffen werden sollen, haben Sie auch jahrelang blockiert, und zwar offiziell wie inoffiziell.

(Beifall des Abg. Wilke (F.D.P.))

Deswegen ist es einfach eine schlichte Tatsache, daß Sie heute vor der Situation stehen, als umweltpolitischer

Scharlatan entlarvt zu werden. Herr Minister, Sie sind ein umweltpolitischer Scharlatan!

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Als dieser sind Sie am Ende Ihrer hiesigen Amtszeit zu bezeichnen. Sie haben es geschafft, über Jahre hinweg in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß Sie Kompetenz hätten. Sie haben es geschafft, in der Öffentlichkeit - in Talk-Shows und anderen mehr oder weniger humorvollen Veranstaltungen - den Eindruck von Kompetenz zu erwecken.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wird der Neid wieder formuliert!)

Aber faktisch haben Sie diese Kompetenz nicht, Herr Minister. Das wissen Sie auch.

(Kappel (F.D.P.): Sehr gut!)

Die Sozialdemokraten in diesem Hause schauen betreten unter sich, wenn wir über die Abfallpolitik sprechen, und zwar über Ihre Abfallpolitik, Herr Minister Fischer. Der Landesvorsitzende der Sozialdemokraten, Eichel, mußte sich einmal überlegen, ob denn all die Kommunalpolitiker irren, die ihm heute Briefe schreiben, die man auch in der Zeitung lesen kann, ob die Landtagsabgeordneten, die anderer Meinung sind, alle irren oder ob die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen nicht nur zusammengehalten werden von dem verzweifelten Versuch, die letzten sieben Monate noch zu überdauern.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen interessiert mich weniger die Einlassung des Ministers. Mich interessiert vielmehr, wie für das Land Hessen künftig Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann, wie sich denn die größere Fraktion in der Koalition, die der Sozialdemokraten, dazu stellt, wie die Probleme gelöst werden können. Ich möchte wissen, ob sie denn weiter so verfahren will, vor Ort für bestimmte Technologieentscheidungen einzutreten, dann aber hier im Landtag aus Gründen des Machterhalts vor den GRÜNEN zu kneifen und so zu tun, als wisse sie von nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Herr Minister, diesen Spagat werden Sie auf Dauer nicht durchhalten können. Es kommt zu dem allgemeinen Müllnotstand, dem falschen Spiel und der Schönfärberei jetzt auch hinzu, daß bei dieser Landesregierung ein Erklärungsnotstand ausgebrochen ist.

(Beifall des Abg. Kappel (F.D.P.))

Der Umweltminister wäre eigentlich gut beraten, sich aus Anlaß der heutigen Debatte und insbesondere nach seinem schwachen Auftreten vor dem Plenum verstärkt um die Führung seines Bundestagswahlkampfes zu kümmern, in Hessen den Weg für eine personelle Neuentscheidung freizumachen, damit nicht noch die verbleibenden sieben Monate verloren werden, bis diese Regierung abgelöst wird.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Herr Minister Fischer, Sie sollten sich heute dem Gedanken nähern, eine solche Konsequenz zu ziehen. Sie sollten in Hessen den Weg frei machen für eine konstruktive Politik. Der Ministerpräsident - das wissen wir - hält aus einem solchen Anlaß gerne Regierungserklärungen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Pfeil:

Das Wort hat der Umweltminister.

Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist offensichtlich geworden, daß an der Sache überhaupt nichts dran ist. Es geht einzig und allein darum, daß die Entsorgung innerhalb Hessens bestimmten Kreisen zu teuer ist. Dieses Problem wird gelöst werden. Es gibt keinen Entsorgungsnotstand. Es gibt aber offensichtlich kein Stroh, das so leer wäre, daß es hier nicht noch gedroschen wird. Wirklich: Mein verehrter Herr Hielscher, wenn Sie nicht von der F.D.P. wären, könnte man fast noch an das glauben, was Sie hier an Visionen in bezug auf einen Machtwechsel aufbauen. Nicht wahr? Aber eines lasse ich Ihnen nicht durchgehen:

(Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

In Ihrer maßlosen Polemik glauben Sie jetzt auch noch, dem Land Hessen und der Landesregierung die Verantwortung für den Export von Plastikabfällen aus den gelben Säcken des Dualen Systems Deutschland nach China an das Bein binden zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hielscher, wenn ich nicht genau wüßte,

(Zuruf des Abg. Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

daß Sie es besser wissen,

(Zuruf von der F.D.P.: Hilflos!)

daß Sie nur glauben, hier mit maßloser Polemik Wahlkampf machen zu können - denn für diesen Export trägt die Hessische Landesregierung nun wirklich keinerlei Verantwortung -, müßte ich sagen: Sagen Sie das doch auch, und stellen sich hier nicht hin und behaupten, wir würden den Müllexport betreiben. In Wirklichkeit hat das doch Herr Brück zu verantworten. Herr Brück ist aber kein GRÜNER. Er gehört immer noch der CDU an und ist - nicht wahr, Frau Roth? - ein bedeutender Frankfurter Oberbürgermeister a. D.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Was ich auch nicht mehr hören kann, ist folgendes: Herr Hielscher, Sie stellen sich hier immer sozusagen als Einser-Jurist hin und rügen die Faulheit der Landesregierung, namentlich die des Umweltministers, die Hausaufgaben zu machen. Sie wissen es doch ganz genau: Der Entwurf für den Abfallbeseitigungsplans liegt vor. Er ist den zuständigen Stellen zugeleitet worden.

Wenn Sie Bekenntnisse von mir wollen, die bekommen Sie nicht nur von mir, sondern sogar von der ganzen Landesregierung. Nach der Anhörung, für die Fristen gesetzt sind, wird dieses Thema aufgearbeitet werden. Dann wird dieser Plan vom hessischen Kabinett beschlossen, und zwar von einem rotgrünen Kabinett. Verehrter Herr Hielscher, dann haben Sie die Bekenntnisse und können sich diese an die Fraktionstür nageln.

(Beifall des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt hinzufügen. Wenn Sie hier dauernd die Anstrengungen herunterreden, die die Hessische Landesregierung in ihrem originären Verantwortungsbereich, nämlich beim Sonderabfall, unternimmt, dann sollten Sie versuchen, folgendes zu verstehen: Ich warne schlicht und einfach den Main-Kinzig-Kreis vor der Nutzung der Deponie Schönberg, auch wegen der politischen Implikationen, die das haben wird. Das ist eine politische Warnung, keine rechtliche. Denn der Main-Kinzig-Kreis wird sich mit dem Export von Abfall nach Mecklenburg-Vorpommern auf die Deponie Schönberg keinen Gefallen tun.

Meine Damen und Herren, das Land Hessen wird in diesem Jahr den Export von ca. 80.000 Tonnen belasteter und schwer belasteter Klärschlämme aus der industriellen Abwasserreinigung der Farbwerke Hoechst AG beenden. Diese mußten bisher aufgrund der Tatsache, daß die Deponie bei Limburg-Offheim vor vielen Jahren geschlossen wurde, nach Schönberg exportiert werden. Warum wird dies beendet werden? Weil Rotgrün im August 1991 das Planfeststellungsverfahren für eine Klärschlammverbrennungsanlage am Standort Höchst abgeschlossen hat. Das ist unsere Form von "Verweigerungshaltung". Überlegen Sie doch einmal: Wenn es Verweigerung ist, daß wir 80.000 Tonnen Klärschlamm aus dem Export von Hessen zu anderen Standorten herausnehmen und in Zukunft hier in Hessen am Standort Höchst entsorgen werden, dann wären wir doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir glaubten, diese Mengen jetzt durch Haus- und Siedlungsabfällen aus den Kommunen ersetzen zu können. Dadurch würde doch auch der Standort Hessen insgesamt in Verruf geraten. Ich wäre der letzte, der nicht sagen würde: Wenn es nicht anders geht, dann müssen wir Abfall auch über die Landesgrenze hinweg entsorgen. - Aber wir müssen das nicht. Das ist der entscheidende Punkt. Herr Schnabel, wir haben - wenn Sie ehrlich sind, werden Sie das bestätigen - doch nur ein Preisproblem. Oder habe ich das falsch verstanden? - Genau dieses Preisproblem werden wir lösen. Wir werden dann feststellen, daß es - wenn es nach mir geht - unter Anleitung der Landesregierung auf freiwilliger Basis eine Vereinbarung zwischen hessischen Landkreisen, die Probleme mit der Müllentsorgung haben, und Landkreisen, die zusätzliche Kapazitäten freihaben, geben wird, wobei ich hinzufüge, Herr Kollege Schnabel: Ich wünsche mir schon eine gewissen Preisdruck für die Kreise, die Entsorgungsprobleme haben, damit es vorangeht. Aber ich sehe, daß das auch auf Verständnis stößt. Wir sind hier um konstruktive, um sachliche Lösungen bemüht.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Ich gehe mit großem Optimismus davon aus, daß wir das hinbekommen.

Herr Kollege Hielscher, Herr Kollege Reif, was Sie hier heute abgeliefert haben, das war ausschließlich an der Sache vorbei. Es war leeres Wahlkampfstroh.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Pfeil:

Das Wort hat der Abg. Pawlik für die SPD-Fraktion.

Pawlik (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lautstärke ersetzt einen Mangel an Argumenten nicht, Herr Reif.

(Zustimmung bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben hier versucht - zwar rhetorisch rund und in der Lautstärke stark, aber im Inhalt sehr schwach -, ein Bild an die Wand zu malen, das in krassem Gegensatz zur tatsächlichen Situation im Land Hessen steht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Es macht keinen Sinn, wenn die Opposition SPD und GRÜNE als schuldig ansieht und anklagt, wenn der Minister die Schuldfrage an die CDU zurückverweisen kann. Wenn man sich die tatsächlichen Gegebenheiten ansieht, dann wird man feststellen, daß alle politischen Parteien in diesem Raum zu unterschiedlichen Zeiten mit unterschiedlicher Verantwortung die Entsorgungsaufgaben in den jeweiligen Kreisen nicht lösen konnten.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich mache das am Beispiel des Wetterau-Kreises deutlich. Dort wird der Abfall seit Anfang der 80er Jahre nach Nordhessen exportiert. Von 1977 bis 1981 regierte die CDU in diesem Kreis alleine, von 1981 bis 1985 gab es eine CDU/F.D.P.-Koalitionsregierung. Der Hausmüllexport nach Uttershausen lief munter weiter. Von 1985 bis zur letzten Kommunalwahl regierte eine Koalition aus SPD und Grünen, und seit der letzten Kommunalwahl gibt es im Landkreis eine große Koalition. Das Entsorgungsproblem als solches ist von den wechselnden Koalitionen in mehr als einem Jahrzehnt nicht gelöst worden. Es ist notwendig, in der Sache ehrlich zu diskutieren und über Schwierigkeiten und Probleme in der Umsetzung zu reden, statt das alte, ausgeleierte Spiel miteinander zu treiben, vor der Öffentlichkeit Schuldfragen fälschlicherweise hin- und herzuschieben.

Die Abfallentsorgungssituation hat sich in der Tat drastisch entspannt. Dies gilt auch für die Entsorgung von Sonderabfällen in Hessen. Herr Hielscher, ich erinnere an Ihre Klagen im Landtag über lange Wartezeiten bei der Entsorgung von Sonderabfällen zu Beginn dieser Legislaturperiode. Heute diskutieren wir über die Auslastung hessischer Anlagen mit brennbaren Sonderabfällen, die außerhalb von Hessen anfallen. Die Diskussion hat sich völlig gedreht. Durch die Politik der Landesregierung, die auf Abfallvermeidung und -verwertung gesetzt hat - in der Tat auch im Zusammenwirken mit der Preisentwicklung - haben sich die Restlaufzeiten von hessischen Deponien von 1990 bis in dieses Jahr im Durchschnitt von 10 auf 14 Jahre verlängert. Herr Reif, es ist aberwitzig, in dieser Situation von einem Hausmüllnotstand in Hessen zu reden. In einigen Landkreisen haben wir Probleme, aber insgesamt hat sich die Hausmüllpolitik in Hessen bewährt und in den zurückliegenden dreieinhalb Jahren erfolgreich entwickelt.

(Koch (CDU): Um das zu sagen, muß man eine erhebliche Fähigkeit zur Autosuggestion haben, Herr Pawlik! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Koch, Sie waren in der letzten Legislaturperiode abfall- und umweltpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Sie haben damals dreieinhalb Jahre gebraucht, um einen Abfallentsorgungsplan vorzulegen. Dies geschah auf der Grundlage einer damals noch relativ homogenen Einschätzung auf Gesetzesebene und bezüglich der Techniken und Konzepte.

(Koch (CDU): Wir mußten erst einmal ein Abfallgesetz schaffen! Das hat Rotgrün vorher alles kaputtgeschlagen!)

Jetzt erwarten Sie, daß die Landesregierung schon ein Dreivierteljahr, nachdem die Bundesregierung mit der TA Abfall gravierendste Änderungen im Abfallrecht vorgenommen hat, ein ausgereiftes Konzept vorlegt. Ihre Kritik ist ungerechtfertigt.

(Zustimmung bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten lieber die Untätigkeit und die Unfähigkeit der Bundesregierung im Zusammenhang mit der TA Abfall hier kritisieren und nicht den Versuch machen, Ihre Kritik fälschlicherweise auf die Hessische Landesregierung und das Umweltministerium abzuladen.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Wir halten eine Konzeption für erforderlich, die den Hausmüll und die Siedlungsabfälle, die in Hessen anfallen, grundsätzlich in Hessen, genauer: in den entsprechenden Landkreisen und Verbänden, behandelt und beseitigt. Das ist unsere Position. Ich gehe für unsere Fraktion davon aus, daß die beteiligten Landkreise in der aktuellen Diskussion mit den Deponiebetreibern den unnötigen Preisstreit über Deponiegebühren beenden werden und eine Entsorgungsmöglichkeit zumindest für den ganz überwiegenden Teil der in den vier Landkreisen anfallenden Abfälle in Uttershausen - sowie in Zusammenarbeit mit anderen Entsorgungsanlagen - erreicht wird. Dies ist von den Deponiekapazitäten her möglich und machbar. Ein purer Streit über Preise darf einer sinnvollen Abfallablagerung und -behandlung hier in Hessen nicht entgegenstehen.

Wir sind deshalb dafür, daß die Landkreise den Versuch unternehmen, sich mit den Deponiebetreibern zu einigen, erforderlichenfalls mit Hilfe der Landesregierung bzw. des Umweltministers. Dazu gehört allerdings auch, daß in der Verantwortlichkeit der Landkreise, mit kritischer Begleitung durch die Landesregierung, wo erforderlich - hier gilt das hessische Abfallgesetz, und dem steht auch die Koalitionsvereinbarung nicht entgegen -, die notwendigen Entsorgungskonzepte erstellt werden und dann auch der Bau von Anlagen vorangetrieben wird.

Sie machen es sich zu einfach, Herr Koch. Von denjenigen, die im Augenblick hier im Landtag die Backen aufblasen, wird, wenn es konkret um eine Anlage vor Ort geht, allzuoft und zu schnell die Fahne eingeholt. Ich erinnere an das unrühmliche Beispiel des früheren Bundesaußenministers Genscher, der gemäß der Konzeption seiner Partei zwar für eine Beseitigung von Sonderabfällen im eigenen Land war, aber dann, als ein Deponieprojekt in seinem eigenen Kreis anstand, im konkreten Fall gegen eine solche Lösung war. Diesen Zwiespalt im Verhalten muß man sehen, und man muß ihm begegnen. Es geht nicht, daß die Positionen zwischen Opposition und Regierung je nach der Rolle gewechselt werden. Die jetzige Opposition muß vielmehr bereit sein, auch Vorschläge mitzutragen, die sie selbst in Zeiten ihrer Regierung auf den Tisch gelegt hat.

In diesem Zusammenhang will ich noch einen letzten Punkt ansprechen. Minister Fischer hat eben formuliert, daß man auch über Abfallgebühren Druck in Richtung auf eine beschleunigte Errichtung von Entsorgungsanlagen ausüben könne. Wir müssen sehr deutlich sehen, daß Abfallgebühren nicht nur eine lenkende Wirkung, sondern auch eine belastende Wirkung für die privaten Haushalte haben. In einer Zeit, in der die Bundesregierung die Menschen in diesem Lande mit ihrer Politik auspreßt wie Zitronen, sind unnötige und nicht gerechtfertigte Belastungen durch Gebühren doppelt schädlich.

(Zustimmung bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Unsinn! - Weitere Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Eine letzte Anmerkung zu den vollmundigen Erklärungen der Opposition. Herr Reif, das Gesetz sieht vor, daß der Abfallbeseitigungsplan nach fünf Jahren fortgeschrieben werden muß.

(Weimar (CDU): Sie lassen Ihre eigenen Freunde im Regen stehen! - Zuruf des Abg. Reif (CDU))

Fünf Jahre sind noch nicht vorbei. Der Entwurf für eine Fortschreibung liegt Ihnen vor. Er ist außerordentlich zügig erarbeitet worden, nachdem vor einem dreiviertel Jahr wichtige Grundlagen der Entsorgungspolitik in Bonn geändert worden sind.

(Zurufe von der CDU)

Er wird diskutiert werden und wird dann auch die Basis für die entsprechenden Maßnahmen in den betroffenen Landkreisen sein.

(Reif (CDU): Vollkommen falsche Zahlen!)

Was wir allerdings nicht tun werden, sage ich Ihnen auch:

(Reif (CDU): Sie werden gar nichts mehr tun!)

daß wir in Hessen Beutelschneiderei in einer Form betreiben, daß wir eine Hausmüllverbrennungsanlage im Frankfurter Osthafen errichten, die schon vor Jahren verfehlt, unnötig und falsch war und die heute eine Hypothek für die Menschen im gesamten Rhein-Main-Gebiet wäre, die diese unnötige Investition hätten zahlen müssen. Hier werden wir natürlich auch solche abstrusen Positionen aus Ihrer Zeit kappen und nicht weiterverfolgen. Das galt und das gilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Weimar (CDU): Was hat denn das jetzt mit dem Thema zu tun?)

- Das hat etwas mit dem Thema zu tun -,

(Weimar (CDU): Stadtverordnetenversammlung!)

daß wir hier über einen Abfallentsorgungsplan des Landes Hessen reden, der noch gültig ist und in dem derartige abstruse Formulierungen und Forderungen aus Ihrer Regierungszeit sind, Herr Weimar.

(Reif (CDU): Was ist eigentlich los in Ihrer Fraktion? - Weimar (CDU): Wir reden nicht über den Abfallentsorgungsplan, wir reden darüber, daß Müll exportiert werden soll!)

Dann reden wir über Verantwortlichkeiten. Zu den Verantwortlichkeiten gehört natürlich auch, daß ein Landkreis, der damals mit allen Möglichkeiten versucht hat, ein Deponieprojekt zu realisieren, von Umweltminister Weimar (CDU) jeden Knüppel, der nur erreichbar war, ins Kreuz geschlagen bekommen hat, weil der Minister damals völlig einseitig und ausschließlich auf eine Verbrennungsanlage in Wölfersheim fixiert war. So können Verantwortlichkeiten natürlich auch nicht geschoben werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Weimar, Sie persönlich sind mitverantwortlich für ein gutes Stück der Debatte, die wir heute miteinander führen.

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kollege Pawlik, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hielscher zu?

Pawlik (SPD):

Nein, ich bin am Ende meiner Rede.

Meine Damen und Herren, wir müssen feststellen, daß sich die Entsorgungssituation in Hessen deutlich entspannt hat. Das zeigt sich unter anderem daran - -

(Hielscher (F.D.P.): Dramatisch verschlechtert! - Reif (CDU): Das kann doch wohl nicht wahr sein! Wo leben Sie denn?)

- Herr Reif, Ihnen scheint zum Beispiel die Entwicklung des Umlandverbandes Frankfurt im Abfallbereich entgegen zu sein. Vor drei, vier Jahren haben Sie doch mit Blick auf die Abfallentwicklung im Rhein-Main-Gebiet den Untergang Hessens skizziert.

(Weimar (CDU): Was? - Reif (CDU): Haben denn Ihre Kollegen überall unrecht, die Sie angreifen?)

Dieser Umlandverband Frankfurt hat jetzt den Ausbau und die Planung neuer Deponien mit Blick auf den Rückgang der Abfallmenge und damit auf ein gutes Stück Erfolg hessischer Abfallpolitik, die auf Vermeidung und Verwertung gerichtet ist, zurückgestellt.

(Reif (CDU): Alles dank Karlheinz Weimar!)

Deutlicher kann man das doch nicht ausdrücken, als daß der Umlandverband Frankfurt im Schwerpunkt dieses Landes sagt: Auch aus wirtschaftlichen Gründen stellen wir Deponieplanungen zurück, weil die Abfallmenge drastisch zurückgegangen ist und wir die Bürger nicht unnötig mit hohen Gebühren belasten wollen!

(Zuruf des Abg. Koch (CDU))

Deutlicher kann sich doch ein Erfolg der Politik der Landesregierung nicht manifestieren, gerade im Rhein-Main-Gebiet. Dies lassen wir uns in der Tat von Ihnen nicht mit rhetorischen Klimmzügen kaputtreden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Reif (CDU): Nein, von Ihren eigenen Leuten, Herrn Pipa und Ihren Genossen im Wetteraukreis, in Marburg-Biedenkopf, in Gießen! Haben die denn alle unrecht?)

Wir sind davon überzeugt, daß es gelingen wird, und zwar auch mit den Koalitionen in den Kreisen, mit dieser Landesregierung und mit der neuen SPD/GRÜNEN-Landesregierung ab Frühjahr nächsten Jahres,

(Reif (CDU): Wo denn?)

in den vier betroffenen Landkreisen die entsprechenden Entsorgungsstrukturen auf den Weg zu bringen und in einigen Jahren auch in Betrieb zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Reif (CDU): Die können ab nächstes Jahr allenfalls eine Schattenregierung bilden!)

Vizepräsident Pfeil:

Das Wort hat Herr Abg. Weimar für die CDU-Fraktion.

Weimar (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Pawlik hat hier eine Rede gehalten, zu der man als CDU-Abgeordneter sagen muß: Peinlich, wie er mit seinen eigenen Freunden in den Kreisen umgegangen ist, daß er hier

Weihrauch und Nebel auf das wirft, was die Landesregierung macht, und seine eigenen Leute im Regen stehenläßt! Aber vom Frankfurter Vorsitzenden kann man offensichtlich nichts anderes erwarten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der zweite Anwalt des Sankt-Florians-Prinzips! - Pawlik (SPD): Reden Sie doch einmal zu Ihrer Verantwortung!)

Es gehört zu den Dreistigkeiten, wie ich sie im Hessischen Landtag bisher kaum gehört habe, daß sich Minister Fischer hier hinstellt und erklärt,

(Beifall bei der F.D.P.)

Hessen habe keinen Entsorgungsnotstand, weil angeblich noch für 14 Jahre Deponievolumen bestehe. Herr Minister Fischer, wenn vier große Kreise in diesem Land mit weit über 1 Million Einwohnern keine Entsorgungsmöglichkeiten mehr haben, keinen Ausweg mehr sehen und den Export von Hausmüll außerhalb Hessens beantragen müssen - wenn das kein Entsorgungsnotstand ist, dann weiß ich es nicht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im übrigen zu den 14 Jahren Deponiekapazität: Erstens handelt es sich dabei um Projekte, die schrittweise im Ausbaustandard verwirklicht werden. Diese Flächen stehen derzeit nicht zur Verfügung.

(Pawlik (SPD): Falsch, sie sind vorhanden!)

Zweitens sind sie logistisch so angeordnet, daß sie in Bereichen des Landes liegen, wo die örtlichen Gebietskörperschaften mittel- und langfristig natürlich auch ihre Kapazitäten brauchen. Drittens hätten Sie zwischenzeitlich längst sagen können, wo der Müll in Hessen hinkommt. Sie sind doch feige, feige im Quadrat!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Als ich damals die Verantwortung hatte, hier vor das Haus getreten bin und mit den Gebietskörperschaften geredet habe und Mitbenutzungsanordnungen gezeigt habe, waren es doch die GRÜNEN, die gesagt haben: So geht das nicht! - Jetzt setzen Sie sich hin und tun überhaupt nichts in der Hoffnung, daß Sie die vier Monate noch überstehen, bis Sie nach Bonn gehen, und dann Ihr Nachfolger oder die CDU/F.D.P.-Landesregierung mit dem Problem fertig werden soll.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Tragik für Sie in dieser Frage ist doch, daß Sie genau wußten, was auf Sie zukommt, daß Sie aber nicht gedacht haben, daß es Sie vier Monate vor dem Abtritt erwischt. Damit bekommen Sie einmal mehr nachgewiesen, daß Sie wieder eine Sache als Umweltminister nicht zu Ende gebracht haben, wie Sie es in der Vergangenheit schon mehrfach getan haben.

Wenn Sie sagen, Mitbenutzung in Hessen sei möglich, halte ich entgegen: Die Kapazitäten schmelzen doch wie Schnee an der Sonne. Es ist besonders peinlich, wenn Sie hier sagen, das Deponieprojekt im Main-Kinzig-Kreis komme nicht voran, weil es ein Problem beim Regierungspräsidenten gebe, und zwar im Raumordnungsverfahren und bei der Verkehrsanbindung. Wo Sie sonst immer dreieinhalb Zentner wiegen, wenn Sie hier reden, sind Sie jetzt ganz klein geworden und haben gesagt, das seien die anderen Minister. Welch ein Hohn! Eine Landesregierung

muß insgesamt handeln, und Sie müssen dafür sorgen, daß die Dinge im Raumordnungsverfahren vorankommen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Da müssen Sie zur Not mit den Ministerkollegen reden. Aber Sie kümmern sich doch um den Kram gar nicht. Das Karo ist für Sie offensichtlich viel zu klein. Nur, die Menschen in Hessen müssen es am Ende bezahlen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Damit das ganz klar ist: Sie haben hier behauptet, der Umweltminister habe gar keine Zuständigkeit. Das stimmt überhaupt nicht. Das Hessische Abfallgesetz sieht in § 1 Abs. 3 vor - von uns hochstreitig eingeführt, von Ihnen nie aufgehoben -:

Kommt ein Entsorgungspflichtiger seinen Verpflichtungen . . . nicht nach, stellt dies die zuständige Behörde durch Verwaltungsakt fest. Nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten kann der für die Abfallentsorgung zuständige Minister durch Rechtsverordnung einen Dritten bestimmen, der in diese Verpflichtungen ganz oder teilweise eintritt, insbesondere den Bau und, soweit erforderlich, den Betrieb der Entsorgungsanlagen übernimmt.

Herr Fischer, etwas mehr Mut in Ihrer Zeit als Minister!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dann wären Sie heute schon längst weiter und müßten sich nicht darauf berufen, daß die Gebietskörperschaften in der Sache nicht vorankämen.

Ein weiterer Punkt in dem Zusammenhang. Was die dreieinhalb Jahre gelaufen ist, war doch keine Richtungsweisung für die Gebietskörperschaften. Über meine Anweisungen konnte man immer streiten; das ist absolut zulässig. Aber die Kreise wußten wenigstens, woran sie waren. Bei Ihnen wissen sie es doch gar nicht.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Sie haben erstklassige Mitarbeiter in den zuständigen Abteilungen, die hervorragende Arbeit leisten können. Aber wie sollen sie diese Arbeit leisten, wenn der Minister a) sich nicht darum kümmert und b) ganz daran interessiert ist, daß die Sache im Nebel bleibt, damit sich nichts verändert?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Pawlik, ich komme noch einmal auf Sie zurück. Wie weit die Sache schon gediehen ist, zeigt exemplarisch der Vorgang im Kreistag von Gießen. Im Kreistag wird vorgelesen, daß der Regierungspräsident nicht beabsichtigt, einen Export von Hausmüll - übrigens nach Nordrhein-Westfalen - zu genehmigen. Anschließend beschließt der Kreistag im Wissen dieser Rechtshaltung nach dem Motto: "Das interessiert mich nicht" einstimmig mit der Stimme des Landtagspräsidenten Starzacher den Export. Sie stellen sich hierhin und behaupten, das sei alles nicht so. Ich kann das an der Stelle billigen, der Mann hat recht. Nur, was ist Ihre Rede wert, daß Sie Leute wie Schnabel, Starzacher und andere im Regen stehenlassen? Das ist ein Trauerspiel, das Sie hier leisten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kollege Weimar, kommen Sie bitte zum Ende!

Weimar (CDU):

Ich komme zum Ende.

Herr Minister Fischer, das ist wirklich auch im Abfallbereich ausstiegsorientierter Vollzug gewesen. Erst haben Sie die Bestimmungen des hessischen Abfallgesetzes nicht genutzt und sind ausgestiegen. Jetzt steigen Sie auch noch aus der Landespolitik aus und wollen uns mit dem Thema alleinlassen. Wenigstens rufen wir Ihnen nach: Sie sind so bitter gescheitert, wie das von kaum jemandem für möglich gehalten worden ist.

(Daniela Wagner (Darmstadt) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat auch noch keiner außer Ihnen gemerkt!)

Bezahlen werden es leider die Bürger, während Sie in Bonn sitzen und sich kaputtflachen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Pfeil:

Das Wort hat Herr Staatsminister Fischer.

Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten:

Ich habe es vorhin schon mit dem Stroh gesagt: Es ist wirklich kein Argument dämlich genug, daß es hier nicht angebracht wird. Herr Kollege Weimar, wenn Sie mir vorwerfen, ich sei gescheitert, müssen Sie sich doch wenigstens einmal die Frage stellen lassen, was Sie in puncto Abfallentsorgung an fertigen Anlagen oder geordneten Verfahren hinterlassen haben. Überhaupt nichts!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viel schlimmer ist aber, daß Sie offensichtlich nur in Selbstschau über sich selbst nachdenken. Kapazitäten schmelzen wie Schnee in der Sonne.

(Reif (CDU): Ausgerechnet Sie!)

Ich erinnere mich noch daran, daß Sie damals verkündet haben, die Anlage im Osthafen wäre unbedingt notwendig, da sonst der Müllnotstand in Hessen ausbrechen würde. Wenn die Anlage im Osthafen gebaut worden wäre, dann hätten wir heute im Umlandverband Frankfurt Gebühren, daß den Bürgerinnen und Bürgern in Frankfurt die Ohren klingeln würden.

(Reif (CDU): Passen Sie auf, daß Sie Ihre Fassung nicht verlieren!)

- Ich verliere überhaupt keine Fassung. Bei diesen Argumenten ist es nicht nötig, die Fassung zu verlieren.

(Beifall des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gegenwärtig erleben wir doch, daß eine Reihe von Entsorgungsanlagen allein deswegen aufgegeben wird, weil die Mengenentwicklung rückläufig ist. Das ist weiter nicht verwunderlich. Wir haben erhebliche Erfolge in der Rezyklierung. Das kann man schlicht und einfach nicht wegdiskutieren.

(Koch (CDU): Deswegen machen wir ja Export!)

Herr Weimar, wenn Sie sich hinstellen und sagen, es gebe logistische Probleme, dann klingt das immer toll. Es gibt logistische Probleme, hessischen Müll auf andere hessische Deponien zu bringen. Für Sie gibt es aber offensichtlich keine logistischen Probleme, hessischen Müll nach Schönberg zu bringen.

Es kommt aber noch viel doller: Sie leiden an Gedächtnisverlust! Es ist eigentlich nicht wert, zitiert zu werden; da

Sie sich aber hier hinstellen, zitiere ich die damalige Regierung und die damalige Opposition vom 4. Oktober 1989. Herr Staatsminister Weimar führte betreffend Abfallmengen in Hessen 1987 und Entsorgungskapazitäten aus, er habe am letzten Freitag mitgeteilt, daß die Landesregierung von den Regelungen des Hessischen Abfallgesetzes Gebrauch mache, wodurch dann, wenn Entsorgungsmöglichkeiten für die anfallenden Abfallmengen im eigenen Land bestünden, eine Verbringung des Mülls außerhalb der Grenzen des Landes nicht zulässig sei.

(Weimar (CDU): Das ist doch klar! Daran haben wir doch gearbeitet!)

- Sie haben gar nicht gearbeitet, Sie wollten damals den Müll nach Schönberg und Thüringen bringen. Das war die Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da waren Sie sich nicht zu schade, auf Kooperationsverträge mit Herrn Honecker zu setzen. Die damalige Opposition, nämlich der Abgeordnete Fischer (Frankfurt), meinte - anders als die heutige Opposition -, es sei zu begrüßen, was der Minister vorschlägt: daß der Umweltminister davon Abstand nehme, Hausmüll in die DDR zu bringen. Dagegen setzt sich die CDU heute hier hin und verkündet den Artikel "Für Export kämpfen". Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluß sage ich Ihnen nochmals neben den ganzen Aufregungen, neben Ihren Gedächtnisschwierigkeiten, neben Ihrer glänzenden Bilanz: Die Wählerinnen und Wähler werden Sie ein weiteres Mal bemessen und werden vor allem dieser Bilanz ein weiteres Mal eine Absage erteilen, die Sie immer noch hochleben lassen, Herr Kollege Weimar. Das einzige Problem ist ein Preisproblem. Das weiß der Kollege Bouffier so sehr wie der Kollege Schnabel. Wir haben ein gemeinsames Interesse, daß wir den Standort Hessen nicht in Verruf bringen.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Da sind Sie kräftig dabei!)

- Nein! Sie sind es doch die ganze Zeit. Ich habe die gestrige Debatte mit dem Ministerpräsidenten gehört. Sie haben doch ein Problem: Sie müssen mit Ihrer Kampagne den Leuten erklären, warum trotz des rotgrünen Weltuntergangs Hessen unter vielen Gesichtspunkten, vor allem wirtschaftlich, aber auch was die Lebensqualität anbetrifft, was die Abführung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs anbetrifft, Spitze ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihr Problem, das ist nicht unser Problem. Herr Kollege Bouffier, weil Sie mich vorhin auch nach den angeblich 130.000 t bei der MVA Frankfurt erkundigt haben, sage ich Ihnen: Die sind durch den Umlandverband aufgefüllt, wie ich mich erkundigt habe. Das heißt, wir werden hier jetzt gemeinsam dieses Problem, das heute morgen so laut beschrien wurde, ein Preisproblem, innerhessisch zu lösen versuchen. Ich bin wirklich guten Mutes, daß wir das auch mit CDU-Dezernenten in den zuständigen Kreisen auf der Ebene fachlicher und sachlicher Gespräche und Vereinbarungen hinbekommen. Sie werden sehen: Was Sie hier als rotgrünes Untergangsszenario an die Wand malen, was den Hessenmüll betrifft, ist, was ich vorhin gesagt habe: nur leeres Wahlkampfstroh! Wir werden das

Problem auch mit Ihren Verantwortlichen vor Ort einvernehmlich lösen. Wir sind dort entscheidende Schritte vorangekommen. Was wir heute hier erlebt haben, ist allerdings einer solchen sachlichen Lösung nicht zuträglich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Pfeil:

Das Wort hat Herr Abg. Hielscher. Herr Hielscher, Sie haben 10 Minuten Redezeit.

Hielscher (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn diese Debatte vielleicht dem einen oder anderen etwas zu lang erscheint: Ich hätte sie auch lieber nicht geführt. Es wäre besser gewesen, wenn Sie sich, Herr Ministerpräsident, rechtzeitig um die Situation gekümmert hätten, in die Ihr Minister das Land Hessen hineinmanövriert hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Herr Kollege Pawlik, damit hier nichts Falsches im Raum stehenbleibt: Die Technische Anleitung Siedlungsabfall ist nicht über Nacht vom Himmel gefallen. Sie hat eine lange Vorgeschichte. Der hessische Umweltminister hat sich angeblich mit dem Thema monate- und jahrelang beschäftigt. Er hat sich auch im Bundesrat durch Obstruktion hervorgetan. Er hat eine andere Linie verfolgt. Da können Sie, Herr Kollege Pawlik, nicht so tun, als sei nun diese TA Siedlungsabfall auf einmal vom Himmel gefallen und die arme Landesregierung völlig überfordert, in kurzer Zeit ihre Planung anzupassen.

Meine Damen und Herren, was hier versucht wird, ist Geschichtsklitterung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Deshalb müssen wir noch einmal eindeutig darauf hinweisen: Der hessische Umweltminister war es, der jahrelang auf die Technik der kalten Inertisierung gesetzt hat. Der hessische Umweltminister war es, der sämtliche Verfahren der thermischen Verwertung - auch die neuen Verfahren, die wir kennen: Schwelbrennverfahren, Thermoselect und andere - abgelehnt und stigmatisiert hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Heute wird er von dieser Ablehnung eingeholt.

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kollege Hielscher, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pawlik zu?

Hielscher (F.D.P.):

Vom Herrn Kollegen Pawlik gerne. Seine Ausführungen waren derart schwach,

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wenn die glanzvollen Ausführungen des Herrn Hielscher dagegenstehen!)

deswegen bitte, Sie haben noch einmal eine Chance.

Vizepräsident Pfeil:

Herr Pawlik, bitte!

Pawlik (SPD):

Herr Hielscher, stimmen wir zum einen darin überein, daß dieser persönliche Stil des Umgangs miteinander in diesem Hause unangemessen sein sollte?

Stimmen Sie mir zum anderen zu, daß die TA Siedlungsabfall mit ihren verbindlichen Forderungen erst seit Herbst letzten Jahres verbindlichen Charakter hat, jenseits der Diskussionen, die in der Tat bereits lange Zeit vorher liefen?

Hielscher (F.D.P.):

Herr Kollege Pawlik, natürlich stimme ich Ihnen zu. Ich hätte mir gewünscht, daß wir diese Probleme in einer sehr viel sachlicheren Debatte hätten erörtern können. Aber Sie und der hessische Umweltminister waren es doch, die versucht haben, Spuren zu verwischen, hier einen anderen Eindruck zu erwecken und sich in ihrer Verantwortung durchzuschlängeln.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Pawlik, Sie selbst wissen, wie Sie mit eigenen Parteifreunden umgehen müssen, wie Sie Meinungen in der eigenen Fraktion sozusagen des Machterhalts zuliebe hier übergehen und kaschieren müssen.

(Hagemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der F.D.P. fremd!)

Deshalb antworte ich auf Ihre Frage gerne noch einmal, Herr Kollege Pawlik, damit auch Sie es begreifen. Der Ministerpräsident sagt ja: "Hessen auf gutem Wege". Die TA Siedlungsabfall - Sie haben es implizit eingeräumt - hat eine Genese, die mehr als fünf Jahre beträgt. Mit dieser Diskussion konnte sich jeder seit mehr als fünf Jahren beschäftigen. Auch im Bundesrat gab es eine Diskussion, und es gab auch Absetzungs- und Verschiebungsargumente. Deswegen ist das, was jetzt hier vor sich geht, ein Ablenkungsmanöver.

Herr Minister Fischer, über den Osthafen spricht niemand. Wir sprechen darüber, daß Sie das Land Hessen in der Abfallpolitik in die Sackgasse geführt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Auf eines muß abschließend noch einmal hingewiesen werden: Wir erwarten nicht, daß Export zum Prinzip erhoben wird. Das lehnen wir ab.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Lippenbekenntnis!)

Wir lehnen Export ab und lassen ihn nur als Ultima ratio zu, wenn eine andere Lösung nicht denkbar ist. Von Ihnen erwarten wir aber ein Bekenntnis zur thermischen Verwertung. Sie müssen erklären, wie Sie die TA Siedlungsabfall verbindlich umsetzen wollen. Was Sie in Ihrem jetzigen Entwurf des Landesabfallplanes drinstehen haben, kommt nicht nur reichlich spät, es ist völlig unverbindlich, es drückt sich vor einer klaren Technologieaussage. Daran werden wir auch die Sozialdemokraten messen. Bekennen Sie sich zur thermischen Verwertung, bekennen Sie sich zu bestimmten Standorten! Alles andere ist kalter Kaffee.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsident Pfeil:

Das Wort hat Herr Abg. Burghardt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Weist, auch wenn die F.D.P. für das Fegefeuer plädiert, wird sie das nicht vom Fegefeuer retten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man kann es schon langsam nicht mehr hören, wenn Herr Hielscher hier über die TA Siedlungsabfall redet. Die F.D.P. hat zwei oder dreimal Anträge im Plenum gestellt nach dem Motto, man möge doch bitte die TA Siedlungsabfall, die in zwei Jahren in Kraft tritt, umsetzen.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Sehr gut!)

Parallel dazu, Frau Wagner, gab es Verhandlungen in Bonn zwischen Koalition CDU und F.D.P., daß man doch im Rahmen der Entlastung aufgrund der Kosten der deutschen Einheit die Übergangsfristen für die TA Siedlungsabfall wesentlich verlängern solle.

Es war ein Punkt des Konsolidierungsprogramms und des Solidarpakts, die Übergangsfristen für die TA Siedlungsabfall auszusetzen. Man hat sich auf einen Kompromiß geeinigt und ist dann zu den entsprechenden Übergangsfristen bis zum Jahre 2005 gekommen.

Dann stellt sich Herr Hielscher hier hin und spricht von Verhinderung, weil man keine neuen Verfahren eingeführt hat: Thermoselect, Schwelbrennverfahren, Müllverbrennungsanlagen. Herr Hielscher, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt und ich sage es Ihnen nochmal und auch Ihnen, Herr Hahn.

(Zuruf des Abg. Hahn (F.D.P.))

Herr Hahn, alle zwei Monate eine Presseerklärung, man möge doch bitte in Wölfersheim eine Thermoselectanlage bauen, lösen die Müllprobleme nicht.

(Hahn (F.D.P.): Ja!)

Dann gehen Sie doch im Wetteraukreis - wenn Sie die Möglichkeit hätten - in die Regierung und legen Ihren Antrag vor.

(Zuruf von der F.D.P.)

Legen Sie doch den Antrag vor. Dann wird über den Antrag entschieden, Herr Hahn. Aber warum legen Sie denn keinen Antrag vor? Weil Ihre tolle Position, doch endlich eine MVA oder eine Thermoselect- oder Schwelbrenn- oder sonstige Anlage zu bauen, Ihnen fast 5 Prozent im Wetteraukreis gebracht hat und Sie überhaupt nicht die Möglichkeiten haben, vor Ort bei den Entscheidungen mitzuwirken.

(Hahn (F.D.P.): Und weiter?)

Nichts weiter.

(Lachen bei der F.D.P.)

Es ist einfach nur heiße Luft und beschriebenes Papier, was Sie produzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie tragen mitnichten dazu bei, daß auch nur irgendwo ein Gramm Müll entsorgt wird.

Meine Damen und Herren, gerade noch einmal nach der Rede des Kollegen Weimar möchte ich eines abschließend feststellen:

(Zuruf des Abg. Kartmann (CDU))

Große Koalitionen, Herr Kartmann, und insbesondere, wenn die CDU sich in die Regierung drängt - so, wie es nach der letzten Kommunalwahl stattgefunden hat - führen zum absoluten Stillstand bei der Müllentsorgung und bewirken nichts anderes als das Sankt Florians-Prinzip: Nimm meinen Dreck vor meiner Haustür weg und fahr ihn in den Osten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Pfeil:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Debatte. Es ist vorgeschlagen, Tagesordnungspunkt 15 Antrag der Fraktion der CDU betreffend verfehlte Abfallpolitik der Landesregierung - Drucks. 13/6305 - an den Umweltausschuß zu überweisen. Bitte, Herr Dr. Jung!

Dr. Jung (Rheingau) (CDU):

Herr Präsident, ich bitte um sofortige Abstimmung über diesen Antrag.

Vizepräsident Pfeil:

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 15: Antrag der Fraktion der CDU betreffend verfehlte Abfallpolitik der Landesregierung - Drucks. 13/6305 -. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen worden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Abg. Weidmann!

Weidmann (SPD):

Herr Präsident, ich zweifle das Ergebnis, das Sie soeben festgestellt haben, an. Ich beantrage Auszählung.

Vizepräsident Pfeil:

Das Ergebnis war in dieser Form richtig. Ich lasse es wiederholen, weil Sie es nach der Geschäftsordnung anzweifeln. Aber ich darf feststellen, daß Herr Kollege Ernst eben erst den Raum betreten hat.

(Zurufe von der CDU)

Ich stelle das fest, was ich gesehen habe, und stelle fest, daß sich der Präsident nicht an der Abstimmung beteiligt hat.

Ich wiederhole die Abstimmung. Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf: Antrag der Fraktion der CDU betreffend verfehlte Abfallpolitik - -

Herr Dr. Jung, zur Geschäftsordnung!

Dr. Jung (Rheingau) (CDU):

Herr Präsident, wenn Sie die Abstimmung wiederholen, bitte ich um namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Pfeil:

Dann darf ich zunächst die Landtagsverwaltung bitten, das hier vorzubereiten. - Herr Kollege Weist, zur Geschäftsordnung!

Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, wir befinden uns in einer Abstimmung. In einer Abstimmung ist es nicht zulässig, den Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen.

(Zurufe von der CDU)

Ich bitte Sie, nach der Geschäftsordnung zu verfahren und nicht nach Ihrem eigenen Gutdünken.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.: Unerhört!)

Ich stelle den Antrag des Kollegen Weidmann auf Wiederholung der Abstimmung und bitte, die korrekte Aus-

zählung des Abstimmungsergebnisses hier durchzuführen.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kollege Weist, zunächst weise ich zurück, daß ich hier nach eigenem Gutdünken verfare.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich künftig derartige Äußerungen auch entsprechend behandeln werde.

Im übrigen darf ich feststellen: Ich habe den Punkt aufgerufen und im Punkt - nachdem ich darauf hingewiesen wurde - den Aufruf unterbrochen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung.

(Zuruf von der CDU - Präsident Starzacher führt ein Gespräch mit Vizepräsident Pfeil - Koch (CDU): Nein, nein. So geht es nicht!)

- Dann bin ich dafür, wir berufen den Ältestenrat ein. Ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein.

(Unterbrechung der Sitzung von 10.47 Uhr bis 11.43 Uhr)

Präsident Starzacher:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Zum Sachstand darf ich Ihnen mitteilen: Als die Sitzung unterbrochen wurde, haben wir uns in der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 15 befunden. Das Ergebnis der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 15 ist angezweifelt worden. Dazu heißt es in § 83 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung:

Wird das vom Sitzungsvorstand festgestellte Abstimmungsergebnis von einer Fraktion angezweifelt, wird die Abstimmung wiederholt, und die Stimmen werden ausgezählt.

Das bedeutet: Weil angezweifelt wurde und festzustellen ist, welches Ergebnis zweifelsfrei festzustellen ist, wird die Abstimmung wiederholt.

Der Ältestenrat hat sich mit der Geschäftsordnung befaßt und die Frage durchaus kontrovers diskutiert, wie die entsprechenden Bestimmungen unserer Geschäftsordnung zu interpretieren seien. Aber im Ergebnis sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Abstimmung nach demselben Verfahren, wie die erste Abstimmung stattgefunden hat, zu wiederholen ist.

Im übrigen hat der Ältestenrat festgestellt, daß Unterstellungen der willkürlichen Anwendung unserer Geschäftsordnung durch den amtierenden Präsidenten Herrn Kollegen Pfeil oder gar der Parteilichkeit zurückzuweisen sind. Dafür gibt es keinen Anlaß.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist zu wiederholen, das Ergebnis ist auszuführen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend verfehlte Abfallpolitik der Landesregierung - Drucks. 13/6305 - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dafür gestimmt haben 51 Kolleginnen und Kollegen. Wer stimmt dagegen? -

(Claus (SPD): Nicht einmal mit Brille seht ihr das! - Beucker (SPD): Hört doch das Schnüffeln auf!)

Ich muß das erste Ergebnis korrigieren. Ich hatte vergessen, Frau Kollegin Leistenschneider mitzuzählen. Ich kor-

rigiere das: Für den Antrag der Fraktion der CDU haben 52 Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. gestimmt. Dagegen gestimmt haben 55 Abgeordnete der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Claus (SPD): Na bitte! - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist doch optimal! - Koch (CDU): Enthaltungen?)

Ich frage, wer sich der Stimme enthalten möchte. - Enthaltungen sind nicht festzustellen. Damit ist Tagesordnungspunkt 15 erledigt.

Vereinbarungsgemäß rufe ich **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Antrag der Abg. Hielscher, Kappel, Pfeil (F.D.P.) und Fraktion betreffend Aussetzen der Programme "Arbeitsicherheit in Chemieanlagen" (ASCA) und "Sofortprogramm Anlagensicherheit" (SPAS) - Drucks. 13/6308 -

Wir haben zwischen den Geschäftsführern vereinbart, daß abweichend von der ausgedruckten Empfehlung, welche Ausschüsse zu befassen sind, der Umweltausschuß zusätzlich befaßt werden soll, und zwar federführend, so daß der Ausschuß für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und der Ausschuß für Wirtschaft und Technik beteiligt mit dem Antrag befaßt werden.

Ich erteile zunächst Herrn Kollegen Hielscher für die F.D.P.-Fraktion das Wort zur Begründung des Antrags. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

Hielscher (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Sommer vor einem Jahr gab es eine Serie von Störfällen in der chemischen Industrie, die dazu geführt haben, daß die Hessische Landesregierung eine ganze Reihe von Sofortmaßnahmen initiiert und aufgelegt hat mit dem Ziel einer Verbesserung der Sicherheit dieser Anlagen und einer Reduzierung der Gefährdung für Bevölkerung und Beschäftigten. Diese Intention der Hessischen Landesregierung wurde damals von einem breiten Konsens hier im Hause getragen und war keiner kritischen Bewertung, insbesondere durch die Oppositionsfraktionen, unterworfen, weil offenkundig geworden war, daß eine ganze Reihe von Mängeln zumindest im Umgang mit Störfällen auf seiten der chemischen Industrie festzustellen war.

Die damalige Situation hat dazu geführt, daß das Programm "Arbeitssicherheit in Chemieanlagen", kurz ASCA genannt, und das "Sofortprogramm Anlagensicherheit", kurz SPAS genannt, dieser Landesregierung über Parteigrenzen hinweg befürwortet wurden. Erwartet hatte seinerzeit die Opposition allerdings, daß sich diese Programme in ihrer Profilschärfe unterscheiden bzw. ergänzen und daß diese Programme einen Fortschritt für die Sicherheit von Chemieanlagen in Hessen bringen könnten. Dies war aber, so mußten wir mittlerweile feststellen, mitnichten der Fall.

Es handelt sich um Programme, die von zwei verschiedenen Ministerien aufgestellt wurden, die sozusagen auf der einen Seite den sozialdemokratischen Bereich Arbeitsschutz betreffen und auf der anderen Seite die Klientel des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zufriedenstellen sollten. Beide Anlagenprogramme arbeiten also parallel, haben - zwar in der Begründung unterschiedlich, aber im Ergebnis - den gleichen Zielhorizont und sind bis heute nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil, bis heute liegen keine Erkenntnisse vor.

Die Unternehmen, die solchen Programmen unterzogen wurden, und in steigendem Maß auch die Arbeitnehmer klagen seit einigen Wochen darüber, daß sie mit diesen Programmen belastet werden, was zum Teil zu Betriebsunterbrechungen, in einzelnen Fällen zur Stilllegung bestimmter Produktionslinien geführt hat, daß seit Monaten die Ergebnisse dieser Untersuchungen vorenthalten werden und die Betriebe im unklaren gelassen werden, wo denn nun sicherheitserhöhend eine Veränderung eintreten müsse. Dies hält meine Fraktion für nicht sachgerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

In dieser Situation des Stillstandes gefährden die beiden Programme eine ganze Reihe insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, weil es sich bei den beiden Programmen um Sonderprogramme handelt, mit deren Inhalten und Durchführung keine Kontrolllücken geschlossen werden, sondern die sich mittlerweile ausschließlich mit einer Vielzahl von bereits häufiger begutachteten Fragestellungen beschäftigen.

Aus unserer Sicht fehlt der tatsächliche Nutzen dieser Maßnahmen. Deswegen fordern wir, diese Doppelprogramme zunächst einmal auszusetzen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Programme stehen unter der Federführung verschiedener Ministerien und werden von den verschiedensten Gremien durchgeführt. Daher kommt es zu Doppelmaßnahmen ohne tatsächliche Begründbarkeit. Beide Maßnahmen greifen in die Betriebsabläufe gerade kleiner und mittlerer Unternehmen ein. Für einen Betrieb mit 100 Mitarbeitern bedeutet dies die Anwesenheit von Prüfern, Technikern, Ärzten und Psychologen während einer Arbeitswoche und länger. Die Kosten, die durch den Ausfall von Produktion und für die Überprüfung zu übernehmen sind, werden von den Betrieben mit etwa 100 Beschäftigten auf bis zu 80.000 DM geschätzt. Diese Kosten sollen natürlich von den Betrieben selbst getragen werden. Das sind zum Teil die Jahreskosten für einen einzigen Arbeitsplatz. Hierbei gibt es nicht einen erkennbaren Zugewinn an Sicherheit oder an konkreten Maßnahmen, die umzusetzen wären. Wenn nach über einem Jahr den Betrieben eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen würde, wäre sozusagen das Ziel erreicht. Das ist aber nicht der Fall.

Einzelne Unternehmen haben vorgefühlt, haben gefragt, wann konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit vorgeschlagen würden. Sie haben keine Antwort bzw. ausweichende Antworten erhalten. Meine Damen und Herren, deshalb stellt dieses unkoordinierte Nebeneinander der beiden Programme und der beiden Ministerien eine unzumutbare Härte dar. Hierdurch werden zusätzliche Kräfte gebunden, und der Produktionsablauf wird gestört. An dieser Stelle sind wir uns ausdrücklich mit den Vertretern der IG Chemie einig. Auch die IG Chemie-Papier-Keramik fordert die sofortige Einstellung der Programme und statt dessen eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsverfahren, eine Besetzung von Stellen in der Verwaltung zur Durchführung all der gesetzlichen Auflagen, die bereits existieren. Wir schließen uns dieser Kritik der IG Chemie ausdrücklich an.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, mit dem seinerzeitigen öffentlichkeitswirksamen Auftritt des Umweltministers nach den Pannen bei Hoechst und dem beklagenswerten Pannen-Management bei dieser Firma waren die Maßnahmen unstrittig. Wir fordern den hessischen Umweltminister

jetzt allerdings auf, zumindest seinen Bereich heute in diesem Plenum einer endgültigen Klärung zuzuführen. Gleichzeitig fordern wir, daß nicht beide Programme nebeneinander her abgewickelt werden. Der hessische Umweltminister hat nicht umsonst in den letzten Tagen deutlich gemacht, daß er selbst Verbesserungen in seinem Programm für notwendig hält. Er hat uns ein Konzept vorgelegt, worin er selbst eingesteht, daß Korrekturbedarf besteht.

Bevor dieser Korrekturbedarf realisiert wird, fordern wir Sie auf, diese Programme erst einmal auszusetzen, mit den Betroffenen in einen konkreten Dialog zu treten, mit der Gewerkschaft darüber zu diskutieren und vor allem auch zu diskutieren und zu erklären, warum beispielsweise auch Psychologen herangezogen werden, um einzelne Beschäftigte in den Unternehmen hinsichtlich ihrer Motivation und der Arbeit in diesem Betrieb, der Sicherheitsphilosophie des Betriebs und anderer Fragen mehr zu untersuchen.

Dabei werden auch eine ganze Reihe von datenschutzrechtlichen Fragen aufgeworfen. Wenigstens der hessische Umweltminister hat in dieser Hinsicht seine Hausaufgaben nicht gemacht. Wir fordern Sie dazu auf, diese Doppelprogramme einzustellen. Wenn Sie ein schlüssiges Konzept vorlegen und dieses dialogisch mit den Betroffenen erörtert haben, können Sie durchaus die Unterstützung der Opposition in diesem Haus bekommen. Bei diesen Programmen leisten Sie Doppelarbeit, deswegen fordern wir Sie auf, sie zu überarbeiten und auszusetzen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Das Wort hat der Kollege Burghardt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor einem Jahr haben sich in der hessischen Chemieindustrie zehn Unfälle ereignet. Nach dem großen Unfall in Schwanheim am 24. Februar gab es einen weiteren Unfall: Freisetzung von Chlordioxid bei der Firma Hoechst, Werk Hoechst. Am 1. März kam es zu einer Freisetzung von Schwefelsäure bei der Firma Hoechst, Werk Hoechst, am 2. März kam es zur Freisetzung von Natronlauge bei der Firma Haniel, am 5. März kam es zur Einleitung von mineralölhaltigem Abwasser in den Main bei der Firma Hoechst, am 6. März gab es einen Brand bei der Firma Cassella, am 7. März kam es zur Freisetzung von Remazol bei der Firma Hoechst, am 8. März kam es zur Freisetzung von Ammoniak bei der Firma Hoechst, Werk Hoechst, am 8. März kam es zur Freisetzung eines Stoffgemisches bei der Firma Ticona, am 12. März kam es zur Freisetzung eines Stoffgemisches, Xylol/Escopol bei der Firma Hoechst, Werk Kalle-Albert, am 15. März kam es zu einer Explosion bei der Firma Hoechst, Werk Hoechst; das war der Mowiolumfall, bei dem ein Arbeitnehmer ums Leben kam und ein weiterer schwer verletzt wurde.

Meine Damen und Herren, dies nur zur Erinnerung daran, auf welcher Grundlage die Hessische Landesregierung sich damals entschieden hat, die Chemieanlagenprogramme ASCA für den Arbeitsschutz und SPAS für den Umweltschutz zu initiieren.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das interessiert doch die F.D.P. nicht!)

Meine Damen und Herren, nach der Störfallserie waren wir uns alle im Hessischen Landtag einig, daß das nicht hinnehmbar ist und daß alles getan werden muß, um solche Störfälle in der hessischen chemischen Industrie in Zukunft zu verhindern.

(Beifall des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir waren uns einig. Ich habe mir einmal das Protokoll herausgesucht, um zu sehen, was die einzelnen Redner der Opposition dazu gesagt haben. Damals war Herr Koch noch umweltpolitischer Sprecher. Er sagte:

Deshalb muß eine Häufung von Störfällen der Anlaß zu verstärkter Überprüfung sein, weil es nicht ausreicht, daß sich etwa die Politik oder die Unternehmen darauf verlassen, daß es sich bei einer solchen Häufung um einen Schicksalsschlag handelt. Wir sind verpflichtet, nachzuprüfen, ob alles getan worden ist, und müssen für die Zukunft sicherstellen, daß alles getan wird, so daß sich tatsächlich jede einzelne chemische Anlage in einem solchen Großunternehmen an jedem Ort in Hessen in einem Zustand befindet, bei dem wir guten Gewissens die Produktion verantworten können.

Er führte dann weiter aus:

Das bedeutet, daß es in bezug auf das konkrete Verhalten der Landesbehörden nach dem Störfall keine Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition gibt.

Herr Hielscher sagte damals:

Es gilt aber auch, aus diesen Geschehnissen zu lernen und die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Jetzt müssen die Ursachen der Unfälle sorgfältig untersucht, das bereits Erkannte umgesetzt und weitergehende notwendige Konsequenzen gezogen werden. Für Parteienstreit - das sage ich eindeutig -

- nicht ich, sondern Herr Hielscher, ist hier kein Anlaß.

Meine Damen und Herren, jetzt ist ein Jahr herum und es wird so getan, als wäre wieder alles in Ordnung und man wieder in dem alten Trott weiterverfahren könnte.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schnell vergessen und verdrängen!)

Von Herrn Hielscher wird ganz locker von der Bank behauptet, daß zwei Programme laufen, die sich überschneiden, wofür er natürlich keine Beispiele nennt; weil es keine Beispiele gibt! Diese beiden Programme, ASCA und SPAS sind aufeinander abgestimmt, obwohl sie in zwei Ministerien, in zwei verschiedenen Verwaltungen abgewickelt werden. Es gibt viele Verfahren in der Landesregierung, die von zwei Ministerien begleitet werden. Natürlich gibt es dort so etwas wie einen Koordinierungsausschuß, der gerade diese Doppelprüfungen verhindert. Wir haben auch nicht so viel Geld, daß wir es uns leisten könnten, in jede Anlage zwei Prüfrupps hineinzuschicken.

Dem Umweltausschuß wurde mitgeteilt - Herr Hielscher, das hätten Sie noch einmal nachlesen können -: In der ersten Untersuchungsphase des SPAS-Programms nach dem Hoechst-Unfall wurden bei zwei Dritteln der 87 untersuchten Anlagen Mängel entdeckt, die zur Stofffreisetzung führen können.

Bei ca. einem Drittel wurde festgestellt, daß die technischen Voraussetzungen zur Vermeidung eines

ähnlichen Störfalls wie in Griesheim nicht vorhanden sind.

Vor diesem Hintergrund, Herr Hielscher, sage ich Ihnen, ist es einfach verwunderlich, wie Sie auf die Idee kommen zu sagen: Es gibt keine Sicherheitsprobleme in hessischen Chemieanlagen. Wir setzen die Überwachungsprogramme einfach aus!

Es ist auch falsch, Herr Hielscher, wenn Sie behaupten, daß die hessische chemische Industrie sich gegen diese Programme wendet. Der VDI hat mehrfach und zuletzt bei dem Sicherheitskongreß, der vom Umweltministerium durchgeführt wurde, noch einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, daß man an diesem Programm konstruktiv mitarbeitet.

(Abg. Hielscher (F.D.P.) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Hielscher, normalerweise dürfte ich Ihnen keine Zwischenfrage zulassen, weil sie das bei mir auch immer nicht zulassen. Aber ich pflege einen anderen Stil. Sie dürfen. Aber die Frau Präsidentin muß es ja genehmigen.

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Bitte, Herr Abg. Hielscher!

Hielscher (F.D.P.):

Herr Kollege Burghardt, erstens können Sie mir denn eine Zitatstelle sagen, wo ich erklärt habe, daß es keinerlei Sicherheitsmängel oder keinerlei Gefährdungen innerhalb der chemischen Industrie gäbe?

Zweitens. Können Sie Ihre Behauptung belegen, ich hätte erklärt, daß die chemische Industrie in Gänze diese Programme ablehnen würde?

Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Hielscher, Sie haben ein Aussetzen dieser Programme gefordert. Warum setze ich denn Programme aus? Weil ich sie nicht will. Sie haben eine Restunsicherheit. Weshalb stellen Sie sich nicht offen und ehrlich hier hin und sagen: Es gibt keine Probleme mehr. Wir wollen das einfach nicht.

Wenn man Ihren Antrag durchliest, Herr Hielscher, so sagt er noch ein bißchen mehr aus als das, worüber Sie hier geredet haben. Ich finde diesen Antrag nicht sehr strukturiert. Aber Sie wollen doch schon das Personal, das dafür zuständig ist, in andere Bereiche umsetzen. Dann sagen Sie doch einmal: Wie wollen Sie etwas aussetzen und anschließend das Personal wieder in den Bereich einsetzen, wenn Sie etwas unterbrechen? Das ist nicht schlüssig, was Sie hier vortragen. Das ist ein verkapptes Abbrechen dieser beiden Programme, Herr Hielscher. Dazu hätten Sie sich bekennen müssen, so, wie Sie es auch in Ihrem Antrag gemacht haben. Hier vor dem Plenum haben Sie sich nicht mehr getraut.

Meine Damen und Herren, im Umweltausschuß des Hessischen Landtags wurden insgesamt zehn schriftliche Berichte vorgelegt, die sich mit dem Hoechst-Störfall und mit den Konsequenzen daraus befassen. Alle Berichte wurden von Ihnen zustimmend zur Kenntnis genommen, zum Teil ohne Aussprache, aber das ist Ihr Problem. Sie wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Es wurde in jedem Bericht der Landesregierung detailliert dargelegt, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreift.

Zu dem letzten Bericht, den Sie hier angesprochen haben: Daß es in der Phase 2 des SPAS-Programmes ein paar Modifizierungen gegenüber der Phase 1 geben soll, das ist doch vollkommen normal, Herr Hielscher. Vielleicht macht man das bei Ihnen so, daß man einmal ein Konzept beschlossen hat und dann zieht man es durch, auch wenn man mit wehenden Fahnen untergeht.

Aber es ist doch etwas Selbstverständliches - wenn ich ein Programm in mehrere Phasen aufteile -, daß ich natürlich, wenn ich etwas neu beginne, auch einmal einen Fehler mache oder eine Unstimmigkeit drin habe. Die ziehe ich dann nicht mit durch, sondern ich übernehme dies produktiv in die nächste Phase und stelle den Fehler ab. Das hat die Landesregierung gemacht und hat dies auch dem Umweltausschuß - wie viele andere Sachen auch - mitgeteilt.

Meine Damen und Herren, ich kann deshalb den Antrag von Herrn Hielscher in keiner Weise nachvollziehen. Wenn wir uns noch einmal die Kostenseite anschauen, die von Herrn Hielscher auch angesprochen wurde: Das SPAS-Programm kostet insgesamt 25 Millionen DM. Das sind 5 Millionen DM pro Jahr, da es ein Fünfjahresprogramm ist. Es werden 200 Chemieanlagen und ungefähr 500 Lager überprüft. Diese 25 Millionen DM muß ich einmal in ein Verhältnis setzen, wenn ich davon ausgehe, daß ich nur einen einzigen Unfall in diesen fünf Jahren verhindere. Wenn ich mir dann einmal anschauere, was die Hoechst AG nach dem Unfall am Rosenmontag im Werk Griesheim bezahlen mußte, so waren das 40 Millionen DM. Sie hat von den 40 Millionen DM 30 Millionen DM von der Versicherung zurückbekommen. Netto hat die Hoechst AG 10 Millionen DM bezahlt. Ich habe gestern extra noch einmal bei der Hoechst AG angerufen. Diese Zahlen stimmen. Sie wurden mir bestätigt.

Nicht eingerechnet sind die Produktionsausfälle. Herr Hielscher, diese o-Nitroanisol-Anlage, um die es sich handelt, ist eine relativ kleine Anlage, bei der auch Redundanzen vorhanden sind, so daß der Schaden relativ gering war, weil die Firmen wirklich nur die Aufräumarbeiten und die Wiederaufbauarbeiten zu bezahlen hatte, neben den ganzen Dekontaminationsarbeiten in Schwanheim.

Aber zum Beispiel bei einer größeren Anlage, wie beim letzten Störfall, den ich angesprochen hatte an der Mo-wiol-Anlage, die eine Massenproduktionsanlage ist, kommt man allein im Bereich der Produktionsausfälle in Größenordnungen über 100 bis 200 Millionen DM. Dann ist es doch wohl legitim, daß man eine Anlagensicherheitsüberprüfung in Höhe von 100.000 DM durchführt.

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz sieht auch ausdrücklich vor - es ist vor ungefähr vier oder fünf Jahren entsprechend von der CDU/F.D.P. novelliert worden - daß diese Kosten den Anlagenbetreibern aufgedrückt werden können und daß unangemeldete, aus einem gewissen Ereignis heraus resultierende Sonderüberprüfungen stattfinden. Hierzu hat sich auch Bundesumweltminister Töpfer nach dem Störfall bei der Hoechst AG ausdrücklich bekannt.

Herr Hielscher, ich würde Ihnen raten: Ziehen Sie Ihren Antrag einfach zurück. Denken Sie noch einmal darüber nach. Wenn jene Politikerworte - wie ich Sie am Anfang zitiert habe, was Sie und auch Herr Kollege Koch damals in der Plenardebatte gesagt haben - bedeuten, daß man alles tun will, um solch einen Störfall in Zukunft zu verhindern, dann heißt dies nichts anderes, als daß diese Anlagen zu überprüfen sind. Wenn die Halbzeitwerte von Politiker-

worten nicht immer kürzer werden sollen und sich die Bevölkerung auf gut deutsch gesagt "verarscht" fühlt, dann ziehen Sie diesen Antrag zurück und gehen Sie den gemeinsamen Weg, den wir hier nach den schweren Störfällen letzten Jahres beschlossen haben, weiter mit uns.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war sehr notwendig deutlich! - Zuruf des Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU))

Gehen Sie den Weg mit uns gemeinsam weiter und begleiten Sie ruhig kritisch jede einzelne Überprüfung. Aber stellen Sie sich nicht hier hin und versuchen, ein vernünftiges Programm madig zu machen, wofür es überhaupt keine Grundlage gibt. Sie haben hier kein sachliches Argument gegen dieser Überprüfungsprogramm vorgebracht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Pawlik (SPD))

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Als nächster Rednerin erteile ich Frau Velte für die CDU-Fraktion das Wort.

Velte (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir reden heute mal wieder über rotgrüne Verhinderungspolitik und rotgrüne Sonderregelungen, die hessische Firmen, insbesondere Klein- und Mittelbetriebe, in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen.

(Zuruf des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben heute morgen schon einmal darüber gesprochen, wir haben gestern darüber gesprochen: Das wird langsam zum Thema Nummer 1 im Hessischen Landtag, auch wenn Sie, Herr von Plottnitz, das nicht gerne hören.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehen Sie mal zu den Leuten in Frankfurt-Schwanheim! - Weidmann (SPD): Das ist phantasielos!)

- Ach, Herr Weidmann, an Ihre Zwischenrufe bin ich inzwischen gewöhnt. Ich habe mich entschlossen, sie nicht mehr zu hören.

Es gibt also zwei sogenannte Sicherheitsprogramme, nämlich einmal das Programm für Arbeitssicherheit in Chemieanlagen, ASCA genannt, dann das Sofortprogramm Anlagensicherheit, SPAS. Das ist kein "Spaß"-Programm mit ß, sondern nur mit s. Die beiden Programme wurden ins Leben gerufen wegen Problemen, die es bei Großbetrieben gegeben hat. Wir haben es gehört. Hoechst ist angesprochen worden, andere auch. Herr Burghardt hat hier ein regelrechtes Horrorszenario gemalt.

(Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Horrorszenario?)

Aber die Programme führen jetzt dazu, daß durch Überbürokratisierung und zum Teil doppelte und dreifache Kontrollen insbesondere Klein- und Mittelbetriebe mit unzumutbaren Kosten und mit überzogenen Vorschriften belastet werden.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erzählen Sie das mal den Leuten in Schwanheim!)

Außerdem sind zwei Ministerien zuständig, einmal das Umweltministerium, dann das Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung. Offensichtlich - das hat Herr Hielscher hier vorgetragen - weiß hier die linke Hand

nicht, was die rechte Hand tut, wobei ich zugebe, daß links und rechts hier unzutreffende Bemerkungen sind. Ich hätte, wenn überhaupt, dann von zwei linken Händen sprechen sollen.

Aber ich will es ein bißchen seriöser ausdrücken. Zwischen den beiden Ministerien findet offensichtlich keinerlei Koordinierung statt. Es werden zum Teil identische Untersuchungen in Auftrag gegeben und Kontrollen durchgeführt, die bereits durch Berufsgenossenschaften und auch durch Gewerbeaufsichtsämter vollzogen werden.

(Zuruf des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gibt noch keinerlei Ergebnisse. Niemand weiß, wann diese Untersuchungen abgeschlossen sind. Ich meine, wenn schon, dann haben die Firmen einen Anspruch darauf zu wissen, was die Ergebnisse sind, welche Sicherheitsauflagen sie jetzt zusätzlich erfüllen müssen und wann das Ganze abgeschlossen sein wird.

Es werden darüber hinaus hessische Sonderauflagen gemacht, zum Beispiel bei der Genehmigung von Flüssiggasanlagen, für die auch anerkannte Experten keinerlei Notwendigkeit sehen, und die eine erhebliche Benachteiligung vieler hessischer Firmen darstellen.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus einem Schreiben des Verbandes der Technischen Überwachungsvereine in Essen:

Den Mitgliedern des Verbandes der Technischen Überwachungsvereine, Arbeitskreis "Anforderungen an Flüssiggasanlagen", sind die Gründe, die das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten zu der Verschärfung der Anforderungen im Genehmigungsverfahren bei Flüssiggasanlagen bewogen hat, nicht bekannt.

Die Technische Richtlinie "Druckbehälter" 801 Nr. 25 Anlage ist, wie allseits bekannt, aus einem zwischen Arbeitsschutz- und Umweltschutzbehörden abgestimmtem Papier der Länder hervorgegangen und im Konsens der Fachleute vom regelsetzenden Gremium FAD als Stand der Technik ermittelt worden.

Aus diesem Sachverhalt geht klar hervor, daß dies eine von Experten erarbeitete Richtlinie ist, aus der wieder nur Hessen ausschert.

Wenn Herr Burghardt davon spricht, daß beim VCI hinsichtlich der beiden Programme eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht, dann darf ich Ihnen aus einer Rede, die auf der Jahreshauptversammlung im Juni gehalten worden ist, etwas zitieren:

Sie sehen, in Hessen kommt sehr viel zusammen. Auf all diesen Gebieten leiden wir unter einem Übermaß an Regulierungen. Wir ersticken an der Dichte, der Vielzahl und der Unübersichtlichkeit von Gesetzen und Verordnungen.

Sie sagen aber: Es ist alles in Ordnung. Alle machen mit. Wir haben nur Gutes getan! - Also, ganz so klingt das hier nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich meine, daß Herr Fischer hier wieder einmal eine unrühmliche grüne Vorreiterrolle spielt. Er will die Chemieindustrie treffen. Er trifft aber mittelständische Betriebe und gefährdet somit Arbeitsplätze in Hessen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das eine ist so schlimm wie das andere. Statt durch ein vernünftiges Miteinander von Ministerien und Betrieben Arbeitsplatzsicherheit und Anlagensicherheit zu erreichen, wird die vielleicht gute Absicht durch überzogene Auflagen und überzogene Bürokratie ins Gegenteil verkehrt. Gut gemeint ist eben das Gegenteil von gut. Das gilt nicht nur in diesem Fall.

CDU und F.D.P. haben zu diesem Thema Anfang Juni Berichtsanhträge eingebracht, die sehr detailliert sind und die sowohl im Umweltausschuß als auch im Ausschuß für Frauen, Arbeit und Sozialordnung noch zu behandeln sind. Ich schlage Ihnen vor, daß wir den vorliegenden Antrag in die entsprechenden Ausschüsse überweisen - der Wirtschaftsausschuß ist auch noch beteiligt - und ihn dann mit den Berichtsanhträgen behandeln. Auf die Antwort, meine Damen und Herren, bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Vielen Dank, Frau Kollegin! - Bevor jetzt Herr Maus für die SPD-Fraktion das Wort ergreift, möchte ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich eine Gruppe aus der Mittelschule Nr. 11 aus Iwano-Frankowsk in der Ukraine begrüßen. Die Gruppe wird zu Beginn der Mittagspause eine kleine Darbietung im Foyer zum besten geben, zu der ich Sie alle recht herzlich einlade. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Jetzt hat Herr Kollege Maus für die SPD-Fraktion das Wort.

Maus (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit bei der Abstimmung über den Antrag keine Schwierigkeiten auftreten können, darf ich vorweg ankündigen, daß die SPD diesen Antrag im Plenum ablehnen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in den nächsten Tagen und Wochen, Herr Hielscher und auch Frau Velte, mit Sicherheit die Gelegenheit, sich einmal sachkundig zu machen. Ich bin gern bereit, in einer internen Diskussion für ein bißchen Aufklärung zu sorgen. Was Sie hier heute vom Inhalt her geboten haben, Frau Kollegin, war nicht von Sachkunde geprägt. Ich muß das so feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will dies auch im einzelnen begründen. Es ist richtig, Herr Hielscher, daß wir nach den schweren Störfällen die Dinge fraktionsübergreifend diskutiert haben. Aber die Störfälle ereigneten sich nicht nur in der chemischen Industrie. Beispielsweise kam es auch bei der Firma Heraeus zu einem großen Explosionsunglück. Darüber wurde überhaupt nicht gesprochen. Wir waren damals froh, daß durch die Explosion nicht mehr Menschen getötet worden sind. Es war auch ein glücklicher Umstand, daß am Tag der Explosion nur wenig Straßenverkehr geherrscht hat. Wenn der Kessel an eine andere Stelle geschleudert worden wäre, dann hätte man wahrscheinlich mehr Todesopfer beklagen müssen.

Aufgrund dieser Ereignisse haben wir festgelegt, daß sicherheitstechnische Anlagen überprüft werden müssen. In diesem Punkt sind wir ja auch einer Meinung. Das sollte im nachhinein nicht in Frage gestellt werden. Man sollte auch nicht so tun, als sei die Überprüfung von sicherheitstechnischen Anlagen arbeitsplatzgefährdend. Das halte ich für absurd und auch für einen Witz.

Ich komme nun zum Bereich ASCA, was also den Arbeitsschutz betrifft. Mir ist das, was Sie, Frau Velte, dazu gesagt haben, unverständlich. Mir liegt beispielsweise ein Brief der Firma Sonnenschein vor. Sie können sich bei Ihrem Kollegen Schwarz-Schilling einmal sachkundig machen. In dem Brief wird begrüßt, was das Ministerium im Bereich Arbeitsschutz und ASCA geleistet hat.

Mittlerweile ist es so, daß das Ministerium nicht ausschließlich eine Kontrollfunktion wahrnimmt, sondern zum echten Partner der mittelständischen Industrie geworden ist. Die Industrie- und Handelskammer in Kassel hat die mittelständische Industrie aufgefordert, an der Informationsveranstaltung des Ministeriums zum Thema Arbeitsschutz teilzunehmen. Das, was wir dort betreiben, ist ein Beitrag zur Standortsicherung. Es setzt sich in dem fort, was wir wirtschaftspolitisch in diesem Lande vollziehen, nämlich kleinen und mittelständischen Betrieben zu helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In den nächsten Tagen wird die Industrie- und Handelskammer in Wiesbaden eine Veranstaltung mit dem Thema "Arbeitsschutz vor Ort" durchführen.

Es ist auch nicht so, daß die Verbände nicht eingeschaltet wurden. Wir haben eine Projektleitung und einen Programmbeirat. Die Verbände sind also eingebunden und überwachen, was in den Betrieben geschieht.

Wenn hier dargestellt wird, daß der Rückfluß in die Betriebe nicht erfolgt, dann ist das auch falsch. Mir liegt eine Präsentation eines mittelständischen Betriebes vor, die ich Ihnen gerne zeige. Nach ASCA hat am 6. Dezember dort eine Überprüfung stattgefunden. Mittlerweile sind sechs Monate vergangen. Das vorliegende Ergebnis wird in dem Betrieb diskutiert. Es wird über die Umsetzung gesprochen. Es werden Mängel angesprochen.

Es wird auch die Frage erörtert, wie dem Betrieb im Einzelfall zu helfen ist, weil mittelständische Betriebe im allgemeinen nicht in dem Umfang über Sicherheitsfachkräfte verfügen können, wie das bei Großbetrieben der Fall ist. Deshalb ist die Hilfestellung durch das Ministerium zu gewährleisten. Die Hilfe wird gewährleistet. Die Betriebe sind damit sehr zufrieden. Das Ministerium ist ein echter Partner der mittelständischen Industrie. Das lassen wir uns auch von Ihnen in der Öffentlichkeit nicht wegdiskutieren.

(Velte (CDU): Ich habe das anders gehört!)

- Wenn Sie etwas anderes gehört haben, dann kann ich Ihnen nur raten, sich sachkundig zu machen. Ich kann Ihnen die Unterlagen gern geben, damit Sie das nachvollziehen können.

Da auch über Kosten gesprochen wird, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Es werden Umwelt-Audits durchgeführt, die den Betrieben für mehrere hunderttausend DM aufs Auge gedrückt werden. Wir raten den Betrieben, vorsichtig zu sein und erklären, daß den Betrieben durch das Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik geholfen wird.

Wir sprechen das ASCA-Programm an. Damit sollen die Betriebe auch für das Audit vorbereitet werden.

Das Ministerium hat kein Interesse daran, die Betriebe, denen es eine Hilfestellung gibt, finanziell stark zu belasten, wie das anderweitig geschieht. Fragen Sie einmal die Betriebe, was an sie herangetragen wird. Ich verweise nur auf den TÜV Rheinland-Pfalz, auf den TÜV Hessen und auf freie Unternehmer, die versuchen, die Betriebe zu beraten, ohne zu wissen, was in den Betrieben im einzelnen vorgeht. Das kostet Millionen. Unsere Beratung ist etwas billiger.

Lassen Sie uns deshalb in der Durchführung der Programme, die wir aufgelegt haben, fortfahren. Wir, auch das Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung sind mittlerweile zu einem echten Partner für die Betriebe geworden. Dies wird in den Betrieben anerkannt. Wir werden die begonnene gute Arbeit fortsetzen. Sie wird auch von den Betriebsräten in den Unternehmen getragen, weil diese wissen, daß es dabei um Menschen geht und darum, Arbeitsunfälle zu vermeiden, den Arbeitsschutz zu gewährleisten, und zwar über Prävention und nicht durch nachträgliche Heilung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner spricht Umweltminister Fischer.

Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Würde man den Antrag allein unter allgemeinen politischen oder wahlpolitischen Gesichtspunkten betrachten, könnte man sich ja darüber freuen. Denn er ist es wert, zur Kenntnis genommen zu werden. Er klärt die Situation: Die Hessinnen und Hessen wissen, was sie zu erwarten haben, sollten F.D.P. und CDU - daß die F.D.P. dabei eine größere Rolle spielt, steht nicht zu erwarten - die Mehrheit erhalten. Denn die vorliegende Initiative bedeutet im Klartext, daß Sicherheitserhöhungen hier nachrangig behandelt würden.

(Velte (CDU): Quatsch! - Kappel (F.D.P.): Das glauben Sie doch alles selbst nicht!)

Aber von der Sache her ist dieser Antrag ein Skandal. Herr Hielscher, das möchte ich Ihnen auch einmal sagen. Ich meine, er ist es wert, einmal durchgelesen zu werden. Da heißt es:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den arbeitsplatzgefährdenden Vollzug der Programme ASCA und SPAS auszusetzen. Die in der Verwaltung frei werdenden Stellen sind zur beschleunigten Bearbeitung von Genehmigungsverfahren einzusetzen. Die für die Kontrolle von Arbeits- und Anlagensicherheit zuständigen Behörden sind ihrem Auftrag entsprechend auszustatten.

Gestern haben Sie uns noch vorgeworfen, wir würden die Zahl der Stellen ausweiten; das sei eine unsolide Politik. Nun fordern Sie in Ihrem Antrag, Stellen umzuschichten und neue auszuweisen.

(Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

Herr Kollege Hielscher, der entscheidende Punkt ist aber folgender: Wenn Sie diese sicherheitserhöhenden Maßnahmen abschaffen wollen, dann versündigen Sie sich an

den Zukunftsperspektiven der Unternehmen. Das ist der entscheidende Punkt; das wissen Sie auch ganz genau.

Herr Kollege Hielscher, SPAS ist nach einer Störfallserie aufgelegt worden, durch die klar wurde, daß die bisherigen Sicherheitskontrollinstrumente nicht ausreichen. Nun hätte ich gerne - das wissen Sie auch - mit Ihnen in aller Sachlichkeit eine Debatte über die Erfahrungen geführt, die im Rahmen von SPAS gesammelt werden. Eine solche Diskussion wird man immer wieder führen müssen. Schließlich weist dieses Verfahren mehrere Stufen auf. Doch daraus die Konsequenz zu ziehen, daß wir mit den Sicherheitsüberprüfungen aufhören sollen, halte ich für schlichtweg skandalös. Deswegen möchte ich Sie auffordern, Ihren Antrag heute zurückzuziehen, Herr Kollege Hielscher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt von der Sache her wirklich überhaupt keine Veranlassung zu einem solchen Antrag, der wirklich als verantwortungslos zu bezeichnen ist. Im Gegenteil: Wenn Sie ein Interesse am Industriestandort Hessen haben, müssen Sie die Durchführung dieser Programme unterstützen. Namens der Landesregierung kann ich auch als Umweltminister nur nachdrücklich unterstreichen, daß wir den Chemiestandort Hessen sichern, daß wir ihn ausbauen wollen, allerdings unter arbeitstechnisch sicheren und umweltverträglichen Bedingungen. Denn nur auf diese Weise wird es für die Chemie im Ballungsgebiet eine Zukunft geben. Herr Kollege Hielscher, wenn man es aber dergestalt sieht, müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, wie Sie einen solchen Antrag hier vorlegen können. Denn durch das Sicherheitsüberprüfungsprogramm, das wir durchgeführt haben, ist es zu einer Vielzahl von sicherheitserhöhenden Maßnahmen gekommen.

Wenn sich der Kollege Hielscher dann hierherstellt und nach dem Prozedere fragt, kann ich ihm nur antworten: Wir haben doch schon ausführlich darüber gesprochen. Es werden von unabhängigen Sachverständigen Gutachten erstellt. Deren Ergebnisse werden, sofern bei den Untersuchungen Defizite festgestellt wurden, in Bescheide umgesetzt. Wenn keine Defizite festgestellt wurden, geschieht das eben nicht. Mir wäre es doch am liebsten, wenn überhaupt keine Bescheide erlassen werden müßten, sondern wenn wir feststellen könnten, daß sich die Anlagen in einem Zustand befinden, der keine sicherheitserhöhenden Nachrüstmaßnahmen erfordert. Das wäre mir als zuständigem Minister am liebsten. Ich glaube, auch den Unternehmen, den Mitarbeitern und der betroffenen Bevölkerung wäre das am liebsten. Gutachten werden also nur dann in Auftrag gegeben und erstellt, wenn die Durchführung von Nachrüstmaßnahmen erforderlich ist.

Nun stellt sich der Kollege Hielscher hierher und kritisiert, es komme an dem einen oder anderen Punkt nicht zur Erstellung von Gutachten. Doch führt er keine konkreten Beispiele an. Herr Kollege Hielscher, ich könnte Ihnen genügend Beispiele anführen und Fälle nennen, in denen zum Beispiel allein die Untersuchung zur Durchführung von Nachrüstmaßnahmen durch die Betreiberin geführt hat, so daß hinterher gar kein formeller Anordnungsakt erforderlich war.

Meine Damen und Herren, das "Sofortprogramm Anlagensicherheit" und das Programm "Arbeitssicherheit in Chemieanlagen" sind für die Sicherung des Chemiestandorts Hessen in die Zukunft hinein unerlässlich. Deshalb möchte ich die F.D.P. nochmals in aller Form auffordern:

Ziehen Sie den vorliegenden Antrag zurück! Denn ansonsten würde es bedeuten, daß Sie hier verlangen, daß wir in Hessen in Zukunft sicherheitserhöhende Maßnahmen unterlassen. Nichts anderes wäre die Konsequenz, meine Damen und Herren von der F.D.P.-Fraktion.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine solche unverantwortliche Haltung wird die Landesregierung niemals unterstützen. Offensichtlich glauben Sie, Sie könnten heute, etwas mehr als ein Jahr nach den schweren Störfällen, nachdem Ihnen wahlpolitisch sozusagen der Frack brennt, mit ein paar Liebesbezeugungen gegenüber der Industrie noch notwendige Wählerstimmen, die Ihnen bei den letzten Wahlen gefehlt haben, zusammenkratzen. Ich glaube, auch diese Rechnung wird nicht aufgehen. Sie betreiben hier eine unverantwortliche Politik, die ich mit sachlichen Gründen, aber auch politisch nachdrücklich ablehne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Meine Damen, meine Herren, mir liegen zum Antrag der Abg. Hielscher, Kappel, Pfeil (F.D.P.) und Fraktion betreffend Aussetzen der Programme "Arbeitssicherheit in Chemieanlagen" (ASCA) und "Sofortprogramm Anlagensicherheit" (SPAS) -

(Wortmeldung der Ministerin Stiewitt)

- Dann ziehe ich meine eben gesprochenen Worte zurück und erteile Frau Ministerin Stiewitt das Wort.

Stiewitt, Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung:

Frau Präsidentin, es tut mir leid, daß ich Ihre Ausführungen durch meine Wortmeldung unterbrochen habe. Ich will auch gar nicht lange reden, sondern nur auf eines aufmerksam machen. Herr Hielscher, im Grunde sind Sie ja konsequent, auf Bundesebene ebenso wie hier im Landtag: Sie wollen keinen Arbeitsschutz; das wollen Sie deutlich machen. In Bonn ziehen Sie den Entwurf für ein Arbeitsschutzrahmengesetz zurück, und hier meinen Sie in Ihrem Antrag, daß Arbeitsschutz nicht notwendig sei.

(Widerspruch des Abg. Kappel (F.D.P.))

Aber diese Landesregierung bleibt dabei: Arbeitsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das Wichtigste, was es gibt. Deswegen wollen wir ihn auch beibehalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Abg. Hielscher für die F.D.P.-Fraktion das Wort. - Herr Hielscher, Sie haben noch acht Minuten Redezeit.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schöpfen Sie sie nicht aus!)

Hielscher (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerin Stiewitt, das Problem scheint doch darin zu bestehen, daß Sie nicht einsehen wollen, daß es zwei unterschiedliche Programme gibt, für die zwei unterschiedliche Ministerien zuständig sind, von denen beide angeblich die

Sicherheit für die Bevölkerung verbessern wollen, gleichwohl aber faktisch nichts erreichen.

Natürlich muß man sich dem Umweltminister anschließen, wenn er sagt, ihm wäre es am liebsten, wenn keine Bescheide zu erlassen wären, also wenn es keinen Bedarf für sicherheitserhöhende Nachrüstmaßnahmen gäbe. Das wäre uns auch am liebsten. Aber den Unternehmen muß dann doch auch einmal eine entsprechende Entscheidung mitgeteilt werden. Die Kostenrechnung erhalten sie. Doch wird ihnen nicht gesagt: Okay, eure Anlage ist in den Bereichen A, B oder C nachzurüsten bzw. eure Anlage ist unter Sicherheitsgesichtspunkten unbedenklich. - Diese Klarheit bekommen die betroffenen Unternehmen nicht.

Frau Ministerin, wenn Sie der F.D.P. vorwerfen, sie habe kein Interesse an Arbeitssicherheit, kann ich Ihnen nur vorhalten: Da irren Sie sich. Sie sollten sich einmal die Presseerklärung der IG Chemie-Papier-Keramik vom 22. Juni vor Augen führen. Offenbar hat die IG Chemie-Papier-Keramik aus Ihrer Sicht auch kein Interesse an Arbeitssicherheit. Ich zitiere einmal aus der Erklärung:

IG Chemie fordert Neuorganisation der Anlagensicherheit. Mit den Programmen "Arbeitssicherheit in Chemieanlagen" (ASCA) und "Sofortprogramm Anlagensicherheit" (SPAS) sollte die Anlagensicherheit vor allem im Rhein-Main-Gebiet kurzfristig verbessert werden. Der Schuß ging jedoch aus Sicht der Gewerkschafter nach hinten los.

Das schreibt die IG Chemie!

(Zustimmung bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Die Gewerkschaft schreibt weiter:

Wie unausgegoren diese Programme waren, zeigt auch die Tatsache, daß zwischenzeitlich sowohl Programmik als auch eine ausführende Organisation stillschweigend ausgewechselt wurden.

Das ist Zitat der Äußerungen der IG Chemie, also derjenigen, die wie die F.D.P. angeblich kein Interesse an Arbeitssicherheit haben. - Ich zitiere weiter, das Fazit des Gewerkschafters:

Wer von den Unternehmen erwartet, daß sie ihre Standortnachteile auch noch selbst finanzieren, der braucht über Arbeitsplatzabbau nicht zu klagen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Das ist kein Zitat der Freien Demokraten oder der Opposition, das ist ein Zitat der IG Chemie-Papier-Keramik; die Leute haben recht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Meine Damen und Herren, mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen mehr vor. Es war vorgesehen, den Antrag der Abg. Hielscher, Kappel, Pfeil (F.D.P.) und Fraktion betreffend Aussetzen der Programme "Arbeitssicherheit in Chemieanlagen" und "Sofortprogramm Anlagensicherheit", Drucks. 13/6308, dem Unterausschuß (federführend), dem Ausschuß für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und dem Ausschuß für Wirtschaft und Technik (beteiligt) zu überweisen. Wird ein anderer Vorschlag gemacht? - Bitte, Herr Weist!

Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, der Kollege Maus hat schon in seiner Rede gesagt, daß SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die sofortige Abstimmung über diesen Antrag wünschen.

Vizepräsidentin Schönhut-Keil:

Wird dem widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir jetzt in der Sache ab.

Wer dem Antrag der Abg. Hielscher, Kappel, Pfeil (F.D.P.) und Fraktion betreffend Aussetzen der Programme "Arbeitssicherheit in Chemieanlagen" (ASCA) und "Sofortprogramm Anlagensicherheit" (SPAS) - Drucks. 13/6308 - seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit stelle ich fest, daß der Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt wurde.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Anpassung von Vorschriften des Gesundheitswesens an das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum und zur Änderung des Heilberufsgesetzes - Drucks. 13/6282 -

Es wurde vereinbart, auf Aussprache zu verzichten. Ich nehme an, daß auch auf Begründung verzichtet wird? - Das ist der Fall. Dann wird dieser Gesetzentwurf zur weiteren Beratung dem Hauptausschuß (federführend) und dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit und dem Rechtsausschuß (beteiligt) überwiesen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über die vorläufige Unterbringung in Übergangwohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften - Drucks. 13/6301 -

Ich erteile als erster Rednerin der Abg. Fuhrmann für die SPD-Fraktion das Wort.

Fuhrmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen heute den Gesetzentwurf über die vorläufige Unterbringung in Übergangwohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften ein. Dieses Gesetz wird die bisherige Regelung auf dem Erlaßwege ersetzen, die keine ausreichende Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren für Unterbringung und Verpflegung darstellte. Vertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler können in Übergangwohnheimen untergebracht werden. Flüchtlinge sollen vorläufig in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Unser Ziel ist und muß sein, eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Für die Unterbringung wurden und werden auch weiterhin Entgelte erhoben. Die erhobenen Gebühren fallen den jeweiligen Trägern der Einrichtungen zu, also entweder den Kommunen oder dem Land Hessen. In den Fällen, in denen das Land den Trägern die entstehenden Kosten erstattet, fallen die Gebühren natürlich dem Land zu und verbessern insoweit die Einnahmesituation des Landes.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz soll dazu beitragen, daß Menschen, die in einem Übergangwohnheim leben und Arbeit gefunden haben, auch im Sinne sozialer Gerechtigkeit angemessen zu ihrem Unterhalt beitragen, quasi Miete zahlen, wie dies andere Menschen auch tun

müssen. In § 3 Abs. 2 des Gesetzentwurfs ist eine Verordnungsmächtigung aufgenommen worden, die unter bestimmten Bedingungen Gebührenbefreiung, zum Beispiel für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ermöglicht. Stichworte sind hierbei Verwaltungsvereinfachung und - ganz wichtig - Entlastung der Sozialhilfeträger.

Gleichzeitig wird festgelegt, daß das Nutzungsverhältnis auf begrenzte Zeit begründet wird, das heißt, daß die Ablehnung einer angemessenen und zumutbaren Wohnung zu einer Verteuerung der Unterbringung führt. Alles in allem wird hier eine gängige Verwaltungspraxis vereinfacht und auf die richtige rechtliche Basis gestellt. Ich bitte um breite Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Meine Damen, meine Herren, das war die erste Rede der Kollegin Fuhrmann. - Das Wort hat der Kollege Weiß für die CDU-Fraktion.

Weiß (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU geht an diesen Gesetzentwurf nicht mit prinzipiellem Widerspruch heran. Wir haben aber einige systematische Fragen, auch zu gewissen Einzelheiten dieses Gesetzentwurfes. Wir haben systematische Bedenken, daß man spezifische Fragen der Versorgung und Unterbringung - also wichtige Fragen - von Aussiedlern und Asylbewerbern in einem gemeinsamen Gesetz regelt. Es handelt sich um unterschiedliche Personengruppen und unterschiedliche Rechtskreise.

(Beifall des Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU) - Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wenn er Einkommen hat, wird er an den Unterbringungskosten beteiligt!)

Bei den Aussiedlern geht es darum, daß sie als Deutsche im Sinne des Grundgesetzes eingegliedert werden. Das ist die Aufgabe von Anfang an. Bei den Asylbewerbern geht es um die Frage, sie angemessen unterzubringen, bis ihr Rechtsstatus geklärt ist. Ich glaube, daß dieser systematische Mangel dazu führt, daß wichtige Fragen beider Gruppen letztlich ausgeklammert bleiben.

Wir vermissen beispielsweise eine landesrechtliche Regelung der Aufnahmepflicht von Aussiedlern durch die Kommunen. Es ist bundesgesetzlich geregelt, daß die Länder aufzunehmen haben. Aber es gibt im Landesrecht keine klare, verpflichtende Rechtsnorm im Hinblick auf die Aufnahme durch die Kommunen. Wir vermissen die Schließung dieses rechtsfreien Raumes durch dieses Gesetz. Vielleicht kann er durch die Anlage dieses Gesetzes gar nicht geschlossen werden. Es müßten aber insoweit ausreichende Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

Wir vermissen auch Kostenerstattungsregelungen, die endlich ausreichende Klarheit für Land und Kommunen bringen. Wir vermissen Zuständigkeitsklärungen im Blick auf die Aufhebung der Nutzungsverhältnisse in den Wohnheimen. Das ist zumindest nicht konsistent gelöst.

Es gibt also eine Fülle von Fragen, die wir mit Ihnen gerne im Ausschuß unvoreingenommen, wie wir sind, erörtern wollen. Im übrigen messen wir diesen Gesetzentwurf an seiner Zielvorgabe, die die Kollegin eben noch einmal herausgearbeitet hat, erhebliche Vereinfachungen im Verwaltungsablauf und Klarstellungen bezüglich der Nutzungsentgelte, also der Quasimiete in den Wohnheimen,

zu bringen, das heißt, diese Rechtsverhältnisse besser als bisher abzusichern, weil das im Erlaßwege nur unzureichend geschehen ist. In diesem Sinne leisten wir keinen prinzipiellen oppositionellen Widerstand gegen das Gesetz, aber haben doch eine Reihe von kritischen Vorbehalten, die wir mit Ihnen gerne erörtern wollen.

Ich will für meine Fraktion noch beantragen, daß diese Vorlage auch im Unterausschuß für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung behandelt wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Meine Damen, meine Herren, das Wort hat die Kollegin Schönhut-Keil für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Worum geht es? Mit der Öffnung der Mauer zum Osten Europas und Deutschlands bekamen viele Menschen, die trotz jahrzehntelangen Lebens in anderen Kulturen ihre persönliche Identität als Deutsche behalten haben, die Chance, ihren langgehegten Wunsch zu verwirklichen. Sie durften nach Deutschland einreisen.

Die nach dem Krieg errichteten Übergangwohnheime, die jahrelang nur schwach besetzt waren, wurden mit neuem Leben gefüllt. Von den Wohnheimen aus suchten sich viele Aussiedlerinnen und Aussiedler Erwerbsarbeit, und einige zogen in eigene Wohnungen um. Obwohl wenige Aussiedlerinnen und Aussiedler neu einreisen, leben zur Zeit rund 30.000 Menschen in sogenannten Ausweichquartieren. Viele von ihnen haben erfreulicherweise ein eigenes geregeltes Einkommen aus Erwerbsarbeit, so daß sie einen Beitrag zu den Kosten der Gemeinschaftsunterkunft leisten können. Nur darum geht es hier.

Da die Unterbringung nicht mehr vorläufig, aus dem akuten Unterbringungsdruck entstanden, sondern inzwischen zur Normalität geworden ist, ist es an der Zeit, auch die Kosten wie in normalen Strukturen zu regeln und auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Dasselbe gilt für Gemeinschaftseinrichtungen, in denen ausländische Flüchtlinge untergebracht sind. Durch die Asylgesetzgebung der Bundesregierung haben viele Menschen nicht mehr die Chance, in der Bundesrepublik Asyl zu beantragen. Viele Unterbringungseinrichtungen wurden bereits geschlossen. In den weiterhin bewohnten Einrichtungen leben viele Flüchtlinge längere Zeit. Auch für sie gilt, daß sie, sofern sie erwerbstätig sind, einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der Gemeinschaftsunterkunft beitragen können. Insofern sehe ich nicht den Unterschied, Herr Kollege Weiß, den Sie eben gemacht haben.

Gleichzeitig wird mit dem Gesetz festgelegt, daß die Unterkünfte nur begrenzte Zeit zur Verfügung stehen und die Bewohner und Bewohnerinnen verpflichtet sind, sich selbst um eine eigene Wohnung zu bemühen. Das ist in Kürze der Gesetzestext.

Ich denke, die Fragen, die Sie gestellt haben, können wir gerne noch in den Ausschüssen beraten. Ich gehe davon aus, daß Sie unserem Gesetzentwurf dann auch zustimmen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Meine Damen, meine Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Frau Ministerin! Vielleicht kann man das in Zukunft etwas eher erfahren.

(Zuruf des Abg. Hahn (F.D.P.))

Blaul, Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, das mache ich gerne. Ich bin nur davon ausgegangen, daß sich die vierte Fraktion auch schon zu Wort gemeldet hat. Dem ist nicht so.

Ich möchte kurz auf das Gesetz eingehen. Der Inhalt ist schon dargestellt worden. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, darauf zu verweisen, daß der Gegenstand, der im Gesetz geregelt wird, derzeit schon auf dem Erlaßwege geregelt ist. Hier gibt es allerdings eine rechtliche unklare Situation. Daher ist es nötig, ein Landesgesetz zu schaffen. So viel, Herr Weiß, zu dem, was Sie alles vermissen.

Bisher ist die Regelung auch schon so, daß sowohl Spätaussiedler als auch ausländische Flüchtlinge, die ein regelmäßiges Einkommen haben, sich an den Kosten ihres Wohnheimplatzes beteiligen. Ich denke, das ist absolut zumutbar. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit in bezug auf andere Personen in dieser Gesellschaft, die auch für ihre Unterkunft aufkommen müssen.

Das gilt nur, wenn bei diesem Personenkreis ein regelmäßiges Einkommen vorliegt. Der Kreis der Flüchtlinge und der Spätaussiedler, die bereits Arbeit gefunden haben, aber weiterhin in den Übergangwohnheimen oder den Unterkünten wohnen, ist nicht unerheblich.

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kappel?

(Ministerin Blaul: Ja, gerne!)

Kappel (F.D.P.):

Frau Ministerin, ob Erlaß oder Verordnung - Sie sagten eben, der Personenkreis ist nicht unerheblich. Können Sie in etwa sagen, wie hoch die erwarteten Einnahmen des Landes sein werden?

Blaul, Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit:

Herr Kappel, diese Zahl kann ich Ihnen nicht genau sagen. Wir können anhand von ausgewählten Unterkünten im Ausschuß darlegen, wie viele Personen in Lohn und Brot stehen und sich an den Kosten beteiligen können. In Hessen sind immerhin 29.000 Spätaussiedler in Unterkünten untergebracht. In den Kommunen sind noch 72.000 ausländische Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünten oder auch Wohnungen untergebracht. Es handelt sich also um einen relativ großen Personenkreis.

Mir geht es auch darum, daß mit diesem Gesetz Klarheit sowohl für die Unterbrachten als auch für die Kommunen sowie diejenigen geschaffen wird, die die Gemeinschaftsunterkünte bzw. die Übergangwohnheime betreiben. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß ein ordentliches Nutzungsverhältnis zwischen demjenigen, der einzieht bzw. dort untergebracht wird, und demjenigen, der das Haus leitet, geschaffen wird. Das wird auch zu einer klareren Regelung im Hinblick auf die Fragen der Hausordnung oder für den Fall beitragen, daß eine Person einen Platz zugewiesen bekommen hat, diesen Platz aber nicht nutzt. Dann steht der Platz über längere Zeit leer, und eine

andere Person, die Anspruch hätte, in dieser Einrichtung einzuziehen, kann nicht untergebracht werden.

Wir werden Gebühren erheben. Der Kostendeckungsgrad kann noch nicht genannt werden, weil es eine klare Einschätzung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt voraussetzt, wie viele Personen in welchen Regionen in der Zukunft überhaupt Arbeit finden.

Mit der Erhebung der Gebühren auf der Grundlage eines Gesetzes wird sich wahrscheinlich auch die Einnahmensituation in einem darstellbaren Maße auf Seiten des Landes verbessern. Ich denke, daß diesem Gesetz von daher kein politischer Widerstand entgegengesetzt werden wird. Wir sind selbstverständlich bereit, in den Ausschüssen noch Rede und Antwort zu stehen, um das Gesetz noch in diesem Jahr beschließen zu können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Ich möchte auf der Zuhörertribüne unseren ehemaligen Kollegen Albert Pfuhl sehr herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat der Kollege Kappel für die F.D.P.-Fraktion.

Kappel (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich kann mich nur der Meinung anschließen, daß hier eine Regelung notwendig ist, weil in der Tat Unklarheiten bestehen. In diesem Zusammenhang ist konkret die Auseinandersetzung zwischen den Sozialhilfeträgern und dem Land zu nennen, wer denn zuständig sei und wer verpflichtet ist zu zahlen.

Ich denke, daß wir strittig bleiben werden in der Differenzierung zwischen Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen, die hier untergebracht werden. Das ist aber mehr eine ideelle Auseinandersetzung, die hier keine Rolle spielt.

Das Entscheidende ist - Frau Ministerin, Sie haben es angesprochen, und das hat mich auch bewegt, hier noch zu reden -: Im Grunde genommen hat das Land entdeckt, daß Kosten an das Land erstattet werden sollen, die seither strittig sind. Diese Strittigkeit wird durch das Gesetz aufgehoben, und das Land kann einkassieren. Dies geschieht natürlich zu Lasten der Sozialhilfeträger bzw. der Kreise und kreisfreien Städte.

Das mag rechtens sein, ich denke jetzt aber einmal an die konkrete Situation im Kreis Vogelsberg mit der Zahlungsaufforderung des Landes Hessen und der Weigerung des Kreises. Es wird jetzt klar sein, daß man zahlen muß. Das ist auch rechtens, da gibt es keine Auseinandersetzung.

Es wäre nur wichtig, am Ende herauszubekommen - ich bitte darum, das in der Ausschußberatung zu konkretisieren -, mit welchen Einnahmen im Verhältnis zu seither das Land rechnet, wer zahlen muß und wer dabei den Vorteil hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Meine Damen, meine Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es wurde vereinbart, daß der Gesetzentwurf dem Haushaltsausschuß, dem Rechtsausschuß, dem Unterausschuß für Heimatvertriebene, Aussiedler,

Flüchtlinge und Wiedergutmachtung sowie federführend an den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen wird. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Gesetz über Personalausweise - Drucks. 13/6286 zu Drucks. 13/5794 -

Berichtersteller ist Herr Kollege von Plottnitz.

von Plottnitz, Berichterstatter:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf ist im Plenum des Hessischen Landtages vor fast vier Monaten, nämlich am 15. März 1994 in erster Lesung beraten worden und dabei dem Innenausschuß als dem federführenden Ausschuß und dem Rechtsausschuß als dem beteiligten Ausschuß überwiesen worden.

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 9. Juni 1994 beraten und einstimmig beschlossen, dem federführenden Innenausschuß vorzuschlagen, dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs unter Berücksichtigung einer Änderung zu empfehlen, über die ich Ihnen bei der Empfehlung des Innenausschusses berichten werde.

Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 29. Juni 1994 beraten und einstimmig folgenden Beschluß gefaßt, der dem entspricht, was der Rechtsausschuß einstimmig beschlossen hat:

Der Innenausschuß empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der folgenden Änderung und damit in der aus der Anlage der Beschlußempfehlung des Ausschusses ersichtlichen Fassung anzunehmen:

In § 5 Abs. 4 Satz 2 wird der Verweis "§ 19 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 26. Juni 1990 (GVBl. I S. 197, 534), geändert durch Gesetz vom 5. Februar 1992 (GVBl. I S. 66)"

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Meine Damen, meine Herren! Ich bitte Sie, noch einen Moment Ruhe zu bewahren.

von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- wie Sie sehen, meine Damen und Herren, ist das hoch aufregend - durch die Angabe "§ 19 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 31. März 1994 (GVBl. I S. 174)" ersetzt.

Das hatte ich Ihnen zu berichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Meine Damen, meine Herren! Der Bericht wurde gegeben. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Gesetzentwurf abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Gesetz über Personalausweise - Drucks. 13/5794 - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung-

gen? - Ich stelle fest: einstimmig angenommen und damit zum Gesetz erhoben.

Ich möchte zum Fortgang der Geschäfte den Tagesordnungspunkt 25, die Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen, aufrufen. - Herr Dr. Jung!

Dr. Jung (Rheingau) (CDU):

Frau Präsidentin, ich mache zum Verfahren folgenden Vorschlag: Ich beantrage für unsere Fraktion, daß die Tagesordnungspunkte 11 und 12 den Ausschüssen unmittelbar überwiesen werden.

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Sie haben den Vorschlag des Kollegen Dr. Jung gehört. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Große Anfrage der Abg. Degen, Reif, Rösler, Gerling, Irmer, Klee, Seif, Weimar (CDU) und Fraktion betreffend Abwasserreinigung - Drucks. 13/6269 zu Drucks. 13/4633 -

Die Große Anfrage soll dem Umweltausschuß überwiesen werden. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Große Anfrage der Abg. Degen, Prof. Dr. Hamer, Dr. Burggraf, Lenz, Möller (Gießen), Rotthoff, Friedrich, Badeck, Velte, Schoppe, Breitwieser, Rippert (CDU) und Fraktion betreffend Zukunft der hessischen Musik- und Jugendkunstschulen - Drucks. 13/6280 zu Drucks. 13/4527 -

Die Große Anfrage soll an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst überwiesen werden. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Herr Kollege Weidmann!

Weidmann (SPD):

Frau Präsidentin, ich bitte darum, den Tagesordnungspunkt 22 aufzurufen und den Antrag der SPD direkt in den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit (federführend) und den Ausschuß für Frauen, Arbeit und Sozialordnung (beteiligt) zu überweisen.

Vizepräsidentin Wagner (Eschwege):

Ich rufe gemäß dem Antrag des Kollegen Weidmann den **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend familienpolitische Schwerpunkte in Hessen und eine gesamtgesellschaftliche Offensive für einen wirksamen Familienleistungsausgleich - Drucks. 13/6312 -

Der Antrag soll mitberatend dem Ausschuß für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und federführend dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit überwiesen werden. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Ich rufe jetzt - wie vorhin angekündigt - den **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 13/6331 -

Wer den Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Ich stelle fest: einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Jugendpolitik - Drucks. 13/6289 zu Drucks. 13/6081 -

Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest: Die Beschlußempfehlung wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr. Ich erinnere daran, daß der Hauptausschuß und Europaausschuß und der Kulturpolitische Ausschuß in der Mittagspause zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen haben.

(Unterbrechung von 12.56 bis 15.03 Uhr)

Präsident Starzacher:

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Ein Antrag auf Hitzefrei ist nicht gestellt worden. Wir setzen die unterbrochene Beratung fort.

Es ist vorgesehen, daß jetzt **Tagesordnungspunkt 23** aufgerufen wird:

Regierungserklärung des Kultusministers zur Bildungspolitik in Hessen

Sowohl für die Regierungserklärung als auch für die Fraktionsrednerinnen und Fraktionsredner ist eine Redezeit von jeweils 15 Minuten vorgesehen. Herr Kultusminister, Sie haben das Wort.

Holzappel, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf Sie zunächst darüber informieren, daß jedenfalls für die Altersgruppe, die in diesem Saal vertreten ist, Hitzefrei nicht vorgesehen ist. Ich bitte um Nachsicht, aber hier herrscht Gleichbehandlung.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die rund 790.000 Schülerinnen und Schüler, die im nächsten Schuljahr Hessens Schulen besuchen, stellt der Haushaltsplan des Landes Hessen über 44.000 Lehrerstellen bereit, mehr als zu jedem anderen Zeitpunkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr auch als 1976, als die Schülerzahl in Hessen mit 1 Million eine Rekordhöhe erreicht hatte. Damals standen lediglich 39.000 Stellen zur Verfügung. Trotz der dramatisch veränderten finanziellen Rahmenbedingungen hat die Landesregierung ihre Zusage eingehalten. In dieser Legislaturperiode wurden 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der vorangegangenen Wahlperiode waren noch nicht einmal alle freigewordenen Stellen wiederbesetzt worden, von zusätzlichen Stellen gar nicht zu reden. Das ist ein großer Schub gewesen, um den wieder wachsenden Schülerzahlen gerecht zu werden, aber auch um Weichen für die erforderliche Modernisierung unserer Schulen zu stellen. Es ist auch eine solide Basis zur Bewältigung der schwierigen Jahre, die vor uns liegen.

Im Jahr vor der letzten Landtagswahl 1990 hatte die Regierung Wallmann einen sogenannten Lehrerbedarfsplan vorgelegt. Sehr weit reichte er nicht, gerade ein Jahr über den Zeitpunkt der Verabschiedung hinaus, also bis zum Jahr 1991. Eine Perspektive über 1991 hinaus sah die Regierung wohl für sich selbst nicht, und damit hatte das Kabinett Wallmann recht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht recht hatte sie mit dem, was sie in diesem Plan für 1991 voraussagte: einen Lehrerüberhang von vier Stellen. In Wirklichkeit standen wir bei der Regierungsübernahme jedoch einem Minus von 4.332 gegenüber.

(Weidmann (SPD): Wieviel war das?)

Man kann also sagen: Ganz falsch war es nicht, die Zahl 4 war richtig. Aber es waren nicht vier, sondern 4.000, und das Vorzeichen stimmte auch nicht, es war nicht plus, sondern minus.

(Burghardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Typisch Gesamtschulergesamt!)

Daran muß erinnert werden, wenn man manche Erklärungen der heutigen Opposition richtig würdigen will. Es ist die neue Landesregierung gewesen, die unmittelbar nach dem Regierungswechsel dieses übernommene Minus mit einer ersten Rate von 900 Stellen abzubauen begann.

(Irmer (CDU): Sehr witzig!)

Es gab viele Ursachen dafür, daß man sich so mächtig überschätzt hatte. Viele waren auch schon bekannt, als das damalige Kabinett den "Plan" verabschiedete, der lediglich eine Fata Morgana war. Das Trugbild sollte aber wohl noch bis zum Wahltag halten, mochte es auch weit von der Realität entfernt sein. Solches Verhalten hat kurze Beine, wie sich an eben diesem Wahltag zeigte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Perspektive dieser Landesregierung reicht weiter als bis zum nächsten Wahltag. Sie kann und wird keine unerledigten Hausaufgaben hinterlassen, weil wir uns sicher sind, daß wir auch nach 1995 weiter die Verantwortung für dieses Land zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Sie sollen doch im Parlament die Wahrheit sagen!)

Daher habe ich vor sechs Wochen eine Prognose vorgelegt, die sich vom Lehrerbedarfsplan des Jahres 1990 deutlich unterscheidet. Zum einen beruht sie auf aktuellsten Daten; vor allem aber reicht sie weit über das Wahljahr hinaus in das nächste Jahrzehnt. Die Prognose fußt auf dem, was in diesen vier Jahren auf den Weg gebracht werden konnte. Erstmals wieder sind in einem großen Maß Neueinstellungen vorgenommen worden. Nachdem in den vorangegangenen Jahren noch nicht einmal der Ersatzbedarf durch Neueinstellungen ausgeglichen wurde - die Regierung Wallmann schloß mit einem Stellen-Minus von 828 für Hessens Schulen -, hat das Stellen-Plus von 3.000 den Einstellungskorridor deutlich verbreitert. Insgesamt rund 6.000 neue Lehrerinnen und Lehrer sind in dieser Wahlperiode an die Schulen gekommen, addiert man Ersatzbedarf und Stellen-Plus.

Auf den ersten Blick überraschend ist, daß das Durchschnittsalter der Lehrkräfte trotz dieses Neueinstellungsvolumens nicht gesunken ist. Dennoch ist die Erklärung

einfach. Von den Hochschulen kamen in diesen Jahren weniger Absolventen, als Stellen zu besetzen waren. Daher kamen auch bis dahin arbeitslose, also schon ältere Bewerber aus früheren Jahrgängen zum Zug. Positiv formuliert: Die noch 1990 hohe Lehrerarbeitslosigkeit konnte deutlich abgebaut werden. Erstmals haben wir bei diesem großen Einstellungs volumen sogar in einzelnen Bereichen schon Schwierigkeiten gehabt, vorhandene Stellen fachspezifisch zu besetzen, so bei der sonderpädagogischen Förderung und im beruflichen Schulwesen.

Die Landesregierung war bemüht, mit den Neueinstellungen in einem ausgewogenen Verhältnis den wachsenden Schülerzahlen ebenso gerecht zu werden wie neuen Aufgaben an unseren Schulen. Am Beispiel des kommenden Schuljahrs habe ich das vor kurzem dargestellt: Rund 500 der insgesamt 675 neuen Stellen dienen dem Ausgleich wachsender Schülerzahlen, die übrigen der Bewältigung besonderer oder neuer Aufgaben.

Für die neuen Aufgaben an unseren Schulen gibt es eine übergreifende Zielsetzung: Schule nicht nur zu einem Ort des Lernens, sondern auch als Erfahrungs- und Lebensraum zu entwickeln. Über die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung ist in der letzten Plenarwoche debattiert worden. Die neuen Möglichkeiten einer flexibleren Stunden tabelle, die Erarbeitung von neuen Lehrplänen, die die Stoffüberfrachtung mindern sollen, die Einrichtung der Schulkonferenz als Organ gemeinsamer Verantwortung von Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern, um Schulleben und Schulprofil zu entwickeln - das sind die Stichworte, die in diesen Zusammenhang gehören. Es muß nicht wiederholt werden, was ich dazu bereits in der vorangegangenen Debatte gesagt habe.

Wie sehr wir damit auf dem richtigen Weg sind, hat sich mir nicht nur in vielen Gesprächen an Schulen gezeigt. Daß auf den Schulen ein Problemdruck liegt, der mit den tradierten pädagogischen Formen, Ritualen und Möglichkeiten allein nicht mehr zu bewältigen war, haben alle natürlich schon seit langem gespürt. Dieser Problemdruck aber läßt sich nur dann lindern, wenn Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler und die Schulverwaltung gemeinsam über Lösungswege nachdenken und diese auch gemeinsam umzusetzen trachten.

Eben dies ist in den letzten vier Jahren in einem erstaunlichen Maße gelungen. Wir haben dies auch aktiv durch eine Politik des Dialogs auf Landesebene unterstützt. Sowohl im Landesschulbeirat als auch im Rahmen der Veranstaltungen des Zukunftsdialoogs, aber auch am "Runden Tisch Gewalt" haben verschiedene Gruppen zusammengesessen und diese Politik nicht nur begleitet, sondern ihr auch wesentliche Impulse gegeben. Nicht zuletzt deshalb ist in den letzten vier Jahren in Hessen endlich wieder Schulfrieden eingekehrt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei Abgeordneten der CDU - Irmer (CDU): Lesen Sie einmal, was in der Zeitung steht!)

Dieser Schulfrieden kann auch durch verkrampfte und immer wieder gescheiterte Störversuche der Opposition nicht erschüttert werden.

(Claus (SPD): Das ist es doch, was die ärgert, jetzt haben sie kein Spielzeug mehr!)

Mir ist in diesem Zusammenhang ein Hinweis wichtig. In erstaunlich hohem Maße haben sich Lehrerinnen und Lehrer für diese Politik der Öffnung der Schule nach innen und außen engagiert, und dies trotz der immer wieder beklag-

ten, für ein solches Vorhaben angeblich ungünstigen Altersstruktur. Viele haben an den Schulen mit Erleichterung registriert, daß vieles von dem, was sie vor einigen Jahren - manchmal als Einzelkämpfer, manchmal mit schlechtem Gewissen wegen immer noch entgegenstehender formaler Barrieren - begonnen haben, um ihre Schule weiterzubringen, nunmehr nicht nur rechtlich abgesichert wird, sondern auch politisch gewollt ist.

Auf diese frische Luft ist dringend gewartet worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies hat das Erziehungsklima in unseren Schulen nachhaltig zum Positiven verändert. Es hat eine Diskussion gefördert, die sich inzwischen auch über die Schulgrenzen hinweg mit den Aufgaben der Erziehung am Ausgang dieses Jahrtausends beschäftigt.

Ich begrüße diese Debatte ausdrücklich, die oft als Wertebatte bezeichnet wird. Sie war dringend notwendig, nachdem Diskussionen über Schule über Jahrzehnte hinweg nur von einer ermüdenden und eindimensionalen Organisations- oder Leistungsdebatte geprägt waren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur die Fragestellungen, sondern auch die Antworten unseres Schulgesetzes stoßen heute auf einen breiten Konsens, wo immer man die vordergründigen parteipolitischen Polemiken früherer Jahre zu überwinden versucht und sich um ein Verständnis der Schule bemüht, das den aktuellen Anforderungen gerecht wird.

(Irmer (CDU): Amen!)

Das hat mir zuletzt in eindrucksvoller Weise die Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zum Stichwort "Schule - ihr Auftrag in der sich verändernden Gesellschaft" gezeigt, die sich in weiten Passagen wie eine Begründung des Hessischen Schulgesetzes liest.

Herr Kollege Koch, wie armselig ist es demgegenüber, wenn Sie jetzt durchs Land ziehen und als Alternative der CDU Sitzenbleiben, Klassenbucheinträge und die Abschaffung der Schulkonferenz propagieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung die Politik der Öffnung der Schule nach innen und nach außen ankündigte, verzeichnet das Protokoll den Zwischenruf "Balkanisierung" aus den Reihen der CDU.

(Schoppe (CDU): Jawohl!)

- Richtig, Herr Schoppe erkennt sich wieder; er kam von ihm. Es ist ihm erfreulicherweise nicht gelungen, diesen geschmacklosen Kampfbegriff populär zu machen.

(Irmer (CDU): Er scheint aber zu greifen, Sie nutzen ihn ja!)

Viel häufiger werde ich mit dem Wunsch nach einer noch weitergehenden Stärkung der Entscheidungskompetenz vor Ort konfrontiert, werden Hemmnisse durch noch immer bestehende Regularien kritisiert, werde ich zu noch mehr Konsequenz auf dem eingeschlagenen Weg aufgefordert.

Es zeigt sich, daß Freiheit Mut macht, den Weg zu mehr Eigenverantwortung zu betreten. Es ist erstaunlich, wie vielfältig die Aktivitäten zur Öffnung der Schule vor Ort sind, wie selbstverständlich sich Eltern einbeziehen,

(Irmer (CDU): Ist das was Neues?)

wie Schülerinnen und Schüler eine neue Verantwortung für ihre Schule übernehmen, wie ermutigend Unterstützung und konkrete Hilfe im Umfeld einer Schule erfahren werden kann.

Aber vor Freiheit hat die Opposition in diesem Hause offenbar Angst. Das zeigt sich auch an ihrer Ankündigung, den Eltern wieder die Freiheit der Wahl des Bildungsganges zu nehmen.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Ist doch abenteuerlich! Wir haben das Schulfreiheitsgesetz eingeführt! Absurd!)

Unentwegt wird dabei die Mär wiederholt, es habe einen Ansturm, gar eine "Überflutung" der Gymnasien gegeben, seit der Elternwille freigegeben wurde. Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß Sie diese Behauptung wider besseres Wissen aufstellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein statistischer Vergleich

(Irmer (CDU): Wer macht denn die Statistik?)

der Jahrgangsteile in der Gymnasialklasse im 7. Jahrgang seit 1987 zeigt - - Ich hätte ganz gerne diesen Zwischenruf noch einmal gehört.

(Irmer (CDU): Wer macht denn die Statistik?)

- Ich finde es interessant, daß ein früherer Mitarbeiter des Hessischen Kultusministeriums hier dazwischengerufen hat: "Wer macht denn diese Statistik?" - Herr Kollege Irmer, gegenüber diesem Verdacht nehme ich die zuständige Abteilung VII hier ausdrücklich in Schutz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Clauss (SPD): Vielleicht war das zu seiner Zeit so!)

Aber dies ist offensichtlich das einzige, was Ihnen übrig bleibt.

(Zurufe von der CDU)

Kennzeichnend ist diese Reaktion, weil Sie nicht bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Eltern nicht so unvernünftig handeln, wie Sie immer wieder behaupten. Meine Damen und Herren, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, mit 35,4 Prozent liegt der Gymnasialanteil in diesem Schuljahr niedriger als am Ende Ihrer Regierungszeit mit 36,3 Prozent. Und dann gehen Sie hinaus und behaupten, es hätte eine "Überflutung" der Gymnasien durch die Freigabe des Elternwillens gegeben.

Aber Sie lassen sich auch hier Ihre Vorurteile nicht durch Fakten zerstören, wie das CDU-Wahlprogramm zeigt. Nun soll man die Hoffnung nicht aufgeben, daß Sie nach weiteren Jahren der Opposition noch dazulernen.

Zu einem Thema, der Arbeitslehre, sind Sie ja schon jetzt auffallend ruhig geworden. Vielleicht haben Sie sich in der Zwischenzeit schon davon überzeugt, wie richtig das Konzept dieser Landesregierung ist, das Fenster zur Berufs- und Arbeitswelt für alle Schülerinnen und Schüler zu öffnen.

(Irmer (CDU): Das ist doch graue Theorie! Das glauben Sie doch nicht!)

Dies entspricht im übrigen auch und gerade den berechtigten Forderungen der Wirtschaft, von Gewerkschaften wie von Arbeitgebern. Für deren aktive Unterstützung bei der Einführung der Arbeitslehre am Gymnasium möchte ich bei dieser Gelegenheit nachdrücklich danken. Schon bestehende Kontakte konnten dabei ausgebaut, das schon

vorhandene Fundament der Betriebspraktika konnte benutzt werden.

Zur inhaltlichen Modernisierung gehört auch ein zweites Stichwort, das zu Recht immer wieder von der Wirtschaft aufgegriffen wird: der Frühbeginn des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule. Er geht in Hessen auf eine lange Tradition zurück, stagnierte jedoch in Ihrer Regierungszeit von 1987 bis 1990 und wurde damals sogar grundsätzlich in Frage gestellt.

1987 lernten 12.630 Grundschülerinnen und -schüler eine fremde Sprache. Bis zum Regierungswechsel war deren Zahl nur sehr bescheiden auf 14.590 angestiegen. Mit der neuen Stundentafel gab es einen kräftigen Schub nach vorne: Nur drei Jahre später, 1993, sind es schon 36.618 - mehr als ein Drittel aller Grundschülerinnen und Grundschüler.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben das schon traditionelle Englisch und Französisch ist Italienisch und Spanisch getreten. Im neuen Grundschulplan hat der Frühsprachenunterricht einen festen Platz, weil Grundkenntnisse in einer Fremdsprache heute zur Basiskompetenz gehören. Daher haben wir auch Schluß damit gemacht, Englisch im Stundenplan der Hauptschule auszuklammern. Es ist auch jetzt dort verbindliches Fach.

Daß der 45-Minuten-Takt gerade für Grundschülerinnen und -schüler nicht das Maß des Lernens darstellen kann, hat in insgesamt 144 Schulen zur Entwicklung des Konzeptes "Grundschulen mit festen Öffnungszeiten" geführt. Wir haben zweierlei erreicht: das pädagogische Konzept der Schule verändert und zugleich Eltern einen verlässlichen Zeitrahmen gesichert.

Zum Zeitpunkt des Regierungswechsels gab es in Hessen 45 betreute Grundschulen. Das bis daher eher bescheidene Engagement des Landes ist von dieser Landesregierung deutlich verstärkt worden. Dies drückt sich in einer höheren Fördersumme im Einzelfall ebenso aus wie in der Erhöhung des Gesamtrahmens. Im Schuljahr 1994 wird es 273 betreute Grundschulen geben. Das Projekt ist im übrigen ein gutes Beispiel dafür, welche Möglichkeiten sich aus Kooperationen ergeben. Es konnte so erfolgreich entwickelt werden, weil hier Schulträger mit Schulen und Eltern zusammenwirken und etwas realisieren, was jeder für sich allein nicht hätte realisieren können.

Nach einer langen Phase der Stagnation sind auch die Ganztagsangebote nicht nur in der Grundschule erweitert worden. Neue flexible Organisationsformen wie die pädagogische Mittagsbetreuung verbreitern dabei zugleich die Angebotspalette. Am Abschluß dieser Wahlperiode bestehen in Hessen 54 Ganztagschulen, davon 38 an Sonderschulen, 22 mit Ganztagsangeboten und 27 Schulen mit einer pädagogischen Mittagsbetreuung.

Mit dem gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten ist das Land einen Weg vorangegangen, den die Konferenz der Kultusminister der Länder inzwischen generell vorgegeben hat. Im kommenden Schuljahr befinden sich über 1.700 behinderte Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht. Da mit dieser Entwicklung auch Neuland betreten wurde, bedarf es sicherlich der kritischen Erörterung von Mitteln, Wegen und Methoden. Dem wird sich die Landesregierung nicht entziehen.

Nicht zur Disposition steht aber der Grundsatz, daß das Miteinander von Behinderten an unseren Schulen zur Selbstverständlichkeit werden muß.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darauf zu insistieren, besteht heute Anlaß, da sich Gewalt auch schon gegen Behinderte gerichtet hat. Es geht hier immer um beides, um die Förderung der Behinderten ebenso wie um den Lernprozeß der Nichtbehinderten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Clauss (SPD): Sehr richtig!)

Der gemeinsame Unterricht ist in den letzten Jahren nicht aus dem Stelltropf der Sonderschulen finanziert worden. Dies ist ein wichtiger Unterschied zur Zeit bis 1991. Vielmehr sind auch im Sonderschulbereich Akzente gesetzt worden, die deutlich machen, daß der Landesregierung an einer gleichmäßigen Unterstützung der verschiedenen Förderwege gelegen ist.

Das wird daran deutlich, daß die Zahl der Ganztagsangebote an Sonderschulen von 32 auf 41 erhöht wurde, und 32 Sonderschulen zu regionalen Beratungs- und Förderzentren ausgebaut wurden. Auch für das Frankfurter Modell einer ambulanten Schule für Erziehungshilfe sind zusätzliche Stellen bereitgestellt worden.

Die Stichworte ließen sich fortführen. Europaschulen gehören ebenso zum politischen Profil dieser Landesregierung wie die Versuche mit Darstellendem Spiel - auch als Abitur-Fach - an Gymnasien und Gesamtschulen oder die Initiativen zur Stärkung der Schulbibliotheken; die Zusammenarbeit der Schulen mit Vereinen, vor allem mit dem Schwerpunkt Freizeitsport in Verbindung mit Sportvereinen wurden ebenso unterstützt wie die Aktivitäten vieler Schulen zur historischen Spurensuche oder gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Gemeinsam ist all dem, daß die Initiative immer von unten kam, die von oben gestützt und gefördert wurde. Jedes Projekt für sich eine Illustration dafür, wie richtig und wichtig es ist, die Einzelschule zum Zentrum der Schulentwicklung zu machen und, meine Damen und Herren von der CDU, wie töricht es ist, solche Aktivitäten zum überflüssigen Luxus oder zu Spielwiesen zu erklären, wie Sie dies immer wieder versuchen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechenkunststücke, die die statistische Bilanz nur auf dem Papier ausgleichen, wie dies 1990 geschehen ist, kann sich diese Regierung ersparen. In der Bilanz des Erreichten ist soviel vorzuweisen, daß auch über Defizite und Probleme offen geredet werden kann. Dabei gibt es eine klare Verpflichtung. Auch unter den schwierigen Haushaltsbedingungen der bevorstehenden Jahre muß der Anspruch von Eltern und Schülerinnen und Schüler auf Bildung gesichert werden.

Es ist richtig, daß Bildungsinvestitionen Investitionen in die Zukunft sind. Aber für sie gilt wie für jede Investition: Sie darf nicht um den Preis einer Verschuldung getätigt werden, die in ihren Konsequenzen nicht mehr bewältigt werden kann. Täten wir dies, so hinterließen wir unseren Kindern eine Hypothek auf die Zukunft, die unverantwortlich wäre.

In den nächsten Jahren werden die Auseinandersetzungen um die Gewichtung unserer Aufgaben auch in der Gesellschaft notwendigerweise schärfer werden. Prioritäten lassen sich eben leichter definieren, wenn Zuwächse zu ver-

teilen sind. Kein Kultusminister wird akzeptieren können, daß der Anstieg der Schülerzahlen über den nunmehr absehbaren Zeitraum von zehn Jahren gänzlich ohne zusätzliche Ressourcen bewältigt werden könnte. Der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, mein bayerischer Amtskollege Zehetmair hat das dieser Tage nochmals unterstrichen. Aber jeder Kultusminister weiß auch, wie die Realität der nächsten Jahre aussieht. Das Bildungssystem kann keine Insel sein, an der die allgemeine Notwendigkeit spurlos vorübergehen könnte, die Probleme der neunziger Jahre mit den Ressourcen der achtziger Jahre zu lösen, wie dies Helmut Schmidt einmal formuliert hat.

(Beifall bei der SPD)

Wie dies geschehen könnte, darüber hat die Landesregierung den Dialog eröffnet. Lassen Sie mich dazu als erstes festhalten: daß heute soviel mehr Lehrerinnen und Lehrer für eine geringere Zahl von Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen, hat in der Entwicklung der letzten 15 Jahre vor allem zu einer drastischen Senkung der Klassen-Größen geführt.

Manche Resolutionen, die mich heute erreichen, zeigen vor allem eines: wie kurz das Gedächtnis sein kann, wenn man sich damit auseinandersetzen muß, daß erstmals auch wieder größere Klassen gebildet werden müssen. Wenn heute bei der Bildung etwa von Gymnasialklassen auch wieder Klassen mit über 30 Schülern vorkommen - es sind dies 16 Prozent -, so wird leicht vergessen, daß dies vor nur einem Jahrzehnt noch die Regel war, und daß bis 1983 die Klassenobergrenze sogar noch bei 40 Schülern lag.

Eine weitere Senkung der Klassenfrequenzen ist daher unrealistisch. Aber ebenso deutlich möchte ich auch sagen, daß die Klassenobergrenzen nicht erhöht werden sollten. In einigen Bundesländern ist dies beispielsweise für die Grundschule schon geschehen, nämlich auf 31 oder 33. Mein schon zitierter bayerischer Kollege sagte dieser Tage der "FAZ" - wörtliches Zitat - "33 Schüler in einer Grundschulkasse sei das Maximum."

So der Bayerische Kultusminister.

Ich denke, wir sind in Hessen gut beraten, in der Grundschule eine solche Gruppenstärke von 33 gar nicht erst anzupeilen, sondern bei der hessischen Klassenobergrenze von 28 zu bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß die Grundschulen recht haben, wenn sie bereits diese Obergrenze für das Maximum halten. Eine Erhöhung der Obergrenze erscheint mir - neben den vielen pädagogischen Gründen, die dagegensprechen - auch unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit problematisch. Dadurch würde sich der Abstand zwischen großen und kleinen Klassen weiter erhöhen.

Sinnvoller erscheint es, bei der Lehrerrzuweisung davon auszugehen, daß die bestehenden Richtlinien zur Klassen- und Gruppenbildung eingehalten werden und eine klassen-, jahrgangs- oder schulformübergreifende Zusammenlegung dort erfolgt, wo Mindestgrößen unterschritten werden. Wollen Schulen davon abweichen, so sollte dies dann möglich bleiben, wenn in der Schulkonferenz darüber befunden wird, wie dies schulintern ausgeglichen werden kann.

Auf den Faktor Klassengröße will ich deswegen so nachdrücklich hinweisen, weil in vordergründigen politischen Diskussionen häufig so getan wird, als seien Anrechnungsstunden oder Aufwendungen für besondere Aufgaben Ursachen für den wachsenden Stellenverbrauch. Vielleicht

wird von der Opposition aber auch deswegen so kräftig in die falsche Richtung gezeigt, weil sie die Frage nicht beantworten will, ob sie selbst, meine Damen und Herren von der CDU, denn auch für den bayerischen Weg der Erhöhung der Klassenobergrenze in der Grundschule in Hessen eintritt oder nicht.

Interessant ist immer, wozu die Opposition inzwischen schweigt. Nicht nur zur Klassenobergrenze, auch zur Stundentafel herrscht eine erstaunliche Funkstille, erstaunlich deswegen, weil ja noch vor kurzem ein angeblich drohender Bildungsabbau an die Wand gemalt wurde. Aber vielleicht haben Sie sich ja wirklich in der Zwischenzeit beispielsweise in Baden-Württemberg informiert, wo Ihre Parteifreundin, meine Kollegin Schultz-Hector, dieser Tage eine Untersuchung zur Schülerarbeitszeit vorgelegt hat, die unseren Ansatzpunkt inhaltlich voll bestätigt.

„Schüler brauchen zeitliche Entlastung“, lese ich da und dargestellt wird das Ergebnis einer Studie, nach der die Arbeitszeit von Schülerinnen und Schülern über der der Erwachsenen liegt. Die Schlußfolgerung, wie notwendig die Kürzung der Stundentafeln bei der Lehrplanfortschreibung sei, um die Schüler in ihrem wöchentlichen Gesamtaufwand für die Schule um bis zu vier Stunden zu entlasten, haben wir in Hessen bereits 1992 gezogen. Durchschnittlich 30 Unterrichtsstunden, wie sie in Hessen in der Mittelstufe bereits seitdem gelten, soll nun auch in Stuttgart die Richtschnur sein.

Wenn wir über die Stundentafel reden, so bedarf es dabei einer grundsätzlichen Diskussion darüber, was Grundbedarf ist und was man denn zum Luxus rechnet. Ich stehe zu meiner Aussage, daß häufig für eine Schule ein Angebot neben der Pflichtstundentafel wichtiger sein kann als das, was man so landläufig Grundbedarf nennt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil Schülerinnen und Schüler in solchen Angeboten Erfahrungen machen können, die sich positiv auf ihre gesamte Entwicklung und ihren gesamten Lernprozeß auswirken. Es geht in der Erziehung immer um Menschen, das heißt, um Qualitäten und nicht nur um Quantitäten.

Man wird wohl fragen dürfen, ob das Hergebrachte schon allein deswegen Grundbedarf ist, weil es schon immer so war oder ob Zeiten knapper Ressourcen nicht zu Umgeleitungen nötigen, wenn man dringende neue Erfordernisse nicht einfach nur fortschreiben will.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel konkretisieren. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Kultusministerkonferenz vor kurzem Leitlinien für die sonderpädagogische Förderung und den gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten beschlossen hat, die den hessischen Weg bestätigen. Offensichtlich besteht in der Sache hier ein breiter Konsens.

Unter knappen Ressourcen müssen daher sicher bestehende Konzepte überprüft werden. Unzulässig ist es aber dann, die sonderpädagogische Förderung einfach zum Luxus zu erklären, nur, weil der Personalaufwand zu hoch ist, während wir zugleich beispielsweise den extrem hohen Personal- und Kostenaufwand in der gymnasialen Oberstufe als naturgegeben hinnehmen.

Anciennität kann jedenfalls nicht das Kriterium dafür sein, was wir als Grundbedarf und was wir als Luxus definieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt für die Angebote, die wir für Seiteneinsteiger und für die Integration von Kindern anderer kultureller Identität bereithalten. Schon die Regierung Wallmann hat die Mittel in diesem Bereich deutlich erhöht - ich sage ausdrücklich: zu Recht und seinerzeit auch mit meiner Unterstützung -, weil die Zahl der Aussiedler stark anstieg.

Umso mehr, meine Damen und Herren von der Opposition, hinterläßt es einen schalen Geschmack, wenn diese Etats nun als Spartopf entdeckt werden, wo nicht mehr die Problematik deutscher Aussiedler im Vordergrund steht. Für eine Schule, die Seiteneinsteiger integrieren und Kinder mit anderer Muttersprache aufnehmen soll, hat sich an der grundsätzlichen pädagogischen Problematik nichts geändert. Für diese Schulen

(Zuruf des Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU))

- Herr Jung, wenn Sie dazwischenrufen, dann sage ich diesen Satz gezielt auch für Sie - sind Stellen für diesen Bereich Grundbedarf und nicht Luxus.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich stehen weder Anrechnungstunden noch Aufwendungen für besondere Aufgaben außerhalb der Kritik. Wer die Diskussion aber hierauf verkürzt, will den Betroffenen Sand in die Augen streuen.

Daher würde ich mir auch etwas mehr Ehrlichkeit in der Diskussion um Anrechnungstunden wünschen. Abstrakt werden hier immer leicht Einschnitte gefordert. Wird es konkret, sind es meist dieselben, die heftigen Einspruch gegen Reduzierungen einlegen. Kleine Anfragen der Opposition bieten hierzu reichliches Anschauungsmaterial.

Wer auf Podien derzeit Oppositionspolitiker erlebt, kann erfahren, wie sie zunächst Beifall erhalten, wenn sie den Abbau der „Extras“ fordern, solange sie nicht verraten, was damit gemeint ist. Danach ändert sich das Meinungsbild im Saal häufig recht schnell.

Wie sich das Meinungsbild hier im Saal darstellen wird, wenn es konkret wird, werden wir im Herbst sehen, wenn die Landesregierung das Maßnahmenbündel vorstellen wird, das nach den jetzt eingeleiteten Gesprächsrunden als Ergebnis zur Bewältigung der Schuljahre 1995 und 1996 dann auf dem Tisch liegt.

Ich habe zusammen mit den Prognosen der Landesregierung für das nächste Jahrzehnt auch zwei Gutachten vorgelegt, die keinen Zweifel daran lassen, daß Stellenzuwächse wünschenswert, aber nicht - oder zumindest nicht im erforderlichen Umfang - realistisch sind. Einige Lehrerverbände, die darin nur ein Plädoyer für mehr Stellen finden, lesen offensichtlich sehr selektiv. Ich hoffe, daß solch interessegeleitetes Lesen nicht die Einsicht in die Realität blockiert.

Denn es steht außer Frage, daß Lehrkräfte hier vor einer doppelten Verpflichtung stehen.

Erstens. Sie werden an ihrem Arbeitsplatz den erforderlichen Mehrbelastungen oder auch Einkommensminderungen nicht ausweichen können, denen sich auch Menschen in anderen Bereichen unserer Gesellschaft im Augenblick gegenübersehen. Besonders für diejenigen, die am Beamtenstatus für Lehrkräfte besonders nachdrücklich festhalten, sei hinzugefügt: Dies wird auch die Bewährungsprobe für den Beamtenstatus sein.

Zweitens. Lehrkräfte sind immer auch Vorbild. Wie sie selbst mit den Anforderungen des nächsten Jahrzehnts

umgehen, wird auch das Bild bestimmen, das Heranwachsende von diesen Anforderungen erhalten. Unterrichtseinheiten über die "Grenzen des Wachstums", wie sie seit Jahren zum Standardrepertoire jedes aufgeklärten Pädagogen gehören, werden nicht dadurch glaubwürdig, daß sich der Unterrichtende den Konsequenzen dann entziehen will, wenn die Probleme an seinem Arbeitsplatz ankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ob Jugendliche diesen Paradigmenwechsel nur als Jammermal oder auch als Herausforderung begreifen, ist von großer Bedeutung für ihre eigene Perspektive und Handlungsbereitschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die vorgelegten Gutachten warnen aber auch davor - und hierauf können sich Lehrkräfte dann auch zu Recht in der bevorstehenden Diskussion berufen -, es sich bei den anstehenden Entscheidungen zu leicht zu machen und einfach etwas draufzupacken. Dabei muß das Augenmerk aber auf den entscheidenden Punkt gelenkt werden, der qualitativer und nicht quantitativer Art ist.

Vom zeitlichen Umfang her ist die Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und Lehrern keineswegs sonderlich abweichend von anderen Berufen, wenn man Unterrichtswochen unter Berücksichtigung der Ferien in Arbeitswochen umrechnet. Unstrittig sind aber die besonderen psychischen Belastungen, die in zahlreichen Untersuchungen belegt sind.

Ich füge hinzu: Wenn die Art und Weise, in der Schule "veranstaltet" wird, sich so für die Lehrenden als Belastung auswirkt, spricht viel für die Vermutung, daß sie auch für die Lernenden nicht optimal organisiert ist.

Dabei stellt sich zunächst die Frage, ob die geltende Pflichtstundenregelung überhaupt eine angemessene Form der Bestimmung der Lehrerarbeitszeit ist. Im ersten Schritt geht es bei deren Kritik zunächst um das Problem der relativen Gerechtigkeit: Stimmen die Relationen zwischen den Lehrenden? Wird der unterschiedlichen Belastung von Fächern und Schulstufen angemessen Rechnung getragen?

Im zweiten Schritt solcher Überlegungen steht jedoch die Maßeinheit selbst auf dem Prüfstand. Lehrer verweisen ja durchaus zu Recht darauf, daß ihr Beruf nicht nur aus den Unterrichtsstunden und deren Vor- und Nachbereitung besteht.

Damit verträgt sich dann freilich nicht, wenn Lehrerkollegien zugleich immer wieder meinen, die Absage von Elternsprechtagen, Klassenfahrten oder Schulfeiern sei ein geeignetes Instrument, um "Dienst nach Vorschrift" vorzuführen. Das muß auf sehr nachdrückliche Weise die öffentliche Vermutung bestätigen, sie verstünden sich nur als "Stundenhalter".

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei einem wirklichen "Dienst nach Vorschrift" stehen weder Elternsprechtage noch die Klassenfahrt noch die Schulfeier zur individuellen Disposition der Lehrkräfte. Sie gehören zum vorschriftsgemäßen Dienst ebenso untrennbar wie die Verpflichtung zum Abhalten der Unterrichtsstunde selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Beispiel - das ist mein abschließender Gedanke - sowohl sachlich verunglückter wie rechtlich unzulässiger Protestformen zeigt aber zugleich, daß die Fixierung der Arbeitszeitregelung auf die Pflichtstunde auch im Bewußtsein von Lehrerinnen und Lehrern selbst zu einer Verstümmelung ihres Berufsbildes führt. Es soll sogar Lehrkräfte geben, die ihren Stundenplan dann für optimal halten, wenn möglichst viele Unterrichtsstunden aufeinandergepackt werden und möglichst keine Freiräume verbleiben.

Das ist ein Bilderbuchbeispiel dafür, wie das Ziel einer Minimierung zeitlichen Aufwands notwendigerweise zu einer Maximierung der Belastung führen muß und wie notwendig es ist, über einen Arbeitsplatz nicht nur anhand quantitativer Meßgrößen, sondern auch anhand von qualitativen Kriterien zu reden. Diese Diskussion brauchen wir im Interesse von Schülerinnen und Schülern ebenso wie für Lehrerinnen und Lehrer.

In anderen gesellschaftlichen Bereichen hat die Diskussion über traditionelle Formen der Arbeitsorganisation teilweise zu radikalem Umdenken geführt, vom Fließband zur Fertigungsinsel, von der hierarchischen Betriebsstruktur zu kooperativen Arbeitsformen, in Forschung und Entwicklung vom Leitbild des einsamen Genies zur Teamarbeit.

Wir werden eine ähnlich vorurteilslose Diskussion auch für die Schule brauchen, wenn wir Lösungen entwickeln wollen, die nicht nur kurzfristig quantitativ Defizite ausgleichen, sondern auch qualitativ tragfähig sind. Diese Diskussion kann nicht bis zum Herbst abgeschlossen sein, muß aber begonnen werden, wenn wir über die nächsten beiden Schuljahre hinausdenken wollen.

Präsident Starzacher:

Herr Kultusminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Ruth Wagner?

Holzapfel, Kultusminister:

Ich möchte den letzten Absatz beenden. Ich denke, daß dann Gelegenheit zu einer Zwischenfrage ist.

Die Hessische Landesregierung hat diesen Dialog eingeleitet. Er soll niemandem vorgaukeln, daß es ohne eigene Anstrengungen und Mehrbelastungen gehen wird. Aber er soll klären, inwieweit eine Veränderung der Qualität der Arbeit das auffangen kann, was durch quantitative Expansion nicht mehr aufgefangen werden kann.

Unter dem Druck knapper Ressourcen hierüber nachzudenken, muß nicht von Schaden sein. Vielleicht sind es immer nur solche Situationen, in denen eine Bereitschaft entsteht, Hergebrachtes in Frage zu stellen. Not macht erfinderisch, heißt schon eine alte Spruchweisheit.

Lehrerinnen und Lehrer, meine Damen und Herren, haben es mit dem Lernen zu tun. Das sollten eigentlich ideale Voraussetzungen sein, sich auf diese neuen Fragen einzustellen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Starzacher:

Herr Kultusminister, Sie haben das Pult so schnell verlassen, daß Sie die Zwischenfrage von Frau Kollegin Wagner nicht mehr entgegennehmen und beantworten konnten.

Zur Geschäftslage darf ich darauf hinweisen, daß in der Sitzung des Ältestenrates eine Redezeit von 15 Minuten

vereinbart worden ist. Da gab es offensichtlich ein Kommunikationsproblem. Da der Kultusminister die Redezeit um 18 Minuten überschritten hat, steht diese Zeit den Oppositionsfraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Wir kommen zur Aussprache über die Regierungserklärung. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abg. Kartmann für die CDU-Fraktion das Wort.

Kartmann (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst am Ende Ihrer Rede, Herr Minister, wurde es interessant. Den Rest hätten wir uns sparen können; denn es war nichts Neues und vor allen Dingen nichts Zukunftsweisendes. Nichts, was die Probleme hätte lösen können, wurde von Ihnen hier gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Am Schluß wurde es spannend, und zwar deswegen, weil Sie das vorbereitet haben, was im Herbst kommen wird. Dann wird es nach der Methode gehen, daß man droht und den Lehrerinnen und Lehrern sagt: Wir werden euch zusätzliche Belastungen aufbürden, aber wehe, wenn ihr dagegen aufmuckt. Dann werden wir darüber nachzudenken haben, wie es um euren Beamtenstatus bestellt ist und wie um euer vorbildhaftes Tun. - Meine Damen und Herren, nicht daß man über derlei nicht reden könnte. Aber daß dieser Minister von der Vorbildfunktion der Lehrer spricht, wo er selbst seinerzeit als Oppositionsabgeordneter illegale Streiks und Demonstrationen mit angeführt und damit deutlich gemacht hat, was er von seiner Vorbildfunktion hält,

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

aber jetzt, dreieinhalb Jahre später, gleichsam geläutert den Lehrerinnen und Lehrern, denen er ein solches Vorbild gegeben hat, den Kampf ansagt, kann doch nicht die Lösung des Problems sein.

(Zuruf des Abg. Koch (CDU))

So kann der Dialog nicht aussehen, den wir brauchen, um die Probleme zu lösen. Hier haben wir es vielmehr mit einer Kampfansage zu tun; aber Kampfansagen sind keine Dialoge. Damit werden Sie scheitern, Herr Kultusminister. Man muß sich ernsthaft fragen, wie Sie die Probleme, die wir alle kennen, in den Griff bekommen wollen.

(Zuruf des Abg. Weidmann (SPD))

Meine Damen und Herren, das hessische Schulwesen, das hier insgesamt auf dem Prüfstand steht, steht an einer Wegscheide von großer Bedeutung. Das wissen wir alle ganz genau. Sie haben ja auch versucht, das darzustellen. So stellt sich die Frage, ob wir in Hessen den von der jetzigen Landesregierung eingeschlagenen Weg der Qualitätsminimierung an unseren Schulen weitergehen oder ob wir den besseren Weg beschreiten, hin zu einer leistungsfähigen Schule in Hessen - im Interesse unserer Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Keine Regierungserklärung, und sei sie auch noch so wortgewaltig - das war die eben abgegebene mit Sicherheit, wenn sie auch sonst nichts enthielt -

(Zuruf des Abg. Wagner (Angelburg) (SPD))

kann beschönigen, daß im hessischen Schulwesen Fehlentwicklungen Platz gegriffen haben, die zu großer Besorgnis Anlaß geben. Die Schulpolitik sozialdemokratisch geführter Landesregierungen in Hessen, angefangen von den siebziger Jahren bis heute, stellt im Ergebnis kein Ruh-

mesblatt dar, was sich zeigt, wenn man heute in die Schulen hineinschaut.

(Zuruf des Abg. Weidmann (SPD))

Die zu beklagenden negativen Entwicklungen im hessischen Schulwesen sind durch die amtierende Landesregierung in den letzten dreieinhalb Jahren wesentlich beschleunigt worden: Eine schleichende, aber spürbare Abwendung vom gegliederten Schulsystem hin zu einer einheitlichen Schulform ist unübersehbar und bedarf dringend der Korrektur.

Die kritischen Anmerkungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Absolventen der verschiedenen Bildungswege sind unüberhörbar. Sprechen Sie einmal mit Ausbildern in Handwerk, Handel und Industrie! Diese klagen über immer größere Mängel in den Grundqualifikationen bei den Auszubildenden. Die Hochschulen stellen einen immer gravierender werdenden Rückgang der Studierfähigkeit bei den Abiturienten fest. In diesem Zusammenhang tröstet uns nicht, daß es sich hierbei um eine bundesweit zu verzeichnende Erscheinung handelt. Es sind insbesondere hessische Merkmale, über die uns berichtet wird.

(Weidmann (SPD): Welche? Nennen Sie doch einmal die "hessischen Merkmale"!)

Der Ungeist einer falsch verstandenen Gleichheit prägt die Bildungspolitik der Sozialdemokraten in Deutschland und in verstärktem Maße in Hessen. Herr Kollege Weidmann, insofern ist das Thema nicht neu, mit dem wir uns hier beschäftigen. Es hat lediglich neue Facetten erhalten.

Meine Damen und Herren, es ist auch festzustellen, daß die hehren Grundsätze der Bildungsreform der siebziger Jahre - Sie sollten einmal nachlesen, was in den verschiedenen einschlägigen Schriften steht - in sich zusammengebrochen sind. Jetzt ziehen die Erben dieser Politik durchs Land und predigen mit denselben Argumenten wie ihre Vorgänger von der "Schule im Wandel" und merken dabei nicht, daß sie damit eigentlich das Scheitern ihrer eigenen bildungspolitischen Ziele eingestehen.

Hessische Schülerinnen und Schüler waren und sind eine gigantische Experimentiermasse für sogenannte Bildungsreformer, von Herrn von Friedeburg bis hin zu Herrn Holzapfel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Oh-Rufe von der SPD)

Es kann für eine vernünftige Bildungspolitik in Hessen kein höheres Ziel geben, als damit ein für allemal Schluß zu machen. Das bedeutet Ruhe und Frieden für die hessische Schulpolitik der Zukunft, nicht aber so etwas wie die Kampfansage des Kultusministers. Dabei sind materielle Fragen angesichts knapper Kassen nur ein Teilaspekt, wenn auch ein wichtiger. Gleichwohl muß man in diesen Tagen den Eindruck bekommen, daß es in der Bildungspolitik nur noch um Lehrerstellen geht. Der immer häufiger zu hörende Hinweis, daß vor 25 Jahren weniger Lehrer mehr Schüler unterrichtet haben, mag uns Bildungspolitikern auf der einen Seite unverständlich erscheinen; aber er muß uns andererseits auch zu denken geben.

(Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

Denn er macht darauf aufmerksam, daß sich die Umstände verändert haben, unter denen der Lehrerberuf ausgeübt wird. Insofern ist es mit Sicherheit erlaubt, diesen Aspekt anzusprechen.

Wenn wir über Bildungspolitik in Hessen reden, so sollten wir uns - das machen wir von der Union immer wieder

deutlich - darüber im klaren sein, daß wir über die Kinder reden, die in die Schulen gehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten erst über die Kinder sprechen, dann erst über die Lehrer. Deswegen ist es ganz wichtig, auf folgendes hinzuweisen: Unsere Kinder müssen eine vernünftige Schule haben und dürfen nicht Experimentiermasse sein. Das bedeutet, daß wir über verschiedenste Begabungen, verschiedenste Fähigkeiten, verschiedenste Neigungen reden müssen. Das bedeutet, daß Schule all dem durch verschiedene Bildungswege gerecht werden muß, daß es also der Staat ist, der in der Pflicht steht, das Schulwesen zu ordnen, wie es auch in unserer Verfassung steht.

Es gilt also, viel mehr anzupacken als nur das Stellenproblem. Doch wenn schon eine Regierungserklärung dafür herhalten muß, die Problematik der zukünftigen Unterrichtsversorgung zu erörtern, zumindest in Teilaspekten und sehr vage, dann genügt es nicht, auf Gutachten, Zahlen und Protokolle zu verweisen, aber nichts zur eigentlichen Lösung des Problems beizutragen. Die eben abgegebene Regierungserklärung hat uns nicht klargemacht, wie dieses Problem in der Zukunft zu lösen sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, Sie haben das Problem zwei Jahre lang vor sich hergeschoben. Der Antrag, den wir gestellt und gemeinsam angenommen haben, ist zwei Jahre alt. Sie haben Gutachten erstellen lassen. Aber jeder, der auf deren Ergebnisse gewartet hat, muß enttäuscht sein. Denn es ist nicht klar geworden, wie es weitergehen soll. Herr Minister, Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht, wenn Sie nur sagen: So stellt sich das Problem dar, liebe Leute im Lande; nun wollen wir gemeinsam darüber reden, wie wir es lösen können. - Herr Minister, Sie tragen doch Verantwortung, Sie stellen einen Teil der Regierung dar und sollten eben sagen, wie es weitergehen soll - dann kann man diskutieren -, anstatt andere die heißen Kartoffeln aus dem Feuer holen zu lassen.

(Weidmann (SPD): Wenn er sagt, wie es weitergeht, braucht man nicht mehr zu diskutieren!)

So ist die Situation. Sie tragen Regierungsverantwortung; aber in Ihrer Politik gehen Sie weiterhin den Weg, Ihr Amt eines Tages überflüssig zu machen. Sie schieben alles von sich weg, ohne konkret zu sagen, wie es weitergeht. Herr Minister, jedwede Überlegung, dem Problem der Unterrichtsversorgung beizukommen, wird unglaubwürdig sein, wenn man den Grundsatz "Grundbedarf geht vor Zusatzbedarf" nicht zur Richtschnur macht.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen muß es eine Umkehr geben. Sie kneifen an dieser Stelle. Sie kneifen auch deshalb, weil Sie immer noch in der falschen Hoffnung leben, Ihre sogenannten reformerischen Ziele, die Sie erreicht zu haben meinen, trotz der dramatischen Situation in Hessen retten zu können. Das ist vorbei. Wenn Sie nicht den Mut haben, an das heranzugehen, was Sie in den letzten Jahren an Mehrbedarf selbst erzeugt haben, dann werden Sie auch bei den Lehrerinnen und Lehrern scheitern, sobald es um Mehrbelastungen geht. Glaubwürdigkeit macht sich daran fest, daß man die Fehlentscheidungen zurücknimmt, die man selbst zu verantworten hat. Das müssen Sie hier erklären. Das ist der Weg, den Sie beschreiten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aus diesem Grunde fordern wir Sie nachhaltig auf, darüber nachzudenken, was Sie in dieser Legislaturperiode an hessischen Schulen an Mehrbedarf erzeugt haben.

(Zuruf des Abg. Beucker (SPD))

- Darauf kommen wir gleich. - Wir kommen dann dazu, über die Zahlen zu reden. Herr Minister, Sie haben den Zwischenruf des Kollegen Irmer kritisiert. Wenn Sie aber die Statistik aus der Abteilung VII des Kultusministeriums nehmen, werden Sie folgendes feststellen: Gerade für die Zeit des Regierungswechsel im Jahre 1991 kann man die gesamte Bewertung schon durch eine kleine Zahl verändern. Wenn Sie nämlich die Stellen, die von der Zwei-mal-zweihundertfünfzig-Stellen-Rate im Rahmen des Doppelhaushalts von uns vorgezogen wurden, sich selbst zuschlagen oder der alten Regierung, kommen Sie nämlich genau zu zwei verschiedenen Ergebnissen. Ich sage Ihnen: Wir haben diese 500 Lehrerstellen im Haushalt eingestellt; von Ihren 3.000 Stellen bleiben dann nur noch zirka 2.800 übrig, mehr nicht.

(Minister Holzapfel: Bitte?)

Das ist die Situation. Das ist der eine Punkt. Sie haben also die Schaffung von 3.000 Stellen effektiv gar nicht erreicht.

(Lachen des Ministers Holzapfel)

Das ist ein marginaler Punkt, aber, Herr Minister, es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und der Wahrheit. Deswegen können Sie nicht dauernd darum herumreden.

(Weidmann (SPD): Ich habe schon immer gewußt, daß Sie nicht rechnen können! Ich weiß es!)

- Das ist nachweisbar.

(Weidmann (SPD): Sie sind ein Opfer der hessischen Schulpolitik!)

Der nächste Punkt. Wenn man schaut, wo diese zirka 2.800 Stellen hingegangen sind, die Sie geschaffen haben - Sie ziehen mit der Zahl 3.000 durch das Land -, muß man auf folgendes verweisen: Wir haben von Anfang an gesagt, daß diese Lehrerstellen nicht dem Unterricht des Grundbedarfs zugute gekommen sind. Das ist bewiesen. So haben Sie während Ihrer Regierungszeit in verschiedensten Bereichen - Auffangen der Arbeitszeitverkürzung, Rückgabe der Koordinationsstunden, Maßnahmen an Gesamtschulen, Ganztagsangebote, Europaschulen, Integrationsmaßnahmen, Maßnahmen für ausländische Schüler, Schulen mit festen Öffnungszeiten, Schulversuche, neue integrierte Gesamtschulen, neue AGS, neue kleine Oberstufen - letztendlich einen Mehrbedarf an Lehrerstellen verursacht, der weit mehr als 3.000 Stellen umfaßt, die somit eben nicht dem Regelbedarf zugute kommen können. Das heißt, Sie haben sogar noch von der Substanz dessen, was im Regelunterricht vorhanden war, Stellen für den Mehrbedarf abziehen müssen, der von Ihnen politisch gewollt ist.

Deswegen ist der Unterrichtsausfall in Hessen so massiv; deswegen ist es unglaubwürdig, an dieser Stelle die Prügelstrafe für die Lehrerinnen und Lehrer einzuführen, anstatt an die eigenen Dinge heranzugehen, die Sie aus rein politischen Gründen in Hessen eingeführt haben, ohne daß es in gewissen Bereichen notwendig gewesen wäre.

Da fängt Glaubwürdigkeit an und nirgendwo sonst.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es handelt sich in Hessen eigentlich um einen Lehrstellenskandal. Es ist ein Skandal, daß Sie für 3.000 neue Stellen - das ist Ihre Zahl -

natürlich viel Geld aus dem Landeshaushalt bekommen. Und obwohl Sie den Landeshaushalt erheblich belasten und Ihnen das Geld durch das Landesparlament gegeben wurde, produzieren Sie letztendlich noch Stundenausfall, anstatt ihn abzubauen. Sie haben Ihre Pflicht in dreieinhalb Jahren dieser Tätigkeit nicht erfüllt, Herr Minister. Das muß man Ihnen heute ins Stammbuch schreiben, und sonst nichts.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das ist wichtig, und das wird auch in der Diskussion wichtig sein. Ihre Dialogpartner suche ich zur Zeit. Selbst die GEW ist nicht mehr in dem Maße Dialogpartner, wie Sie es wünschen. Bei der Landeselternbeiratssitzung haben Sie gesehen, wie die Auffassungen zu Ihrer Schulpolitik sind.

Wo sind denn Ihre Dialogpartner, meine Damen und Herren? Wo sind die Dialogpartner des Herrn Ministers, außer seinen Mitarbeitern, dem HIBS, HILF und im HKM? Es gab ein neues Heft in der Reihe "Im Gespräch", das hieß "Resonanzen". Darin waren die Resonanzen auf die bildungspolitischen Diskussionen des Herrn Ministers dargestellt, ausschließlich von Mitarbeitern, HIBS, HILF und HKM. Das ist der Rest an Dialogpartnern des Ministers in diesem Lande. Meine Damen und Herren, diese Schulpolitik ist an die Wand gefahren und Sie sind der Fahrzeughalter!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Schulpolitik besteht, wie gesagt, aus weit mehr als nur aus Stellenplänen, deswegen müssen wir auch darüber reden. Die Bürokratisierung des Schulalltags greift immer mehr um sich, eine kaum übersehbare Flut von Erlassen und Verordnungen erzeugt mehr Frust als Lust bei allen Beteiligten und engt die Handlungsspielräume von Lehrerinnen und Lehrern erheblich ein. Die Schule wird immer mehr und mehr zum Packesel gesellschaftlicher Probleme. Sie ist weder darauf vorbereitet, noch dazu in der Lage, der Reparaturbetrieb der Nation zu sein. Sie muß aber in die Lage versetzt werden, auf die in sie hineingetragenen Probleme zu reagieren. Dabei werden die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen schnöde alleingelassen.

Die natürliche und für den Unterricht unverzichtbare pädagogische und erzieherische Autorität der Lehrerinnen und Lehrer muß gestärkt werden. Ihnen sind in den letzten dreieinhalb Jahren Kompetenzen weggenommen worden, Sie sind in den Schulen das fünfte Rad am Wagen geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zurufe der Abg. Kahl und Weidmann (SPD))

Sie haben die Schulkonferenz dazu benutzt, um die Gesamtkonferenz zu entmachten. Wir müssen den Lehrer stärken. Er kann nur dann erziehen und Wissen vermitteln, wenn er eine starke Position in der Schule hat. Damit kann er auch Vorbild sein, was Sie von ihm verlangen, aber nicht in der jetzigen Situation, in die Sie ihn hineingebracht haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Grundsatz der Eignung beim Übergang auf weiterführende Schulen muß wieder zur Geltung kommen. Es stellt eine der entscheidenden Fehlentwicklungen im hessischen Schulwesen dar, daß beim Übergang auf weiterführende Schulen nach der Klasse 4 keinerlei Korrektiv durch die Schule erfolgt.

Wenn Sie mit den Schulleitern, den Lehrerinnen und Lehrern reden, wie die Entwicklung beispielsweise in den Klassen 5 und 6 von weiterführenden Schulen nach der Freigabe ist, werden Sie völlig anderes erfahren, als das, was der Minister diesem Parlament berichtet. Draußen im Lande ist eben nicht alles Friede und Freude. Wenn Sie für einen Bildungsweg ungeeignete Schüler in eine Klasse schicken, kommen Sie zwangsweise zu Bildungsnivellierung und Niveauabbau. Die Erfahrung zeigt es. Reden Sie, bitte schön, mit Ihren Dialogpartnern und lassen Sie sich das von ihnen sagen, und lassen Sie erst einmal die Dialogpartner reden, bevor Sie anfangen zu reden.

In Wahrheit ist die Lage in den Schulen dramatisch anders als Sie sie darstellen. Wenn Sie in Ihrer Presseerklärung, die Sie herausgegeben haben, davon reden, daß alles friedlich sei, dann ist das die Ruhe vor dem großen Sturm.

(Wagner (Angelburg) (SPD): Sie sagen jedes Jahr das gleiche! - Weidmann (SPD): Das erzählen Sie doch schon seit dreieinhalb Jahren!)

Meine Damen und Herren, das ist eine Befürchtung, das ist keine Hoffnung. Gehen Sie einmal in Ihre Gesamtschule, in Ihre Musterschule in Gladenbach, und lassen Sie sich einmal unter vier Augen erzählen, wie die wirklich denken. So ist das, und deswegen befürchte ich, daß wir das Problem nicht lösen können. Die Eignung muß beim Übergang auf weiterführende Schulen wieder zum Grundsatz werden.

Meine Damen und Herren, die Rahmenpläne, die Sie vorgelegt haben, werden zwar noch gelesen, die negativen Stellungnahmen zu den Rahmenplänen sind aber schon haufenweise vorhanden - im übrigen auch zur Arbeitslehre: vernichtende Urteile zur Arbeitslehre!

Auch den Arbeitgeberverbänden, die allein bei dem Begriff Arbeitslehre Ja gesagt haben, gehen jetzt die Augen darüber auf, was hessische Arbeitslehre in Wirklichkeit bedeutet. Die Arbeitslehre, die Sie hier wollen, die wollten die Arbeitgeberverbände nämlich auch nicht.

(Zuruf des Abg. Schoppe (CDU))

Deswegen werden Sie an dieser Stelle natürlich wieder eingeholt, und ihr kleiner Erfolg, daß man sagte, man wolle auch Arbeitslehre an den Gymnasien haben, ist dahin. Wir sollten und wir werden im Ausschuß über die Rahmenpläne noch zu reden haben.

Meine Damen und Herren, die Schule der Zukunft ist eben keine Schule im Wandel, wie sie von der Regierung dargestellt wird, denn Wandel ist zu oft nur Zeitgeist, Herr Minister, das sollten Sie wissen. Eine dem Zeitgeist angepaßte Schule wird eine zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Zukunft untaugliche Schule sein. Das ist eine wichtige Erkenntnis.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Schule muß eine grundlegende Allgemeinbildung, fachliche und soziale Kompetenz vermitteln. Sie muß junge Menschen befähigen, sich auf Veränderungen in Beruf und Gesellschaft im Laufe ihres Lebens einzustellen, auf Veränderungen zu reagieren und sich selbständig weiterzuentwickeln. Darüber hinaus sind dann Dinge machbar, die notwendig sind und die gemacht werden können, wenn wir das nötige Kleingeld dazu haben. Aber Schule muß zunächst die grundlegenden Aufgaben erfüllen.

In Zukunft brauchen wir an Hessens Schulen keine Experimente, sondern klare und verbindliche Vorgaben und Strukturen. Dann bleibt genügend pädagogischer Frei-

raum für Lehrerinnen und Lehrer, um wirklich ihre pädagogischen Ziele umzusetzen. Wieso sollte es nicht so sein?

Für uns bedeutet dies erstens, daß sich die Schule wieder dem Teil des Erziehungsauftrags zuwenden muß, der die Eltern unterstützt, denn es ist das Recht und die Pflicht der Eltern, zu erziehen, und hier muß die Schule unterstützend tätig werden.

Werte, wie sie in unserer Verfassung vorgegeben sind, und Tugenden, die für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft sowie für die Entwicklung der Persönlichkeit und der Tüchtigkeit in Leben und Beruf unverzichtbar sind, müssen wieder allgemeingültige Grundlage werden, müssen wieder zum Konsens in den Lehrerkollegien und umgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Das Schulwesen muß vielfältig angelegt sein. Nur ein begabungsgerecht gegliedertes Schulwesen wird diesem Anspruch gerecht. Es entspricht am ehesten der natürlichen Vielfalt der Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen und entzieht sich damit jeglichem ideologischen Vorwurf. Vielfalt ist keine Ideologie, sondern eine Gegebenheit, die wir zu berücksichtigen haben, wenn wir unsere Kinder in eine gute Schule schicken wollen.

Drittens. Das Bildungssystem muß sich wieder den Anforderungen des Beschäftigungssystems annähern. Die Qualität der schulischen Bildungswege und Abschlüsse muß verbessert werden. Verbindliche Mindestanforderungen in den verschiedenen Schulformen sowie die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sind zwingend notwendige Zielsetzungen. Haupt- und Realschulabschlüsse müssen eine stabile Grundlage für eine qualifizierte Berufsausbildung sein. Das Abitur muß wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit treffen. Das sind die Ziele, die es in den nächsten Jahren anzugehen gilt. Das können Sie nicht leisten, das müssen dann schon wir tun, wenn die Opposition in die Regierung überwechselt.

(Weidmann (SPD): Keine große Begeisterung auf Ihrer Seite!)

Es ist mehr denn je wichtig, der Illusion entgegenzuwirken - Herr Kollege Weidmann, bitte beteiligen Sie sich daran -, Abitur und Studium seien Garantien für Karriere und hohes Einkommen. Das ist eine sehr große Fehleinschätzung.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, einseitiger Akademisierung die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte entgegenzusetzen und die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung darzustellen und umzusetzen.

(Schoppe (CDU): Sehr gut!)

Viertens. Der Leistungsgedanke bedarf in Hessen einer deutlich besseren Bewertung, nicht nur bei der Regierung, sondern auch in der Schule.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Leistung ist das gerechteste Auswahlprinzip im Bildungswesen. Wer Leistungsbereitschaft nicht fördert und Leistung an sich ablehnt, betrügt junge Menschen um Chancen persönlicher Entfaltung. Der Leistungsgedanke beinhaltet zudem einen zutiefst sozialen Aspekt. Den Schwachen unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, erwächst aus der Befähigung derer, die Überdurchschnittliches zu leisten imstande sind.

Das Schulsystem ist dann human, wenn es dem unterschiedlichen Leistungsvermögen jedes einzelnen Schülers durch unterschiedliche Anforderungen entspricht. Dies beginnt eben schon beim Übergang in weiterführende Schulformen nach der Grundschule. Eine verbindliche Eignungsfeststellung durch die abgebende Schule am Ende der Jahrgangsstufe 4 ist für die CDU unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Fünftens. Unser Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen bedingt in logischer Konsequenz schulformbezogene Stundentafeln und Lehrpläne. Der Umfang der Stundentafeln hat in Hessen den niedrigsten Stand erreicht. Jede weitere Kürzung ist ausgeschlossen. Die Frage, ob man Stundentafeln verbessern kann - das will ich hier klar sagen -, hat mit der Frage der zukünftigen Lehrerversorgung zu tun. Es ist völlig klar, daß wir an dieser Stelle lieber korrigieren würden, als eventuell den Stand beizubehalten. Da muß man natürlich ehrlicherweise sagen, daß wir aufgrund der materiellen Situation keine leichtfertige Aussage dahingehend machen sollten.

Die vorgelegten Rahmenpläne sind für die Schule, wie wir sie für notwendig halten, ungeeignet. Lehrpläne, wie sie zu unserer Regierungszeit entwickelt wurden und die jetzt in den Kellern des Kultusministeriums schmoren, entsprechen den Anforderungen einer leistungsfähigen Schule mehr. Sie werden den Weg in die Schulen finden, sobald wir dazu im nächsten Jahr Gelegenheit bekommen.

Meine Damen und Herren, Schule ist mehr - ich sage es noch einmal - als nur die Frage nach Lehrerstellen. Zweifelsohne gilt, daß der Lehrerberuf heute als ungleich schwerer empfunden wird als vor 10, 20 oder 30 Jahren. Aber wenn der Staat - das sind letztendlich wir und vor allem die Regierung, Herr Minister - keine Antworten auf die wachsenden Belastungen gibt, dann bekommt er die Frage nach der Lehrerarbeitszeit gestellt, und das ist das Dilemma, in dem Sie jetzt leben.

Den Prozeß umzukehren, nämlich die Ursachen der Belastung zu verringern, den Schulalltag zu entspannen und damit auch die Leistung unserer Lehrerinnen und Lehrer zu respektieren und anzuerkennen, hilft letztlich allen, den Eltern, den Schülerinnen und Schülern und natürlich auch den Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen. Wir wollen den Weg für diese Politik aufzeigen mit klaren Vorgaben, mit klaren Strukturen, ohne ideologische Verpapptheit und ohne ideologische Zielsetzungen.

(Kahl (SPD): Was ist das konkret?)

Wir sagen vielmehr ganz deutlich: gegliedertes Schulwesen, Leistungsgedanke an den Schulen und klare Aufgabenstellungen für die Lehrerinnen und Lehrer, damit sie unterrichten und auch erziehen können. Das ist der Mittelpunkt dessen, was wir machen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind an dieser Stelle auf dem falschen Wege. Herr Kultusminister, nach dreieinhalb Jahren Ihrer Amtszeit ist Ihre Maske für jeden in diesem Lande sichtbar gefallen. Sie haben keine Dialogpartner mehr, sie haben keine Perspektiven mehr, sie haben keine Lösungsansätze. Sie drohen nur noch, Sie sind eigentlich am Ende. Das ist eine erschreckende Situation, in die Sie dieses Land in dreieinhalb Jahren gebracht haben.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müssen Sie da nicht selber lachen?)

Meine Damen und Herren, die Situation des Schulwesens in Hessen hat sich in den letzten drei Jahren massiv verschlechtert. Das ist nicht nur eine Feststellung der CDU in diesem Hause, sondern dies ist eine sich immer mehr verbreitende Erkenntnis in diesem Lande. Deswegen kann ich nur sagen: Hessen ist auch in der Schulpolitik auf keinem guten Weg.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Pfeil:

Vielen Dank, Herr Kollege Kartmann! - Das Wort hat Herr Abg. Hertle für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rede des Kollegen der CDU war weder am Anfang noch am Ende interessant.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Schoppe (CDU): Sie war aber sehr gut!)

Sie hat in keinem Punkt irgendeinen neuen Gedanken zur Bewältigung der Probleme gebracht, die uns das jetzige Schulwesen stellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beucker (SPD): So ist es!)

Im Gegenteil, an einem entscheidenden Punkt hat sich die Katze der Argumentation sogar in den eigenen Schwanz gebissen. Das will ich hervorheben. Herr Kartmann hat an einem Punkt gesagt, man müsse beim Schulwesen genau gucken, wie man auf neue Anforderungen reagiert, wie man die Lehrkräfte befähigt, auf neue Situationen von Kindheit und Jugend einzugehen. Man dürfe die Lehrkräfte nicht alleinlassen, man müsse die Autorität stärken.

All diese Sätze in die Wirklichkeit übersetzt - Sie sollten sich die Mühe machen, einmal anzuschauen, was wir in den drei Jahren gemacht haben. Die hessische Antwort auf all diese Probleme ist längst gegeben, ist längst praktiziert. Wir haben die freie Wahl der Eltern bei den Übergängen nach Klasse 4. Ich gehe im Detail noch einmal darauf ein, weil das, was Sie hier gesagt haben, nichts als alte Ideologie Ihres Vorgängers Christean Wagner ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das war doch einer der Punkte - ich wundere mich, daß Sie daraus nichts lernen -, warum Sie die hessische Landtagswahl verloren haben. Sie haben mit dem Elternrecht Schindluder getrieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Kartmann (CDU): Das ist Stuß!)

Sie haben das Elternrecht taktisch verwendet. Sie haben es so hingebogen, wie Sie es gerade brauchten. Das haben wir nicht gemacht. Wir haben gesagt: Das erste und letzte Wort bei den Übergängen haben die hessischen Eltern. Das hat sich drei Jahre wunderbar bewährt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der Frage Humanisierung des Schulwesens haben wir die gemeinsame Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Kinder aus der Kritik an Ihrer Praxis in den vergangenen vier Jahren umgesetzt. Ich muß sagen, es ist sehr erfolgreich; denn die Kultusministerkonferenz hat sich in jedem Punkt den Grundzügen der hessischen Schulpolitik angeschlossen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sich die Mühe machen, das Protokoll dieser Kultusministerkonferenz einmal nachzulesen - ich habe den Wortlaut leider nicht dabei -, dann werden Sie sehen, daß sich die Kultusminister aller Länder dieser Position angeschlossen haben. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat genau zu diesem - - Herr Schoppe winkt hier ab. Das ist doch toll. Genau da, wo es Ihnen nicht paßt, winken Sie selbst bei Ihren engeren Kollegen ab.

Lesen Sie einmal, was das Zentralkomitee der deutschen Katholiken zur Humanisierung des Schulwesens schreibt, welche Forderungen es zur Öffnung und zur Modernisierung der Schule stellt. Das ist exakt der Leitgedanke dessen, was wir in Hessen versucht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kartmann, da stellen Sie sich hier hin und verwenden die Floskel von der "gigantischen Experimentiermasse", die die hessischen Kinder für uns darstellten. Das stimmt doch an keinem Punkt. Wir haben an keinem Punkt Experimente gemacht, sondern wir haben aus der Kritik dessen, was Sie von 1987 bis 1991 nach meiner Meinung fundamental falsch gemacht haben, korrigiert, verbessert, konsultative Momente eingebaut, ein Schulgesetz gemacht, das den Geist der Demokratie an die hessischen Schulen bringt und nicht den Geist unausgewiesener Autorität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie meinen, daß die Probleme des hessischen Schulwesens mit so billigen Formeln wie Stärkung der Autorität zu bewältigen sind, dann sind Sie auf dem Holzweg. Wir müssen die Demokratie an den Schulen stärken. Schule muß ein Ort gelebter Demokratie werden, wo Konflikte geübt werden können, wo vernünftig miteinander argumentiert wird. Das ist ein entscheidender Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Korn (CDU): Wieso sagen Sie "muß werden"?)

- Das ist bereits der Fall, aber das geht nicht von heute auf morgen. Es ist ein langer Prozeß.

Jetzt komme ich zu dem einen Punkt, der Ihnen immer so unglaublich wichtig ist. Das ist Ihr Leistungsbegriff. Nach wie vor sitzt die hessische CDU einem verengten Leistungsbegriff auf und unterstellt der jetzigen Landesregierung und diesem Kultusminister, dessen Grundzüge, die er hier vorgetragen hat, von der Fraktion der GRÜNEN in jedem Punkt unterstützt werden, sozusagen ein Versagen in der Frage des Leistungsbegriffes.

Was ist für Sie das Gegenteil von Leistung, das Sie uns unterstellen? Für mich wäre das Gegenteil von Leistung: Unwillen, Leistungsverweigerung. Es wird nichts mehr gearbeitet, es wird nichts mehr getan, die Kinder sitzen ihre Zeit ab.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Das Gegenteil von Leistung ist die Regierung Eichel! Ganz einfach!)

Jeder, der heutzutage in Hessen schulpflichtige Kinder hat - ich habe deren vier und verfolge das jeden Tag -, muß wirklich sagen: Die leisten in der Schule so viel, wie wir in unserer Gymnasialzeit nicht geleistet haben. Das ist wirklich so!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abg. Korn (CDU))

- Nein, die sind nicht an einer Gesamtschule, weil Fulda ein gesamtschulfreies Areal ist. Die Gesamtschule hat sich bis Fulda leider noch nicht durchsetzen können.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Weber (Burg-haun) (CDU))

Aber ich habe auch große Erfahrung mit Gesamtschulen, und ich weiß, daß auf dem heutigen Niveau des hessischen Schulwesens so viel geleistet wird wie nie zuvor in der Geschichte des hessischen Schulwesens. Ich finde es zum Teil schlimm. Wenn ich den Alltag auch meiner Kinder sehe, dann sage ich: Diese Jugend wollte ich damals nicht haben. Ich hätte es viel bequemer, ich mußte nicht so viel lernen. Ich mußte nicht so viel büffeln, die Stoffmenge war nicht so groß. Ich finde die Stoffmenge heutzutage als viel zu groß. Ich halte es für notwendig, daß entrümpelt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kollege Hertle, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Ruth Wagner (Darmstadt) zu?

(Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Wagner? Immer!)

Frau Wagner, bitte!

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Verehrter Herr Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, warum stellen Sie Ihr Licht so unter den Scheffel, da Sie doch zum Beispiel beim Besuch der Prager Universität dem damaligen Rektor in fließendem Latein geantwortet haben? Darf ich Sie fragen, ob Sie das nicht dadurch gelernt haben, daß Sie unglaublich viel bimsen mußten in Ihrer Kinderzeit?

(Demonstrativer Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Das ist katholische Grundbildung! - Zuruf von der CDU: Das brachte ihm der Dyba bei!)

Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Wagner, wir haben uns damals galant auf das Wesentliche beschränken können.

(Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der F.D.P.)

Das ist leider heutzutage bei der Stoffmenge nicht mehr der Fall.

Jetzt komme ich zum Leistungsbegriff der hessischen CDU. Es wird ständig beklagt, die hessischen Schulen leisteten nicht genug. Es wird ständig das vermeintlich falsche Ausleseprinzip, das vermeintlich falsche Eignungsprinzip beklagt. - Schule kann heutzutage nicht mehr diese Auslese treffen, wie Sie sich das erneut vorstellen.

Ich bin wirklich glücklich darüber, daß Sie Anfang dieser Woche den hessischen Wählerinnen und Wählern klipp und klar gesagt haben, was passiert, wenn Sie wieder die Regierung stellen sollten. Sie wollen als erstes die Probe-woche wieder einführen. Das ist ein abgestandenes Torturinstrument, das sich x-fach widerlegt hat, von Baden-Württemberg bis Bayern, ein völlig ungeeignetes Instrument,

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

an dem sich schon Kultusminister Wagner die Hörner blutig geboxt hat, mit dem er vor Gericht verloren hat. Dieses Instrument wollen Sie einführen. Was haben Sie in den letzten dreieinhalb Jahren durch uns gelernt? Leider nichts! Ich frage mich manchmal, warum ich hier überhaupt rede.

(Zuruf von der CDU: Das fragen wir uns auch! - Heiterkeit bei der CDU und der F.D.P. - Schoppe (CDU): Gute Frage!)

Es ist eine ewige Litanei: Zur Eignungsprüfung und zur Probeweche habe ich hier insgesamt 18 Reden gehalten, die mit wissenschaftlichen Untersuchungen aus Baden-Württemberg und aus Bayern unterlegt waren.

(Korn (CDU): Sie waren schon besser!)

Herr Korn, es steht klipp und klar fest, daß dieses Instrumentarium ungeeignet ist, um herauszufinden, welche Schulkarriere ein Kind machen kann. Es ist verfrüht, falsch und schlecht. Bei Ihnen steckt dahinter nach wie vor die fixe Idee, nach Klasse vier für einen Zehnjährigen endgültige Entscheidungen treffen zu können.

(Korn (CDU): Ganz großer Quatsch!)

Bei Ihnen, Herr Korn, steckt besonders dahinter die alte Sehnsucht, nach Klasse vier schlicht und einfach eine gewisse Barriere, einen Flaschenhals einzubauen, um die Schülerströme vermeintlich etwas anders zu lenken.

(Korn (CDU): Das ist selbst unter Ihrem Niveau! - Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

- Nein, Frau Wagner. Die Wirklichkeit in Hessen zeigt, daß im Beratungskonsens zwischen Lehrkräften und Eltern bis auf wenige Ausnahmen vernünftige Entscheidungen gefunden werden und sich vernünftige Entscheidungen durchsetzen konnten.

(Widerspruch bei der CDU)

Mit unsinnigen Entscheidungen, wo die Eltern mit dem Kopf durch die Wand wollen, hat man seit eh und je zu tun. Mit solchen Eltern mußten wir schon immer umgehen. Wir gehen so mit ihnen um, daß es eine Notbremse im Hessischen Schulgesetz gibt. Diese hat bis jetzt sehr, sehr gut funktioniert. Die Kinder stehen im Gegenteil sogar im Mittelpunkt. Die Eltern kennen die Kinder besser als die Lehrkräfte. Wenn man die Kenntnisse der Lehrkräfte und der Eltern zusammennimmt und daraus eine Entscheidung treffen läßt, dann ist das ein normaler, vernünftiger und demokratischer Weg.

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kollege Hertle, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage von Frau Ruth Wagner aus Darmstadt?

(Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte!)

Frau Wagner, bitte!

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Wenn das so ist, Herr Hertle, daß es eine solche einvernehmliche Begutachtung gibt, wie erklären Sie sich dann zum Beispiel den Intelligenzsprung der Darmstädter Zehnjährigen, die mittlerweile zu 70 Prozent den Übergang in die Gymnasien schaffen?

Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das muß mit der neuen politischen Mehrheit in Darmstadt zusammenhängen, Frau Wagner.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben in der letzten Landtagsdebatte eine qualitativ hochstehende Debatte über die Wertediskussion geführt. Herr Schäuble versucht, diese Debatte sogar auf Bundesebene weiterzuführen. Ich finde, daß in dieser Debatte das Richtige haarscharf neben dem Falschen steht. Wir haben dies das letzte Mal erörtert. Es wäre aber an der Zeit, im Hessischen Landtag damit aufzuhören, diese Schlacht ewig weiterzuschlagen. Es wäre an der Zeit, in den nächsten Jahren zu einem Grundkonsens zu kommen und die demokratischen und kulturellen Grundstandards für die hessischen Schulen zu definieren. Man sollte sich auf einen gemeinsamen Grundkatalog - nicht nur von Wissen und Kenntnissen, sondern auch von Kultur, Verhaltensweisen und Konventionen - verständigen.

(Kappel (F.D.P.): Das gehört doch zusammen!)

- Das gehört natürlich zusammen. In der Leistungsdebatte wird aber immer nur die eine Seite gesehen und die andere vernachlässigt.

Ich könnte mir vorstellen, daß wir dann endlich die falschen Schlachtordnungen auflösen könnten, wenn wir diesen Grundkonsens definieren und in der Praxis auch durchsetzen.

Was hieße das? Es hieße Kenntnis von Literatur - nicht nur deutscher Literatur, sondern auch der Literatur des Auslandes -, Kenntnisse von Mathematik, Naturwissenschaften und ökologischen Zusammenhängen, es hieße eine Verkürzung der Lehrpläne und eine Konzentration auf Wesentliches, es hieße, die Schulen auf Europa auszurichten. Wir haben mit den Europaschulen einen kleinen Anfang gemacht. Diese Schulen funktionieren exzellent. Ich bitte alle Kollegen, in deren Wahlkreisen es Europaschulen gibt, sich diese einmal unvoreingenommen anzusehen. Es ist phantastisch, was da läuft. Das ist die Richtung, auf die wir die Schulen orientieren müssen. Ohne diese Orientierung auf Europa, ohne einen konkreten Austausch und ohne verstärkte Sprachenqualifikationen wird dieses Land ein Defizit erleiden und nicht bestehen können.

(Korn (CDU): Wir kürzen doch bei den Sprachen!)

Ich wünschte mir, daß die meisten hessischen Schulen Europaschulen werden könnten. Leider fehlt uns dazu das Geld. Um einen wirklichen Schulaustausch mit den europäischen Nachbarländern durchführen zu können, braucht man bedeutend mehr Geld. Ich hoffe, daß wir in den nächsten Jahren für diese Aufgaben mehr Mittel bekommen werden.

Ich komme zur Lehrerversorgung. Im Moment haben wir ein Bermudadreieck aus ansteigenden Schülerzahlen, fehlenden neuen Planstellen - das gibt der Haushalt nicht her - und der Fortsetzung unserer Reformpolitik. Wir müssen dieses Bermudadreieck bewältigen. Das ist sehr kompliziert.

(Zuruf des Abg. Korn (CDU))

- Herr Korn, hier ist alles am Platze, aber nicht Häme und unsinnige Zwischenrufe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU)

- Sie brauchen sich auch nicht an den Kopf zu fassen, sondern wir müssen uns den Kopf darüber zerbrechen, wie die Ressourcen im hessischen Schulwesen so genutzt werden können, daß alle drei Aspekte bewältigt werden.

Der Kultusminister ist in dieser Frage überhaupt nicht gegen die Wand gefahren, sondern er befindet sich in einem komplizierten Dialog. Wenn sich die hessische CDU allerdings in das Gewand eines Gewerkschaftsfundamentalisten kleidet und sagt: Es geht nur so und nicht anders, dann wird dieser Prozeß sehr, sehr kompliziert werden. Wenn wir aber einen Dialog führen, der vor der Landtagswahl ganz konkret herausarbeitet, wie wir mit der Lehrerarbeitszeit, mit der Frage der Anwesenheitszeit in den Schulen und mit den Klassengrößen umgehen, dann freue ich mich auf diese Auseinandersetzung.

(Korn (CDU): Sagen Sie doch etwas dazu!)

Dann muß auch die hessische CDU einmal sagen, was sie in diesen Fragen ganz konkret machen will.

(Korn (CDU): Wer stellt die Regierung? Sie oder wir? - Weitere Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

- Nein, Herr Korn. Im Moment höre ich von Ihnen nur Ungenaues, Vages, mal so und mal so, je nachdem, wie die Stimmung ist.

Ich will Ihnen ganz konkret sagen, was das für uns selbst bedeutet.

(Zuruf von der CDU: Besoldung nach Anwesenheit?)

Das bedeutet ganz konkret, daß man Lehrerarbeitszeit nicht mehr im Industrietakt des 19. Jahrhunderts messen kann. Ich habe es schon immer für falsch gehalten, daß Unterricht im 45-Minuten-Takt gemessen wird. Ich halte es für richtig, daß wir zu Anwesenheitszeiten an der Schule übergehen.

(Korn (CDU): Stechuhr!)

- Keine Stechuhren. Herr Korn übertreibt es sofort wieder und verkehrt es in das Gegenteil. - Ich halte es für richtig, daß die Schulen Autonomiebereiche bekommen, daß sie ihre Unterrichtsformen und ihre Unterrichtseinheiten im Rahmen der Vereinbarungen der Kultusminister regeln können und daß dies den äußeren Rahmen bildet, in dem Schule stattfindet. Ich bin für eine Öffnung der Schule, ein Abgehen vom 45-Minuten-Takt hin zu Lerneinheiten. Das ist der Weg, den wir beschreiten sollten.

Vizepräsident Pfeil:

Herr Hertle, kommen Sie bitte zum Ende.

Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme zum Ende. - Die heutige Debatte um die Regierungserklärung des Kultusministers ist von der Opposition nicht genutzt worden, konstruktive Dinge aufzugreifen und kritische Anmerkungen zu formulieren.

(Widerspruch bei der CDU und der F.D.P.)

- Ein Teil hat die Gelegenheit nicht genutzt, die F.D.P. kommt jetzt gleich. Wenn wir angesichts der Finanzkrise einen vernünftigen Weg finden wollen, um die Reformpolitik fortzuführen, zu der ich nachdrücklich stehe und die ich für dringend notwendig halte in all den Feldern, die wir beschritten haben, dann ist es erforderlich, einen gemeinsamen Dialog über Lehrerarbeitszeiten und über Investitionen in die Bildung zu führen. Es ist notwendig zu über-

legen, wie nach einer gewissen Zeit auch neue Geldmittel in die Schulen fließen können, ohne den Beamtenapparat aufzublähen. Auf dem Niveau, das Sie heute in Erwidern auf die Erklärung des Kultusministers angeschlagen haben, wird das leider nicht konstruktiv gelingen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Pfeil:

Vielen Dank, Herr Kollege Hertle. - Das Wort hat Herr Dr. Heiner Kappel. Ich ergreife die Gelegenheit, Herrn Dr. Kappel zur Promotion zu gratulieren!

(Beifall)

Kappel (F.D.P.):

Herr Präsident, ich bedanke mich. Ich möchte aber deutlich machen, daß ich zwar informiert bin, daß die Urkunde unterschrieben ist, daß sie aber auf dem Postwege seit sechs Wochen durch das Hessenland irrt. Bevor diese Urkunde nicht da ist, werde ich diesen Titel folgerichtig nicht wahrnehmen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe im Grunde genommen gehofft, daß der Kultusminister, bevor er seine Regierungserklärung abgeben würde, vorher ankündigen würde, worüber er überhaupt zu reden gedenke.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es wäre auch angenehm gewesen, wenn man, wie das bei Regierungserklärungen üblich ist, vorher einen Hauch des Textes kennengelernt hätte. Er wollte uns aber wahrscheinlich überraschen.

Überrascht hätte er mich, wenn er in seiner Rede deutlich gemacht hätte: Liebe Leute, es gibt den Augenblick, wo man erkennen muß, man hat sich geirrt, man muß einen neuen Weg gehen! - Diese Überraschung ist ausgeblieben. Der Kultusminister hat dagegen und zu meinem Erstaunen immer noch dieselbe Dreistigkeit beibehalten, zu behaupten, daß diese Schulpolitik in Hessen tatsächlich erfolgreich sei. Herr Kultusminister, Sie müssen sich das stundenlang vor dem Spiegel vorsagen, bis Sie es endlich einmal selbst glauben. Das können Sie doch nicht glauben, wenn Sie sich einmal die Fakten ansehen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Da kommen Sie mit Geschichtchen wie beispielsweise der, übrigens auch teuer gedruckt in dem Hessenblättchen: "Wort gehalten: 3.000 zusätzliche Stellen". Aber seien Sie doch irgendwann einmal so ehrlich, zu sagen, was daraus geworden ist! 3.000 Stellen wurden sehr wohl geschaffen, davon aber 1.650 für die Arbeitszeitverkürzung verbraucht.

(Beifall bei der F.D.P.)

1.350 zusätzliche Stellen wurden weitestgehend für Sonderprogramme verbraucht, und für den Regelunterricht blieben plus/minus Null. Das ist der Fakt.

(Beifall bei der F.D.P. - Fischer (CDU): Genau!)

Ich weiß noch sehr genau, wie viele Veranstaltungen wir erlebt haben, wo Sie sagten: In der Grundschule ist es Regel und Pflicht, daß die Klassenfrequenz 21 Schüler ausmacht und kein einziges Mäuschen mehr! - Das wurde so deutlich gesagt, Sie haben sogar von kalten und warmen Füßen und der Mittellage lau geredet. Ich erinnere mich an all diese Sprüche von damals. Jetzt zerren Sie noch den

Kultusminister von Bayern herbei, um zu verdeutlichen, daß es im Lande Hessen nicht so schlimm wie in Bayern sei; denn die hätten 33 Schüler in der Grundschule, und Hessen strebe nur 28 an.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Hört, hört!)

Herr Kultusminister, kommen Ihnen da nicht irgendwann die weichen Knie? Erinnern Sie sich, was Sie und Ihre ganze Mannschaft vor drei Jahren getönt haben? Jetzt meinen Sie, 28 wäre noch akzeptabel und gut.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will nicht sagen, daß Sie aus dieser Geschichte herauskommen können. Sie können nicht heraus, und wir können auch nicht heraus. Aber ein Stück Ehrlichkeit erwarte ich.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Badeck (CDU))

Diese Ehrlichkeit verlangt, daß man sagt: Wir haben uns getäuscht, wir haben den Leuten etwas vorgemacht, wir haben Hoffnungen geweckt, die nicht eingehalten worden sind; jetzt müssen wir Farbe bekennen! - Das wäre Anstand.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Sie loben immer noch die Integration behinderter Kinder in der Regelschule. Wohin sind wir denn gekommen? Das Gesetz mußte sofort novelliert werden, weil die Ansprüche zu hoch waren.

(Kahl (SPD): Wie bitte?)

Sie haben anschließend nur noch so viele in die Regelschule gelassen, soweit der Vorrat reichte. In diesem Jahr sind Sie an der Grenze angekommen, wo Sie sagen müssen: Im nächsten Jahr haben wir keinen einzigen Lehrer zusätzlich für dieses Programm an den Regelschulen.

(Beifall des Abg. Kartmann (CDU))

Das müssen Sie zugeben. Sie haben dieses Jahr die letzten Lehrer verbraucht, und im nächsten Jahr ist nichts mehr möglich. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie ehrlich sind und hier nicht etwas vormachen, was nicht der Wahrheit entspricht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Velte (CDU): Das ist aber eine hohe Erwartung!)

Jetzt kommen wir doch einmal zu den Fakten. Herr Kahl, wir können miteinander reden, und wir werden gemeinsam den Karren aus dem Dreck ziehen. Aber dabei müssen wir anständig miteinander umgehen und die Wahrheit feststellen. Faktum ist, daß wir 44.100 Lehrer haben. Davon sind gerade einmal 36.450 in der Versorgung des Pflichtunterrichts eingesetzt. 2.000 davon sind noch einmal dem Pool zugewiesen. Das heißt, ganz konkret der Grundversorgung in den Schulen zugewiesen sind genau 34.450 von 44.100 Lehrern. Das muß Ihnen doch irgendwann einmal zu denken geben!

(Kahl (SPD): Die Zahl ist schon falsch!)

Wenn wir die Folgen aus dieser Situation berechnen - das ist nicht mein Ergebnis, sondern das ist von der staatlichen Statistik ausgegeben -, kommen wir 1992/93 auf einen Kürzungsschnitt an den hessischen Schulen von wöchentlich 37.000 Schulstunden.

(Fischer (CDU): Hört, hört!)

1993/94 haben wir einen Schnitt der Unterrichtskürzung pro Woche von 38.000 Stunden. Da kann man doch nicht sagen, die Welt sei in Ordnung. Da ist nichts in Ordnung!

(Beifall bei der F.D.P.)

Jetzt wäre es an der Zeit, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber was macht der Kultusminister? Außer daß hier herumbramarbasiert wird, wird nichts daraus, weil ihn die GRÜNEN an jeder vernünftigen Aktion hindern. Das anerkenne ich auch; denn sie sind stark genug. Er veranstaltet einen runden Tisch, den viereckigen Tisch, den sechseckigen Tisch, aber es kommt nichts dabei heraus. Es wird nur gequasselt, weil man keine Möglichkeit hat, etwas anderes zu tun.

(Kartmann (CDU): Null Wachstum beim Minister!)

Es wird über den Beamtenstatus hergefallen, und die Beamten kriegen jetzt gedroht: "Wehe, wenn ihr nicht . . .!" Wie war das noch? Haben sich der Kultusminister und seine rotgrünen Unterstützer damals beim Beamtenstreik aufgeregt, als wir nicht gleich die Arbeitszeitverkürzung zugeben wollten? Wo war denn da die Unterstützung: "Beamte haben die Pflicht und die Aufgabe, ihren Dienst zu tun!"? Mitnichten, es wurde fröhlich drauflosdiskutiert, ob der Streik nicht doch zulässig sei, weil die Regierung damals nicht machte, was die Lehrerschaft wollte.

Ich verlange von Ihnen, daß Sie einen Teil der Sinnlosigkeit, die Sie an hessischen Schulen geschaffen haben, endlich wieder abbauen. Dazu gehört: Schulwahl kann künftig nur nach Eignung und Leistung stattfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Es ist ein Unfug, wenn man glaubt, daß Eltern diese Entscheidung allein treffen könnten. Die Regel heißt, daß die Eltern sagen - und ich zähle mich dazu -: Alle klugen Kinder und meine eigenen sollen ins Gymnasium! - Dies ist ganz normal, und deswegen hat die Schule ein Regulativ darzustellen. Das ist im Sinne unseres Staates und unserer Gesellschaft.

Herr Kollege Hertle und viele andere, der Rohstoff unseres Landes ist die Intelligenz unserer Jugend. Was machen wir denn mit diesem Rohstoff? Wir lassen ihn ungenutzt liegen, wir lassen ihn verlottern. Das nennen Sie vernünftige Bildungspolitik in diesem Land!

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich erwarte von Ihnen, daß Sie das Modell der Integration behinderter Kinder an der Regelschule aussetzen, weil wir die Lehrer dringend an den Sonderschulen brauchen. Es kann nicht eine Integration für eine kleine elitäre Gruppierung geben, während die große Zahl der behinderten Kinder dafür zahlen muß. Das kann nicht wahr sein!

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich verlange von Ihnen, daß Sie sich jetzt bemühen, endlich wieder den beruflichen Schulen jene Attraktivität zu verleihen, die sie brauchen,

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

daß Kinder wieder den Beruf akzeptieren lernen und daß die beruflichen Schulen nicht so ausbluten, wie es derzeit geschieht. Bei der Geschichte, die hier stattfindet, werden noch kleine Klassen und kleine Fachgruppen gestrichen.

Das Ausbluten findet an den beruflichen Schulen statt. Das Ergebnis ist, daß wir im beruflichen Feld immer mehr Ausdünnung haben werden, und das soll einen Sinn machen. Herr Kultusminister! Hier ist es an der Zeit, anzupacken und keine Angst zu haben.

Der Höhepunkt des gesamten Unsinns ist die Gleichberechtigungsgeschichte. Weil wir keine Lehrer haben, haben wir jetzt auch noch die Stellen für die Frauenbeauftragten und deren Mitarbeiterinnen aus der Lehrerschaft abzugeben. Wo ist denn da der Sinn? Es werden Stellen geschaffen, damit die Kinder früher nach Hause geschickt werden und die Mütter hinterher nicht wissen, wo ihre Kinder unterkommen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Zuruf der Abg. Vollmer (SPD))

Herr Kultusminister, ich schreibe Ihnen ins Stammbuch: Sie haben die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, allen Schülern nach ihrer Eignung und Leistung die gleichen Voraussetzungen zu schaffen und nicht auf der einen Seite zu präferieren und auf der anderen Seite die Schüler früher nach Hause zu schicken und ihnen die Stundentafel zu kürzen.

In diesem Zusammenhang fordere ich eindeutig: Die Grundversorgung an den hessischen Schulen hat absolute Priorität. Die Stundentafel ist voll auszunutzen. Wenn dann noch Lehrer da sind, kann man Sonderprogramme machen, nicht umgekehrt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, es macht keinen Sinn, wenn ich 5, 10 oder 20 Europaschulen habe, wo die Fremdsprache gelernt wird, und an allen anderen Schulen die Fremdsprache gekürzt wird. Das kann so nicht akzeptiert werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kultusminister, wenn Sie jetzt eine neue Moral bei der Beamtenschaft der Lehrer fordern, dann kommt das meiner Ansicht nach viel zu spät und ist viel zu einseitig. Welche Chancen haben Sie denn den Lehrern gegeben, Kinder zu unterrichten? Der Höhepunkt dieser ganzen Geschichte ist, daß noch nicht einmal ein Klassenbucheintrag stattfinden darf, weil damit der Datenschutz berührt wird. Ein Lehrer, der sich in diesem Zusammenhang noch engagiert, begeht Harakiri. Geben Sie erst einmal dem Recht der Lehrer an den Schulen wieder eine vernünftige Voraussetzung, dann werden sich die Lehrer auch engagieren!

(Beifall bei der F.D.P.)

Zu der Präsenzpflicht, die hier angesprochen worden ist. Kein Mensch hat etwas dagegen, daß Lehrer auch einen Teil ihrer Arbeitszeit an der Schule verbringen müssen. Es ist sicherlich unsinnig, Unterrichtsstunden so zu legen, daß der Lehrer möglichst schnell wieder nach Hause kann. Aber die Stundenzahl von 38,5 bleibt. Wo diese Stunden verbracht werden, ist egal. Deswegen muß ich mit dieser Stundenzahl richtig kalkulieren und kann mir keine Mätzchen leisten, wenn ich nicht die Mittel dazu habe.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir sind auch nicht dagegen, wenn neue pädagogische Zeiteinheiten gefunden werden. Wir sind nicht dagegen, wenn Ferien und Urlaub neu berechnet werden müssen. Wir sind nicht gegen Teamarbeit, und wir sind auch nicht gegen eine erhöhte Autonomie der einzelnen Schule. Aber in diesen Zusammenhang gehört natürlich auch eine zen-

trale Überprüfung der Leistung am Schluß der Schulzeit.

Denn es kann nicht sein, daß man in der Schule macht, was man will, ohne daß hinterher festgestellt wird, was der Schüler nach seiner Zeit leisten und vorweisen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Lassen Sie mich darauf hinweisen, daß wir es für problematisch halten, wenn jetzt propagiert wird, daß keine neuen Lehrer mehr eingestellt werden können. Wir haben ein Problem, und das muß jeder bei dieser Diskussion mit bedenken: Eine Alterungswelle unserer Lehrerschaft wird in den Jahren 2000, 2002 und 2003 eine ganz erhebliche Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern in den Ruhestand schicken. Pro Jahr werden es mehrere tausend sein. Wir werden dann keine jungen Lehrer haben, um diese Abgänge zu ersetzen. Von da aus gesehen ist es klug, bei einem sich inzwischen entwickelnden Schülerberg einen schmalen zusätzlichen Einstellungskorridor zu diskutieren, und dann dafür zu sorgen, daß wir bei den starken Abgängen auch wieder eine ausgleichende Zahl an Lehrern haben werden. Dieses muß gemeinsam, seriös und weitblickend bedacht werden.

Wenn das für mich völlig unangebrachte Gleichstellungsgesetz nicht in dieser Sache greifen würde, hätten wir, wenn wir es der Schule zukommen ließen, allein dadurch 300 zusätzliche Lehrerstellen.

(Hoffmann (SPD): Was?)

Ich will noch einen weiteren Hinweis bringen: Bereits 1972 wurde der Versuch gemacht, Lehrer in ihren Belastungen unterschiedlich zu werten und unterschiedlich mit den Pflichtstunden zu belasten. Dieses ist damals nicht von allen durchgezogen worden, aus welchen Gründen auch immer. Aber eines hat sich bewahrt: Vor drei Jahren haben SPD und GRÜNE laut geschrien, als wir einen bewährten SPD-Kultusminister in Erinnerung riefen. Herr Krollmann hat einmal gesagt: "Bedarf ist, was man bezahlen kann."

(Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Sehr richtig!)

Wir hatten diesen Satz damals laut Holzapfel, Kahl und wem auch immer völlig falsch verstanden. Offensichtlich haben Sie ihn jetzt richtig verstanden. Wo Ihnen die Mittel ausgehen, haben Sie kapiert, was Herr Krollmann meinte: "Bedarf ist, was man bezahlen kann". Nicht aufgrund höherer Erleuchtung ist der Kultusminister inzwischen von einem "Holzapfel-Saulus" zu einem "Holzapfel-Paulus" geworden. Aus der Not heraus muß er sich umorientieren. Frei nach dem Motto, daß in der Not der Teufel Fliegen frißt, ist er jetzt genötigt, auf Tatsachen einzugehen, die er vorher noch nicht einmal zu denken gewagt hätte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie mögen heulen wie die Derwische; die Wirklichkeit hat Sie bitter eingeholt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben Sie vor drei Jahren vor Experimenten gewarnt, die man nicht durchhalten kann. Wir haben Sie auch davor gewarnt, zu glauben, Leistung und vernünftiges soziales Verhalten sei ein Gegensatz. Herr Hertle, das ist kein Gegensatz. Ein leistungs- und pflichtbewußter Mensch kann sich sehr wohl sozial verhalten und sehr wohl Verpflichtungen aufnehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch hinten und vorne nicht!)

Sie bauen Gegensätze auf, die so nicht existieren und die so gar nicht akzeptiert werden können.

Meine Damen und Herren, eines ist klar, und wir werden Sie auch nicht aus dieser Geschichte herauslassen: Sie haben sich jahrelang in diesen Geschichten bildungspolitisch als Brandstifter erwiesen. Wenn Sie jetzt als rote und grüne Feuerlöscher auftreten, werden wir deutlich machen, was Sie selber angestellt haben. Sie werden aus dieser Geschichte auch nicht mehr herauskommen,

(Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So einen Mist kann man nicht aushalten!)

Es sei denn, Sie bekennen eindeutig, drei Jahre lang völlig in die falsche Richtung gegangen zu sein. Dann werden wir Ihnen helfen, daß Sie wieder einigermaßen in die Spur finden. Anders geht es nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie werden im nächsten Landtag gar nicht mehr reden können!)

Wir können all denen, die wissen, wieviel Stunden in Hessen ausfallen, wie die Lehrer traktiert werden, was ihnen alles oktroyiert wird, sagen: Im März nächsten Jahres werden wir eine neue, vernünftige Schulpolitik in diesem Land beginnen. Sie wird sozial und leistungsbewußt sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsident Pfeil:

Danke schön, Herr Kollege Kappel. - Ich begrüße auf der Zuhörertribüne Herrn Dr. Ahmed Reda Sheta, Pressebotschaftsrat der ägyptischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Herr Abg. Kahl für die SPD-Fraktion.

Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kappel, kehren wir wieder zur politischen Realität in diesem Lande zurück, und nicht zu dem, was in Ihrem Parteiprogramm so schön steht. Die vom Kultusminister vorgelegte Bilanz zur hessischen Schulpolitik und der Ausblick auf die kommenden Jahre sind mit den beiden Begriffen "überzeugend" und "ehrlich" zu kennzeichnen. Überzeugend, weil alle Wahlversprechen der SPD und die mit dem Koalitionspartner vereinbarte Zielsetzung zur Bildungspolitik trotz enger gewordenem Finanzspielraum unseres wirtschaftsstarken Bundeslandes Hessen konsequent umgesetzt und verwirklicht worden sind. Eine beispielhafte Bilanz, die auch durch die durchsichtigen Attacken der Opposition nicht verwässert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ehrlich - und ich betone: ehrlich -, weil die vorgelegte Bilanz des Kultusministers nicht geschönt ist. Probleme wie Unterrichtsausfall, steigende Schülerzahlen und offenkundige Zielkonflikte unter Beachtung der finanziellen Möglichkeiten des Staates werden offen angesprochen.

(Fischer (CDU): Ehrlich heißt aber auch, daß man sagt, wo man sich getäuscht hat!)

Lassen Sie mich einige wichtige Bereiche der hessischen Schulpolitik ansprechen. Ich beginne mit einem Punkt, der in dieser Debatte noch keinen großen Stellenwert hat; ich meine die berufliche Bildung. Berufliche Bildung hat in der hessischen Bildungspolitik einen hohen Stellenwert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU und der F.D.P. - Schoppe (CDU): Das ist doch ein Witz! - Badeck (CDU): Durch einfaches Behaupten wird es nicht besser!)

Der Lernort Berufsschule ist in unserem dualen Ausbildungssystem von grundlegender Bedeutung für eine qualifizierte berufliche Ausbildung der jungen Generation. Dazu gehört unabdingbar eine moderne apparative Ausstattung der Berufsschulen. Durch ein 20-Millionen-DM-Sonderprogramm hat das Land hierbei die Schulträger gezielt unterstützt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollen Sie doch wohl nicht wegdiskutieren? Unter den Eckdaten Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt, Erwerb von Schlüsselqualifikationen und der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung wurde in Konsequenz des Schulgesetzes und der KMK-Rahmenvereinbarung eine neue Berufsschulverordnung mit den Stichworten erweitertes Unterrichtsangebot, stärkere Differenzierung, deutliche Individualisierung und mehr Flexibilität erlassen. Gleichzeitig wurde die Unterrichtsabdeckung in der Teilzeitberufsschule kontinuierlich verbessert,

(Schoppe (CDU): Wie hoch ist sie denn?)

was sich auch in einer verbesserten Schüler-Lehrer-Relation ausgedrückt hat.

(Schoppe (CDU): Wie viele Stunden haben wir denn?)

Ganz besonderen Wert wird auch auf die Fortbildung der Lehrkräfte gelegt.

(Schoppe (CDU): Die Mittel werden gekürzt!)

Dies ist die Bilanz in diesem Bereich. Schauen Sie sich einmal genau die Zahlen an. Der Kultusminister hat Ihnen die Zahlen im einzelnen verdeutlicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kollege Kahl, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Schoppe zu?

Kahl (SPD):

Nein, es tut mir leid, aber ich habe nur wenig Zeit.

Zweitens. Hessen ist eindeutig Spitzenreiter bei den Betreuungsangeboten an Grundschulen. Jede vierte hessische Grundschule hat durch die großzügige finanzielle Unterstützung des Landes ein Betreuungsangebot - eine sehr eindrucksvolle Bilanz. Was haben wir da von Ihnen übernommen? Damit reagiert das Land auf die veränderte Kindheit der heranwachsenden Jugend und die Tatsache, daß Eltern und besonders auch Alleinerziehende zumindest eine verlässliche Halbtagschule brauchen. Die Grundschule mit festen Öffnungszeiten ist die richtige Antwort auf die Anforderungen der modernen Grundschulpädagogik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rhythmisierung des Unterrichts, Aufhebung des 45-Minuten-Taktes, Übergänge von Lern- und Spielphasen und Wochenplanarbeit sind dafür nur einige wichtige Stichworte. Durch die neue Stundentafel und die Überarbeitung der Lehrpläne leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur inhaltlichen Gestaltung von Schule. Die Einführung der Fünftagewoche und die Reduzierung der Stundentafel unter Berücksichtigung der Arbeitsbelastung der Schülerinnen und Schüler waren der richtige Weg, den trotz Kritik der hessischen Opposition nahezu alle Bundesländer ebenfalls beschritten haben. Die Rahmenpläne beschreiben ein Kerncurriculum, das nicht die gesamte zur Verfügung stehende Unterrichtszeit festlegt, sondern auch Freiräume für pädagogische Gestaltung eröffnet. Vergleichbarkeit der Anforderung, bezogen auf die Abschlußqualifikation des Bildungsganges und eigenständige Profilbildung sind die gestaltenden Elemente der Überarbeitung der Rahmenpläne für die Grund- und Mittelstufe.

Den zentralen Impuls für die inhaltliche Weiterentwicklung der hessischen Schulen brachte das neue Schulgesetz mit seinen grundlegenden Zielsetzungen wie Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Schule durch das neue Entscheidungsorgan Schulkonferenz, was überall Anklang findet, nur nicht bei der hessischen CDU,

(Claus (SPD): Sehr richtig!)

Öffnung der Schule, Stärkung der Kompetenzen der Schulträger, Festlegung der allgemeinen Bildungsziele auch unter Beachtung einer demokratisch verstandenen Wertediskussion und Einführung des inhaltlichen Strukturbegriffs des Bildungsganges, der hier auch von der Opposition heftig kritisiert wurde, aber heute das bestimmende Merkmal in der Vereinbarung der KMK zur Mittelstufe geworden ist.

Durch die Neuregelung der sonderpädagogischen Förderung hat Hessen mit dem gemeinsamen Unterricht eine Vorreiterposition eingenommen.

(Velte (CDU): Aber welche!)

Dies gilt nicht nur für den lernzielgleichen Unterricht, sondern ganz besonders auch für die Integration von lernbehinderten und geistig behinderten Kindern in der Grundschule. Über die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung und des gemeinsamen Unterrichts muß auch unter Beachtung der Ressourcen neu nachgedacht werden.

(Zuruf der Abg. Velte (CDU))

- Ja, wissen Sie, neu nachdenken ist noch nie verkehrt gewesen. Ohne nachzudenken die alten Dinge nachzuplappern, das halte ich für viel schlimmer.

(Beifall bei der SPD - Claus (SPD): Sehr richtig, Herr Kollege!)

Dabei darf aber der Grundsatz - der Herr Kultusminister hat es deutlich ausgeführt - des unterrichtlichen Miteinanders von Behinderten und Nichtbehinderten nicht in Frage gestellt werden. Für den gemeinsamen Unterricht wurden neue Stellen geschaffen und nicht - wie bei der Vorgängerregierung - aus dem Topf der Sonderschulen finanziert. Da gemeinsamer Unterricht und Sonderschule für uns kein Entweder-Oder ist, haben wir auch für den Sonderschulbereich wichtige Akzente gesetzt, wie zum Beispiel die Erhöhung der Zahl der Ganztagschulen und die Weiterentwicklung von Sonderschulen zu regionalen und überregionalen Beratungs- und Förderzentren.

(Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

Gucken Sie sich die mal vor Ort an. Dann sehen Sie, was da für eine vernünftige Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei der SPD)

Eine Reform der Schulaufsicht wurde eingeleitet. Verlagerung von Entscheidungen nach unten, Stärkung der unteren Schulaufsicht und der einzelnen Schule, Verschlan-
kung der Schulaufsicht bei den RPs und dem Ministerium, Vermeidung von Doppelarbeit sind dafür nur einige Stich-
worte. Hessen hat unter der Verantwortung der rotgrünen Landesregierung in den letzten Jahren mit Abstand gegen-
über allen anderen Bundesländern in einem beispielhaften Kraftakt die meisten neuen Lehrerstellen geschaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3.000 zusätzliche Lehrerstellen wurden eingerichtet und alle freiwerdenden Stellen ebenfalls neu besetzt.

(Korn (CDU): Wo sind sie denn?)

Noch zu keinem Zeitpunkt hat es mehr Lehrerstellen in Hessen gegeben als heute, obwohl wir schon einmal mehr Schülerinnen und Schüler hatten. Herr Kollege Kappel, irgendwann müssen Sie das einmal in Ihrer eigenen Fraktion klären. Jetzt fordern Sie zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Ihre Fraktion ist nie müde geworden, in den letzten dreieinhalb Jahren immer zu sagen: 3.000 zusätzliche Lehrerstellen wären viel zuviel!

Meine Damen und Herren, dies lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Kappel (F.D.P.))

Bilanz und Ausblick des Kultusministers verschweigen aber auch nicht die Probleme. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger hat Kultusminister Holzapfel eine realitätsbezogene Prognose der weiteren Entwicklung vorgelegt und keinen Lehrerbedarfsplan nach Wagnerscher Art, der schon ein Jahr nach Vorlage absolut überholt war, unredliche Rechentricks, die von einem Lehrerüberhang von exakt vier Stellen im Jahr 1991 ausgingen. Das war wohl der mathematische Höhepunkt dieser Berechnung in Anführungszeichen.

Steigende Schülerzahlen erfordern bei Hochrechnung der derzeitigen Situation viele neue Stellen. Dies belegen, auch auf den ersten Blick, die vom Kultusministerium in Auftrag gegebenen Gutachten. Dies ist die eine Seite. Die andere Seite ist aber die Lage der öffentlichen Finanzen, die in absehbarer Zeit keine Stellenausweitung zuläßt. Bildungspolitisch wäre eine Stellenausweitung gerade bei stark steigenden Schülerzahlen wünschenswert. Verantwortliche Politik muß aber auch bei der Priorität für Bildung als Zukunftsinvestition die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates und das Maß seiner Verschuldung als Hypothek für die Zukunft berücksichtigen.

(Kappel (F.D.P.): Sehr richtig!)

Daher begrüßen wir es sehr, daß die Landesregierung und der Kultusminister den Dialog über die Zukunft der Bildung mit allen betroffenen Gruppen eröffnet haben.

(Zurufe von der CDU)

Auch Lehrerinnen und Lehrer sind mit ihren sicheren Arbeitsplätzen aufgefordert, ihren Beitrag zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu leisten. Am Ende dieses Dialoges, aber rechtzeitig vor der Landtagswahl wird dann unsere Position festgelegt. Schon heute ist für uns als So-

zialdemokraten klar, daß es keine Erhöhung der Klassenobergrenze geben darf, wie es andere Bundesländer leider schon getan haben. Dies wäre pädagogisch der falsche Weg. Alles andere steht auf dem Prüfstand, wobei die Binnenoptimierung einschließlich der Überprüfung der sogenannten Anrechnungsstunden im Vordergrund steht.

Vizepräsident Pfeil:

Herr Kahl, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Ruth Wagner (Darmstadt) zu?

Kahl (SPD):

Es tut mir leid; aber sonst komme ich mit der Zeit nicht hin. - Auch die hohe Zahl von Frühpensionierungen von Lehrkräften, die gesundheitlich den Anforderungen des Unterrichts nicht mehr gewachsen sind, muß stärkere Beachtung finden. Dazu nur folgende einfache Rechnung: Ein früh pensionierter Lehrer bekommt im Regelfall 75 Prozent seiner Aktivvergütung. Wenn dieser Lehrer Aufgaben wie Betreuung von Sammlungen und Bibliotheken im Gegenwert von nur sechs Anrechnungsstunden aus dem Schuldeputat erfüllt, ist dies schon aufkommensneutral. Ein höherer Anteil führt schon zu einer Einsparung.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.) - Zurufe von der F.D.P.)

Neben diesen kurz skizzierten Maßnahmen mit dem Oberbegriff Binnenoptimierung sind auch Überlegungen zu differenzierten Arbeitsmodellen für Lehrer mit einzubeziehen. Das möchte ich auch hier sehr deutlich sagen.

(Zuruf der Abg. Velte (CDU))

- Wunderbarer Zwischenruf, meine Damen und Herren. Wenn in den staatlichen Schulämtern bei rund 120 Schulamtsdirektoren und 20 bis 25 Juristen alleine die Entlastung für die Gesamtpersonalräte einen Stellenumfang von über 100 Stellen erreicht hat, dann meine ich, daß hier Korrekturen notwendig sind. Das müssen auch Personalräte einsehen.

(Velte (CDU): Aber wir brauchen doch welche!)

Wir fordern alle Eltern, Schülerinnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer und ihre Verbände auf, sich an diesem Dialog der Landesregierung mit konstruktiven Beiträgen zu beteiligen. Zu dieser Bildungspolitik gibt es keine ernstzunehmende Alternative. Nur ein kurzer Blick in das Wahlprogramm der hessischen CDU verdeutlicht, daß die Union in ihren alten und überholten bildungspolitischen Positionen verharrt. Herr Kollege Kartmann hat dies ja heute auch wieder zum Ausdruck gebracht.

Werte von vorgestern; ein statischer Leistungsbegriff mit frühzeitiger Auslese, einschließlich des Korrektives Probeweche und ihre Fixierung auf das dreigliedrige Schulwesen werden als alte Ladenhüter wieder neu angeboten.

Die bildungspolitische Realität in der Bundesrepublik ist auch in den Ländern - es gibt ja nicht mehr so viele -, in denen die CDU an der Regierung beteiligt ist, weit von dem entfernt, was die hessische CDU hier wieder anbietet. Auch mit ihrer erneuten Forderung nach Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges auf zwölf Jahre findet sie nicht einmal die Zustimmung des CSU-Kultusministers in Bayern.

Zur Bildungspolitik der F.D.P. als ernstzunehmender Alternative fällt mir leider nicht viel ein. Viele liberale Positionen hat Herr Kollege Kappel ja schon in den letzten

Jahren geopfert. Was nun wirklich die Grundsätze der F.D.P. zur Bildungspolitik sind, ist dabei nur sehr schwer nachzuvollziehen. Dies scheint den Wählerinnen und Wählern aber insgesamt so bei der F.D.P. zu gehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen, indem ich für meine Fraktion betone: Kultusminister Holzappel hat mit seiner eindrucksvollen bildungspolitischen Bilanz und seinem offenen und ehrlichen Umgang mit den vorhandenen Problemen unsere volle Unterstützung und Rückendeckung.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

Auch über die Grenzen Hessens hinaus findet diese Politik Anerkennung. Die Vereinbarung der Kultusminister zur Mittelstufe trägt mit der Aufnahme des zentralen Begriffes des Bildungsganges eindeutig eine hessische Handschrift. Dies gilt auch für die Leitlinien zur sonderpädagogischen Förderung und dem gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten.

Ich bin sicher: Diese Bildungspolitik wird ebenso wie die gesamte Politik der Landesregierung durch das anstehende Votum der Wählerinnen und Wähler im Februar des kommenden Jahres bestätigt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Pfeil:

Das Wort hat Frau Ruth Wagner (Darmstadt) für die F.D.P.-Fraktion. Frau Wagner, Sie haben neun Minuten Redezeit.

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat fragt man sich auch heute nachmittag wieder, wieso eigentlich diese Regierungserklärungen zu keinem konkreten Punkt gegeben werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine Presseerklärung, verehrter Herr Kultusminister und Herr Kahl, hätte auch genügt, um Ihre angeblichen Erfolge in diesem Bereich zu feiern.

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht das Eintrittsgeld zu den Landesmuseen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auf zwei, drei Punkte eingehen, die für mich wert sind, noch einmal eindeutig, Herr Weist, etwas richtigzustellen. Verehrter Herr Kultusminister, Sie erklären in diesem Haus - sogar unter Beifall meiner Fraktion und der CDU -, daß Sie darangehen wollen, den Dialog aufzunehmen, Runde Tische einzurichten, Diskussionen zu machen und darüber nachzudenken, wie man mit Versorgungsempfängern, mit vorzeitigen Pensionierungen, mit der Arbeitszeitregelung umgehen sollte. Seit 1972 liegt diesem Haus eine Arbeitszeituntersuchung auf Antrag der Regierung von SPD und F.D.P. vor, in der eine differenzierte Arbeitszeitbemessung dargestellt worden ist.

Sie ist damals in den Verbänden heftig diskutiert worden. Selbstverständlich, ganz klar, damals war ich auf der anderen Seite. Sie ist im Hauptpersonalrat heftig diskutiert worden. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nur folgendes voraus: Die Argumente werden 1996 - solange werden Sie mit Ihren Diskussionen brauchen - nicht anders sein als 1972, nämlich daß Sie es mit Gruppen von Lehrern zu tun haben, die als Verband in der Gewerkschaft und im Philologenverband organisiert sind und die in keinem Fall

aus Verbands- und Gewerkschaftsinteressen zulassen werden, daß es differenzierte Betrachtungsweisen gibt.

Da habe ich innerverbandlich schon damals, im Jahr 1972, eine andere Position gehabt. Führungskraft eines Ministers beinhaltet nicht, 25 Jahre lang Dialoge zu führen, sondern zu entscheiden und etwas durchzusetzen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn das so ist, Herr Kahl - wir haben das im Unterausschuß einvernehmlich zwischen den Fraktionen festgestellt -, daß nur 45 Prozent der Polizisten am Ende noch die reguläre Arbeitszeit erreichen, dann muß man sich Gedanken machen. Der Vorgänger des Innenministers Dr. Günther hat gehandelt: Polizeibeamte, die aufgrund ihrer gesundheitlichen und körperlichen Konstitution nicht mehr in der Lage sind, Dienst vor Ort zu tun, sollen woanders im hessischen Polizeidienst eingesetzt werden.

Herr Kultusminister, Herr Hertle und Herr Kahl, warum haben Sie nicht die Kraft, die Lehrerinnen und Lehrer - es sind auch über 40 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer, die nicht mehr in der Lage sind, ihren Dienst voll zu erfüllen - so zu beschäftigen, daß sie noch soziale und gesellschaftliche Arbeit im Dienst des Landes Hessen bis zu ihrer Pensionierung leisten können? Tun Sie es doch! Sie werden von seiten der F.D.P. keinerlei Kritik hören, weil wir es für richtig halten. Ich sage das noch einmal, um keinen falschen Zungenschlag hereinzubekommen.

Mir ist sehr wohl bewußt, daß Unterrichten, Erziehen und Betreuung von Kindern in der Schule etwas völlig anderes ist als zu den Zeiten, in denen ich das noch gemacht habe. Es kostet wahnsinnig viel Kraft. Ob man will oder nicht, man muß Elternersatz spielen. Wenn das so ist, dann sage ich Ihnen der Deutsche Bildungsrat hat vor 30 Jahren festgestellt, daß es fünf Tätigkeiten von Lehrern gibt: unterrichten, erziehen, organisieren, beurteilen, innovieren. Innerhalb dieser fünf Felder gibt es genug Tätigkeiten, die eine Lehrerin oder ein Lehrer wahrnehmen kann. Setzen Sie es um! Sie haben die Unterstützung der F.D.P.-Fraktion.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf noch einen weiteren Punkt in Erinnerung rufen. Herr Kahl, auch wenn Sie es immer wiederholen, muß ich Ihnen sagen: Ich befinde mich mit meiner Fraktion in guter Gesellschaft, nämlich mit dem damaligen Finanzminister Krollmann, mit Heribert Reitz und anderen. 1981 gab es in diesem Land über 1 Million Schüler. Wir hatten rund 45.000 Lehrerinnen und Lehrer auf diesen Stellen, die diese Situation bewältigt haben. Wir haben heute 760.000 Schüler. Wir haben nach wie vor 44.000 Stellen, aber nur 36.000 Stellen haben Sie wirklich für den Unterricht vorgesehen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist der wirklich qualitative Unterschied zwischen F.D.P. und CDU und Ihnen. Wir wollen, daß vorrangig unterrichtet wird, daß keine Experimente gemacht werden, daß der Schüler die Chance erhält, lebstüchtig zu werden. Sie nehmen ihm die Chancen, indem Sie ihm diese Lehrer entziehen. Das ist in Wahrheit eine soziale Frage, eine Gerechtigkeitsfrage, daß Schüler den Unterricht bekommen, den Sie ihnen selber nach Studentafeln schulden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich werde nicht müde werden, darauf hinzuweisen.

Man kann natürlich beispielsweise Lehrer für das Abhalten von Volkshochschulkursen abstellen. Lehrer können als Museumspädagogen usw. tätig sein. Aber Sie werden heute alles daransetzen müssen, diese 44.000 Stellen in den Unterricht zu bringen. Herr Welteke hat seine eigene Partei gemahnt, in ihrem Programm keine Versprechungen zu machen, die sie nicht halten kann.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß, Herr Kahl, weil Sie ja versucht haben, zu diffamieren, für die F.D.P. noch einmal feststellen: Die Schulkapitel der hessischen Verfassung - da waren weder Sie, Herr Kahl, noch ich in diesem Hause - stammen von einem Liberalen. Das war Herr Landgrebe. Er hat die Grundlagen für die liberale Schulpolitik in diesem Lande gelegt, die in Zeiten Ihrer Koalition aber wirklich verschüttet wurden; denn in dieser Verfassung ist eindeutig festgelegt, daß der schulische Weg, der Bildungsgang und der Abschluß eines Kindes an zwei Dingen gemessen werden: an Eignung und Leistung und am Elternwillen, aber nicht daran, daß der Elternwille, der die Kinder oft überfordert, Vorrang hat.

Es gibt darüber mehrere Grundsatzurteile. Das Bundesverfassungsgericht hat zur Förderstufe, wo die CDU initiativ geworden war, ein Urteil gefällt. Wir haben höchst-richterliche hessische Urteile. Die Verfassung sagt also eindeutig: Eignung und Leistung sind nötig!

Herr Hertle, Sie sagen, die Eltern kennen ihre Kinder besser. Verehrter Herr Hertle, wer Lehrer war wie ich, weiß, daß Eltern mit dem Schulweg ihrer Kinder und dem erstrebten Schulabschluß meistens etwas ganz anderes wollen als das Kind selbst. Sie sagen: Wir haben noch keine Erfahrung. - Die werden sie bekommen. Wir haben aber aus anderen Bereichen Erfahrung: Der Rücklauf von Kindern in die Hauptschulen, die nicht gymnasial geeignet sind, hat erst zu den Problemen der Hauptschule geführt. Das hat in Wahrheit die Hauptschule als eine wirklich gleichberechtigte Schulform gegenüber Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien kaputtgemacht.

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Vizepräsident Pfeil:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende!

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Herr Weist, wenn Sie "Quatsch" sagen, dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie davon wirklich keine Ahnung haben. Das nehme ich für mich in Anspruch.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Werteerziehung, Eignung und Leistung sind genauso wichtige Dinge wie der Elternwille. Wir werden nicht müde werden, diese Kriterien wieder in die hessische Schulpolitik einzuführen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Pfeil:

Vielen Dank, Frau Wagner. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt 23 - Regierungserklärung des Kultusministers zur Bildungspolitik in Hessen - abgehandelt. Die Regierungserklärung ist abgegeben und besprochen.

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Hessisches Gesetz zur Erstattung der Kosten von straffreien Schwangerschaftsabbrüchen - Drucks. 13/6349 zu Drucks. 13/6197 -

Herr Abg. Weidmann übernimmt die Berichterstattung für den Berichterstatter Abg. Maus.

Weidmann, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Frauen, Arbeit und Sozialordnung empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der F.D.P., den Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit der Maßgabe anzunehmen, daß die im Haushaltsjahr 1994 anfallenden Mehrausgaben durch Einsparungen im Einzelplan 21 gedeckt werden. Den übrigen Ablauf der Beratungen können Sie der Drucksache unter B 1 bis 4 entnehmen.

Vizepräsident Pfeil:

Vielen Dank, Herr Kollege Weidmann. - Das Wort hat Frau Abg. Karin Schmidt für die CDU-Fraktion.

Schmidt (Schwalmstadt) (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Die CDU wird dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf noch einmal zusammenfassen: Hier wird ein zweifelhafter hessischer Sonderweg manifestiert.

Hier wird mit wackeliger Verfassungsmäßigkeit hantiert. Es ist schon pikant, daß in der gestrigen Ausschußsitzung auf die Frage, ob die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs gegeben sei, vom Staatssekretär beim Ministerium der Justiz gesagt wurde: Dazu äußere ich mich nicht.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Hier werden dem hessischen Steuerzahler mutwillig Ausgaben in Höhe von 2,36 Millionen DM aufgebürdet. Hier müssen andere Maßnahmen aus dem Einzelplan 21, der zur Deckung herhalten muß, auf der Strecke bleiben.

(Unruhe)

Vizepräsident Pfeil:

Meine Damen und Herren, zunächst darf ich bitten, daß diejenigen, die der Diskussion folgen wollen, dies auch tun und daß diejenigen, die Gespräche zu führen haben, dies draußen erledigen.

(Claus (SPD): Sehr gut, Herr Präsident!)

Schmidt (Schwalmstadt) (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich wiederhole meinen letzten Satz: Hier müssen andere Maßnahmen aus dem Ein-

zelplan 21, der zur Deckung erhalten muß, auf der Strecke bleiben. Hier verzichten SPD und GRÜNE zielgerichtet auf Gemeinsamkeit. Hier wird zu Unrecht die Bundesregierung der Handlungsunfähigkeit bezichtigt. Hier wird ohne Wenn und Aber gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gearbeitet.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Hier sollen offenbar CDU und F.D.P. stigmatisiert werden. Was sage ich dazu? - Was ist das doch für eine verlogene Diskussion!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf an die entsprechende Debatte im Bundesrat erinnern, in der noch einmal deutlich wurde, worum es geht: Die Kosten für den rechtswidrigen, aber straffreien Schwangerschaftsabbruch dürfen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden. Zum Schutz der Schwangeren vor gesundheitlichen Risiken müssen jedoch entsprechende Mittel für den Fall zur Verfügung gestellt werden, daß sie selbst nicht in der Lage sind, den Abbruch durch einen Arzt oder eine Ärztin zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, der von Hessen torpedierte Entwurf für ein Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz des Bundes knüpft hier an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts an. Danach soll die Finanzierung dieser Abbrüche über das Bundessozialhilfegesetz und nach den Grundsätzen des Sozialhilferechts erfolgen. Die Prüfung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit nach dem Bundessozialhilfegesetz schafft Einzelfallgerechtigkeit. Dabei werden nicht nur bestimmte Einkommensgrenzen zugrunde gelegt, sondern auch Unterhaltspflichten und Mietbelastungen berücksichtigt. Die Sozialämter können Gewähr dafür leisten, daß in den von ihnen geführten Verwaltungsverfahren besondere Rücksicht auf die Schwangeren genommen wird. Dies kann auch dadurch geschehen, daß die Einkommenslage auf schriftlichem Wege und nicht durch ein persönliches Vorsprechen der Betroffenen ermittelt wird.

(Fortgesetzte Unruhe - Glockenzeichen des Präsidenten)

Frau Kollegin Vollmer, genau das haben Sie in der gestrigen Ausschusssitzung anzuprangern versucht. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß man für andere Leistungen, wie Sie sie angeführt haben, etwa das Wohngeld, zum Sozialamt gehen kann, aber in dem zur Diskussion stehenden Fall das Sozialamt nicht zu Rate gezogen werden soll. Ich denke, die Diskussion, die Sie führen, ist an diesem Punkt scheinheilig.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Das erwähnte Verfahren der Leistungsgewährung ist eingespielt. Das heißt, seine Praktikabilität braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Wenn wir einen weiteren Verwaltungszweig öffneten, würden wir zusätzliche Verwaltungskosten verursachen, für deren Deckung uns in Hessen doch überhaupt keine Mittel zur Verfügung stehen.

Ich fordere Sie also erneut auf: Lassen Sie den hessischen Sonderweg! Stimmen Sie endlich dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu, und erfüllen Sie somit den vom Bundesverfassungsgericht erteilten Auftrag!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Möller (Gießen):

Das Wort hat nun Frau Kollegin Vollmer für die SPD-Fraktion.

Vollmer (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schmidt, wenn Sie sagen, wir muteten den hessischen Steuerzahlern besondere Kosten zu, muß ich folgendes bemerken: Ich weiß nicht, wer für die Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen in den erwähnten Fällen aufkommen sollte, wenn diese über das Bundessozialhilfegesetz abgerechnet würden, wenn nicht auch die hessischen Steuerzahler. Sie sind in gleicher Weise betroffen, ob nun das Land die Kosten übernimmt oder die Kommune. Durch die von uns vorgesehene Regelung entlasten wir allerdings die Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber darum geht es nicht. Wir handeln hier genau nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts - das habe ich Ihnen schon wiederholt zu erklären versucht. Denn das zur Verabschiedung anstehende Gesetz soll die Finanzierung von Abbrüchen ermöglichen, deren Durchführung nach einer Beratung möglich ist, deren Kosten aber von den Krankenkassen - das haben Sie richtig dargestellt -, also von den Beitragszahlern nicht mehr übernommen werden dürfen. Soweit richtig.

Nun kann man unter zwei Wegen wählen. Zum einen kann man den Frauen, wenn sie denn bedürftig sind, zumuten, zu dem örtlichen Sozialamt zu gehen und dort den Antrag auf Erstattung der ihnen entstandenen Kosten zu stellen. Wir halten dieses Verfahren für eine zusätzliche Bestrafung von Frauen, die den Abbruch nicht aus eigenen Mitteln bezahlen können. Deswegen haben wir den zweiten Weg gewählt, der laut Bundesverfassungsgericht möglich ist, nämlich die Abrechnung über die Krankenkasse, der später die Kosten erstattet werden.

Ich habe Ihnen schon verschiedentlich dargelegt, daß das letztgenannte Verfahren einen weiteren Vorteil für die Frauen hat: Die Daten der Frauen, die einen Abbruch vornehmen lassen müssen, sind geschützt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind geschützt wie die Daten, die ein Arzt oder ein Krankenhaus über einen Patienten hat.

(Zustimmung bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das halte ich für wichtig, für unumgänglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn unter bestimmten Voraussetzungen kann das Sozialamt gezwungen werden, bei Auseinandersetzungen die Daten herauszugeben. Durch das von uns vorgeschlagene Verfahren sind die Daten der Frauen ganz besonders gesichert. Das wollen wir.

Ich sage hier mit aller Deutlichkeit auch folgendes: Leider ist es im Deutschen Bundestag nicht zur parteiübergreifenden Verabschiedung eines im Interesse der Frauen liegenden Gesetzes gekommen.

(Zuruf der Abg. Velte (CDU))

Denn dort wurden Regelungen vorgeschlagen, von denen wir meinen, daß sie nicht nötig sind, daß sie die Frauen zusätzlich diskriminieren. Nach unserer Auffassung sollten wir nur dort etwas ändern, wo es das Bundesverfassungsgericht von uns erwartet, nirgendwo sonst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bis der Bundestag kein vernünftiges Gesetz verabschiedet hat, werden wir wenigstens den Weg gehen, den Abbruch, und zwar den gesetzlich möglichen und keinen anderen, für Frauen in Hessen so zu finanzieren, daß die Frauen dadurch nicht weiter diskriminiert sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Nassauer:

Das Wort hat Frau Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) für die Fraktion der F.D.P.

(Claus (SPD): Das Ruthchen muß alles machen!)

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Völlmer, ich wiederhole es, und ich meine, es muß wiederholt werden: Sie versuchen hier als Mitglied des hessischen Landesparlaments, eine Blamage der SPD-Bundestagsfraktion auszubügeln,

(Beifall der Abg. Schmidt (Schwalmstadt) und Velte (CDU))

die nicht nur Sie und die dem Deutschen Bundestag angehörenden weiblichen Mitglieder Ihrer Partei beklagt haben, sondern auch Ihre Anhängerschaft. Sie hätten nämlich die Chance gehabt, den Gesetzentwurf, der Ihnen nicht gefällt, zu stürzen. 43 sozialdemokratische Männer haben das auch so gesehen und den Deutschen Bundestag nicht betreten.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Klose, Verheugen! Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, warum belästigen Sie eigentlich den Hessischen Landtag damit? Wenden Sie sich damit doch an die sozialdemokratischen Männer!

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Es ist doch geradezu lächerlich, was Sie hier aufführen.

(Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erstes Opfer der Hitze! - Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der abgesprungene Liberale, den Sie sich an Land gezogen haben, Herr Verheugen, hat für Ihre Partei noch vor einigen Tagen, vor der letzten Lesung dieses Gesetzentwurfs im Bundestag und im Bundesrat, erklärt,

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

daß er in dieser Legislaturperiode durchaus noch Kompromißmöglichkeiten sehe.

Vizepräsident Nassauer:

Frau Kollegin, Herr Abg. Wagner möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Entschuldigung, ich muß das jetzt ganz kurz zu Ende führen. - 43 männliche Mitglieder des Deutschen Bundestages, die der Sozialdemokratie angehören, haben das nicht so gesehen. Sie haben das hintertrieben, was Ihre Parteiführung eigentlich wollte. Sie wollten nämlich zu einem Kompromiß kommen, wie er ursprünglich über einen

Gruppenantrag vor einem Jahr einmal vorgesehen war. Das ist die Wahrheit. Sie wollen jetzt keine sachliche Lösung im Deutschen Bundestag, weil Sie ein Wahlkampfthema brauchen. Das ist der einzige Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie benutzen - ich sage das sehr hart - die Situation auch der hessischen Frauen nicht dazu, um eine gute Regelung zu schaffen, sondern als Wahlkampfthema - nichts anderes. Frau Vollmer, ich darf Ihnen einmal eine Frage stellen; denn das, was Sie eben gesagt haben - der Steuerzahler zahlt doch alles! -, war entlarvend. Ist Ihnen entgangen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland ganz unterschiedliche Steuerarten gibt, die auf unterschiedliche Weise eingezogen werden, von denen die einen dem Bund und die anderen dem Land zugewiesen werden, und daß am Ende die Sozialhilfe von den Kommunen gezahlt wird?

Das ist doch eine Milchmädchenrechnung, die Sie uns hier vorführen. Darf ich Sie zweitens fragen, was Sie zu dieser Behauptung treibt, daß die hessischen Sozialämter nicht dem Datenschutz unterlägen? - Das kann doch wohl nicht wahr sein, wenn Sie behaupten: Wir müssen das in eine Abrechnung der Krankenkassen bringen, weil die Daten von Betroffenen durch die Sozialhilfeeinrichtungen nicht mehr sicher sind. Das ist doch unglaublich, was Sie hier treiben. Da fragen Sie doch einmal den Hessischen Datenschutzbeauftragten, was er von einer solchen unwahren Aussage hält.

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist typisch für die Partei der Besserverdienenden! Deshalb brauchen Sie sich ja keine Sorgen zu machen!)

- Sehr verehrter Herr von Plottnitz, Sie Besserverdienender, der Sie gar nicht das Recht haben, mich dieser Sache zu beschuldigen. Wahrscheinlich haben Sie viel bessere ökonomische Verhältnisse als ich. Ich finde, das ist unerträglich.

(Zuruf des Abg. von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie stellen sich hier her, mit den Privilegien von Geburt aus gekennzeichnet, und wollen mich angehen. Das haben Sie gestern und heute versucht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Oh-Rufe bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das werden wir doch einmal sehen! Solche Sachen lasse ich Ihnen nicht mehr durchgehen, das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Sie wissen überhaupt nicht, wie es uns gegangen ist, die 1940 in einem kleinen Dorf geboren sind mit einem gefallenen Vater und einer Schneiderin als Mutter. Verdammst nochmal!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigentlich müßte ich jetzt bei Ihnen Mitglied werden, wenn das so ist!)

- Das sollten Sie, Sie waren es ja - glaube ich - auch, wenn ich mich nicht irre. Vielleicht erinnern Sie sich endlich einmal Ihrer guten Jugendtaten und vergessen Ihre Alterssünden, die Sie hier abtragen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU))

Meine Damen und Herren, wir haben vom Finanzminister in der ersten Lesung gehört und auf Befragen ist das auch

im Ausschuß deutlich geworden: Hier wird der hessische Haushalt erneut aufgeplustert,

(von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Augenblick mal, das ist ja eine Beleidigung!)

mit über 1 Million DM wahrscheinlich geschätzter Kosten aufgeplustert. Herr Welteke erklärt gegenüber dem SPD-Programm und der gesamten hessischen Öffentlichkeit - -

Vizepräsident Nassauer:

Frau Kollegin, Herr von Plottnitz würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Er hat mir das gestern in derselben Situation auch nicht gestattet. Jetzt tue ich das auch nicht.

(Beifall bei der CDU - Oh-Rufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben mich doch gar nichts gefragt!)

- Warum sollte ich? - Mein Lieber, ich habe Sie gestern etwas gefragt, was Sie mir nicht beantwortet haben. So ist das. Irgendwann hören die Freundlichkeiten auf.

Jetzt sage ich noch einmal: Herr Welteke erklärt, daß ein auf 1,5 Millionen DM aufgeblähtes neues Programm eigentlich nicht zu verantworten ist. Sie machen hier ein Programm, von dem Sie wissen, daß es allenfalls bis zum nächsten Jahr dauert - -

Vizepräsident Nassauer:

Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Schluß.

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

bis es einkassiert wird. Sie wissen, es ist überhaupt nicht nötig, weil es eine Bundesregelung gibt, daß nach dem Sozialhilfegesetz bezahlt wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie belasten den hessischen Steuerzahler, weil Sie den Frauen den Eindruck vermitteln wollen, Sie wollten Ihnen eine neue Wohltat tun. Meine Damen und Herren, da machen wir nicht mit!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsident Nassauer:

Das Wort hat Frau Abg. Daniela Wagner (Darmstadt) für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Daniela Wagner (Darmstadt) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Also, uns GRÜNEN ist verarmter Adel lieber als kreischende Besserverdienende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann sie machen, das steht ihr frei!)

Ich wollte Ihnen aber einmal empfehlen, Frau Kollegin, sich bei derartigen Außentemperaturen nicht so zu echauffieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte im übrigen gar keine Rede zu dem Thema halten,

(Beifall bei der CDU - Haselbach (CDU): Bravo!)

weil nämlich die Kollegin Schmidt kein neues Argument gebracht hat, mir auch keines einfällt und von daher sich das erübrigt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will mich deshalb auf ganz wenige, kurze Bemerkungen dazu einlassen, was jetzt eben von der Kollegin Wagner vorgetragen wurde. Daß der Bundesrat den neuerlichen Entwurf gestoppt hat, ist das einzig Vernünftige gewesen, was er tun konnte. Denn dieser Entwurf ging weit über das hinaus, was das Urteil moniert hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Er stellte damit die Frauen wiederum weit schlechter, als es das Urteil erforderlich gemacht hätte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie hier von 40 männlichen Sozialdemokraten reden

(Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): 45!)

- oder 45 -, das ist mir völlig wurscht und der Kollegin Lisa Vollmer offensichtlich auch. Wir sagen: Das ist von den 40 Kollegen in Bonn ein Fehler gewesen, aber das hat damit, was wir hier tun, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im übrigen haben wir diese Finanzierungsidee bereits gehabt, lange bevor in Bonn diese Panne passiert ist. Von daher hat das eine mit dem anderen nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: "Warum belästigen Sie den Landtag, gehen Sie doch zu den Bonner Kollegen!", kann ich Ihnen sagen - das habe ich übrigens auch das letzte Mal schon gesagt -, mir wäre es auch lieber, wenn man in Bonn ein vernünftiges Gesetz vorgelegt hätte, das auch die Finanzierung regelt, und wir hätten hier überhaupt nicht tätig werden müssen. Daß wir es hier in Hessen tun müssen, ist schlimm genug.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Und eine letzte Bemerkung. Sie beklagen hier die 2,3 Millionen DM, die für diesen Zweck verwendet werden. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir verwenden in diesem Land, in den Kommunen und auch im Bund Millionen und Milliarden DM für Männeranliegen. Deswegen wäre ich gerade als Frau zurückhaltend, mich hinzustellen und zu geißeln, daß 2,3 Millionen DM dafür verwendet werden.

(Küchler (CDU): Zum Beispiel?)

- Und zum Beispiel? Das kann ich Ihnen aber sehr genau sagen: von Fußballstadien, Rennpisten zum Autofahren und vom Militärhaushalt - ein bevorzugtes Männerhobby-ganz zu schweigen - -

(Zurufe von der CDU - Küchler (CDU): Ei, ei, ei! Reden Sie weiter so!)

Ich wäre an Ihrer Stelle wirklich sehr vorsichtig, hier zu beklagen, wenn 2,3 Millionen DM für Frauenanliegen verwendet werden.

(Küchler (CDU): Jedes Wort druckreif!)

Das ist das Mindeste, was man tun kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Nassauer:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Das Wort zu einer persönlichen Erklärung hat Herr Abg. von Plottnitz. Herr Kollege, Sie dürfen im Rahmen dieser Erklärung nur Angriffe auf die eigene Person zurückweisen.

von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat, ich habe einen Angriff auf meine Person im Sinne der Geschäftsordnung zurückzuweisen.

Frau Kollegin Wagner hat hier gerade erklärt, sie glaube, ich sei früher einmal Mitglied der Freien Demokratischen Partei gewesen. Das habe ich hier zu korrigieren. Ich war zwar schon auch als Besserverdienender in den verschiedensten seltsamen Vereinigungen dieser Republik,

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

aber, obwohl ich zu den Besserverdienenden gehöre, zur F.D.P. hat es mich noch nie getrieben. Und darauf lege ich Wert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Nassauer:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Hessisches Gesetz zur Erstattung der Kosten von straffreien Schwangerschaftsabbrüchen, Drucks. 13/6349 zu Drucks. 13/6197, und zwar stimmen wir ab in der Fassung der Beschlußempfehlung vom 12. Juli 1994.

Wer diesem Gesetzentwurf in zweiter Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Wer stimmt dagegen?

(Claus (SPD): Ihr seid mir schöne Liberale!)

Wer enthält sich der Stimme? - Meine Damen und Herren, ich stelle fest, für diesen Gesetzentwurf haben gestimmt die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, dagegen haben gestimmt die CDU und die F.D.P. Damit ist der Gesetzentwurf mit Mehrheit angenommen und zum Gesetz erhoben.

Der Tagesordnungspunkt 28 ist erledigt.

Jetzt darf ich einmal fragen, was die Geschäftsführer nunmehr vorhaben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Große Anfrage der Abg. Degen, Prof. Dr. Hamer, Dr. Burggraf, Lenz, Möller (Gießen), Rothhoff (CDU) und Fraktion betreffend Museen in Hessen - Drucks. 13/5634 zu Drucks. 13/3915 -

Es ist eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart. Das Wort hat Frau Abg. Degen für die Fraktion der CDU.

Degen (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Museumsdebatte gibt Gelegenheit, zu einer moderateren Gangart zurückzukehren. Sie gibt außerdem Gelegenheit darzule-

gen, welchen Stellenwert Kunst und Kultur und insbesondere die Museen im Lande Hessen haben.

Vorweg: Die Museen sind eine Errungenschaft des modernen Kulturstaates und unterscheiden sich von der fürstlichen Sammlung durch ihren volkspädagogischen Ansatz. Vom Prinzip her sind sie nicht der Erbauung weniger, sondern der Bildung aller gewidmet. Daher gilt es für den demokratischen Staat erst recht, daß er, um die demokratische Staatsidee mit Leben zu erfüllen, die volkspädagogische Aufgabe des Museums fördert und das Museum als eine Säule des Bildungswesens neben Schulen, Hochschulen, Theatern, Orchestern etc. festigt. Außerdem, das möchte ich hinzufügen, ist in der hessischen Verfassung das Kulturstaatsgebot verankert. Das heißt, Kultur obliegt der besonderen Fürsorgepflicht und Förderungspflicht des Landes.

Meine Damen und Herren, hier setzt meine Kritik an; denn schon im Museumsentwicklungsplan, der leider zu einem Katalog von Wünschbarkeiten degeneriert ist und der weder ein Förderkonzept mit Prioritätenfolge noch gar ein Finanzierungskonzept enthält, hat sich die ganze desolate Situation in Hessen offenbart.

Meine Damen und Herren von Rotgrün - ich glaube, damals war es Rot alleine -, Sie haben mit der Verabschiedung dieses Planes damals die wirklich dünnste aller Methoden ausgewählt, um ein Problem nicht lösen zu müssen. Wenn man die Zahlen vergleicht, die die Kultusministerkonferenz veröffentlicht, so sieht man, daß Hessen im bundesweiten Vergleich wirklich ein Stiefkind ist.

Ich darf Ihnen dazu kurz ein paar Zahlen nennen. 1990 betrug die Kulturausgaben in Bayern 750 Millionen DM, 1992 sogar 815 Millionen DM im Jahr, während sie in Hessen 285 Millionen DM betrug und im Jahre 1992 wieder auf 272 Millionen DM gesunken waren. Als besonderes Zeichen rotgrünen Kunst- und Kulturverständnisses wurden in Hessen die Mittel für Museen und Ausstellungen von 43,5 Millionen DM in den Jahren 1990/91 auf jetzt 35,5 Millionen im Jahre 1992 reduziert, also mit fallender Tendenz.

Die vier Jahre der CDU/F.D.P.-Regierung waren leider viel zu kurz, um den jahrzehntelang aufgestauten Nachholbedarf abzubauen zu können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Nur noch bis zum Februar nächsten Jahres!)

- So ist es, Herr Kollege Jung. - Andere Bundesländer haben über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich ihre Museen wie überhaupt ihre gesamte Kultur ausgebaut, geplant, neue Konzepte entwickelt; denn Kultur ist auch ein wirtschaftlicher Faktor zum Beispiel für die Standortwahl der Wirtschaft. Wir haben das in Frankfurt vorgemacht. Subventionen in die Kultur sind gut verzinsbare Investitionen. Das hat sich in Frankfurt gezeigt. Das hat sich auch bei der documenta in Kassel gezeigt. Das hat sich als Wirtschaftsfaktor bewährt.

Aber im Lande wurde in dieser Richtung sehr viel versäumt. Es kommt nicht von ungefähr, daß sich Hessen am unteren Ende der Kunst- und Kulturskala bewegt. Frau Ministerin Mayer, da helfen auch keine Pressemeldungen, die Sie auf dem Dachboden des gebeutelten Landesmuseums in Darmstadt zeigen, und schon gar nicht der Hinweis auf eine Erblast, die Sie übernommen hätten. Das ist eine Erblast, die 40 Jahre SPD in diesem Lande zu verantworten haben und sonst niemand.

Die Mittel für die Sanierungsarbeiten, die Sie jetzt zur Zeit des beginnenden Wahlkampfes freigeben, lösen die drängenden Probleme ebenfalls nicht. Warum haben Sie nicht 1991 die von uns schon damals im Einzelplan 18 eingesetzten Gelder für die Renovierung des Landesmuseums in Wiesbaden freigegeben? Die dringende Sanierung war notwendig, da das Wasser durch die Dächer auf die Kunstwerke gedungen ist. Der Museumsleiter mußte unter Lebensgefahr auf den Dachboden steigen, um die dort aufgestellten Eimer bei Ausstellungen immer wieder entleeren zu können. So sieht es in hessischen Museen aus!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lenz (Hanau) (CDU): Das ist schlimm! - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Unglaublich!)

Bei den Depots der Landesmuseen sieht es ebenfalls nicht anders aus. In der Schlösser- und Gärtenverwaltung ist der Zustand ähnlich. All die Kunstwerke sind in einem katastrophalen Zustand. Die Schäden haben ein Ausmaß in mehrstelliger Millionenhöhe angenommen. Viele Exponate lassen sich vermutlich überhaupt nicht mehr restaurieren.

Die Kasseler Volkskunde gehört mit zu den bedeutendsten Beständen, die wir in Deutschland haben. Sie lagern auf Dachböden, durch die im Sommer die Sonne scheint und es im Winter regnet und schneit. Viele Möglichkeiten einer passenden Unterbringung wurden vertan.

Frau Ministerin, warum muß diese Sammlung in Kassel verrotten? Man könnte sie zum Beispiel im Schloß Romrod unterbringen. Was soll eigentlich die groteske Begründung durch die Landesregierung, die Lage von Romrod sei fernab, und es sei ein herrschaftlich geprägter Ort? - Das muß man sich einmal vorstellen. Da kann man nur sagen: Heimatkunde, Frau Ministerin!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das rustikale Jagdschloß Romrod befindet sich fünf Minuten von der Autobahn Kassel - Alsfeld entfernt mitten in einer bäuerlich-ländlich strukturierten Umgebung.

Das Kasseler Museumskonzept, das von unserer Landesregierung erstellt wurde, nachdem die SPD jahrelang nur darüber diskutiert hatte, wurde von Ihnen 1991 ad acta gelegt. Das heißt, Sie haben behauptet, es gebe dieses Konzept überhaupt nicht.

Frau Ministerin, diese Behauptung ist schlicht und einfach unwahr. Es existiert ein Kasseler Museumskonzept, und zwar von international anerkannten Fachleuten erstellt und von Minister Gerhardt und Dr. Wallmann damals in Kassel vorgestellt.

(Hagemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was macht Herr Lewandowski?)

- Ich habe noch einen anderen Ausspruch, Frau Hagemann. Die Museen in Kassel verkommen zu Mausoleen; das hat erst kürzlich ein international berühmter Fachmann festgestellt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Sehr richtig!)

Das beruht leider auf Tatsachen. Wir hatten 1987 in der gesamten Kunst- und Kulturszene in Hessen eine desolante Situation vorgefunden. So mußten wir damals versuchen, der übergroßen Not Schritt für Schritt zu begegnen, um in den Kulturinstituten Hoffnung zu erwecken und auch Perspektiven aufzuzeigen. Die Restaurierungsmittel für die Landesmuseen wurden Jahr für Jahr kontinuierlich erhöht, ebenso die Ankaufetats für die Museen und auch die

Mittel für den Museumsverband. Kurzum, es entstanden neue Konzepte.

Mit der Gründung der Hessischen Kulturstiftung - das fällt auch in die CDU/F.D.P.-Regierungszeit - wollten wir der Abwanderung wertvollen Kulturgutes in das Ausland begegnen. Wir wollten bedeutende Ausstellungen ermöglichen, wie es zum Beispiel die Ausstellung "1.000 Jahre russische Kunst" in Wiesbaden war, eine international hoch gerühmte Ausstellung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte hinzufügen: Der Leiter des Wiesbadener Landesmuseums betreibt eine hervorragende Ausstellungsarbeit, und zwar unter katastrophalen Bedingungen. - Frau Breithaupt, das ist nicht zum Lachen. -

(Zuruf der Abg. Prof. Breithaupt (SPD))

Die Arbeit nimmt die Mitarbeiter in weit mehr als verantwortbarem Maße in Anspruch. Sie belastet sie ungeheuer. Überhaupt leisten die Leiter und die Mitarbeiter in den staatlichen Museen unter bescheidenen Bedingungen Hervorragendes. Dieses Engagement darf nicht immer wieder aufs neue enttäuscht werden.

Noch etwas aus der Zeit von 1987 bis 1991. In dieser Zeit hat die hessische Kulturpolitik bundesweit an Ansehen gewonnen, weil sie neben der Ausweitung des Kulturetats auch den besonderen Stellenwert der Kulturpolitik in der gesamten Landespolitik definiert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Rheingau-Musik-Festival!)

Leider ist es aber so, daß wie in Frankfurt auch in Hessen die verantwortlichen Politiker in unverantwortlicher Weise gegen die sogenannte Hochkultur zu Felde ziehen. Sie sprechen sich für eine neue Art von sozialer Kulturpolitik aus. Das sieht dann so aus, daß für soziokulturelle Veranstaltungen im Haushalt seit 1991 ca. 2,5 Millionen DM zur Verfügung stehen.

(Prof. Breithaupt (SPD): Was haben Sie gegen Soziokultur?)

Das sind Mittel, die den Landesmuseen und dem hessischen Museumsverband gekürzt worden sind, Frau Breithaupt.

(Prof. Breithaupt (SPD): Was haben Sie inhaltlich gegen Soziokultur?)

Andere bei Rotgrün fordern ein Umschichten der Mittel aus dem Kulturhaushalt in den Sozialhaushalt - dazu gehören auch Sie -, so als wäre Kulturpolitik gerade in einer zunehmenden Freizeitgesellschaft nicht auch Sozialpolitik im breitesten Sinne. Aber Sie handeln in Hessen genau wie Ihre Parteigenossen in Frankfurt. Da erzähle ich Ihnen nichts Neues, Frau Breithaupt. Zwar wird die zuständige Ministerin nicht entmündigt wie die Kulturdezernentin in Frankfurt durch den Oberbürgermeister von Schoeler, aber Ihr Haushalt wird so dezimiert, daß Sie zu Mogelpackungen greifen mußten.

Ein Beispiel: Die Titelgruppe 71 wird untereinander dekungs-fähig gemacht und mit anderen Titeln zusammengesetzt. Das bedeutet aber für die Landesmuseen bei gekürzten Mitteln, daß sie weder Ankäufe tätigen noch Werkverträge für Restaurierungen vergeben können. Die von Ihnen zusammengestrichenen Gelder langen meist nur bis zum September und gehen für das Alltagsgeschäft, wie zum Beispiel für die Bezahlung von Licht- und Telefonrechnungen, drauf. Von Neuankäufen oder Restaurierungen der sich in wirklich katastrophalem Zustand befinden-

den Sammlungsgegenstände kann überhaupt keine Rede mehr sein.

Vizepräsident Nassauer:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte in absehbarer Zeit freundlicher Weise zum Ende.

Degen (CDU):

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. Gönnen Sie mir die letzten Minuten. Dieses Thema kommt im Landtag sowieso immer viel zu kurz.

Ich komme noch kurz auf die wertvollen Sammlungen zu sprechen, die dem Land durch rotgrünes Zaudern entgegen. Ich erinnere an die Sammlung Ströher, die Sammlung Frank und an die Sammlung Zimmermann, bei der das Land - wie gewohnt - nicht entscheidet, bis es zu spät sein wird. In Hessen mangelt es nicht am Geld, wie das kürzlich ein Frankfurter Kollege treffend beschrieb, sondern es fehlt vor allem am Geist. Eine Kulturpolitik, die keine Perspektiven aufzeigt, die die zarte Pflanze Kultur nicht hegt und pflegt, verdient erst gar nicht, als eine solche bezeichnet zu werden. Hessen ist ein uraltes Kulturland in der Mitte Deutschlands. Wir haben ein hervorragendes Erbe übernommen, das es zu bewahren gilt.

In Zeiten knapper werdender Gelder, in denen wir uns zugegebenermaßen befinden, gilt es, auch neue Ideen aufzugreifen.

(Zustimmung bei der CDU)

Hier tut sich eine Chance auf. Viele haben sich bereits Gedanken gemacht und wissen, daß Strukturveränderungen existentiell sind. Konzentration und Profilierung bieten zum Beispiel eine Chance, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Auch von einer Vernetzung der Kultur in der gesamten Rhein-Main-Region könnten neue Impulse ausgehen. Freiwillige Kooperationen der Museen untereinander könnten einen effizienteren Einsatz der Mittel bewirken. Schließlich könnte die Kulturstiftung eine Art Koordinationsfunktion innerhalb der Museen übernehmen.

Ich komme zum letzten Satz. Lassen Sie uns diese Herausforderung, die an die Kultur und an uns alle gestellt ist, als eine große Chance begreifen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Nassauer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nun hat das Wort Herr Abg. Weber (Hünstetten) für die Fraktion der SPD.

Weber (Hünstetten) (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Degen, ich habe gedacht, wir würden jetzt eine Sachdebatte führen zu einem Thema, an dem wir uns sachlich abarbeiten können. Ich war überrascht, daß Sie das Thema Museen zu einem parteipolitischen Thema hochstilisiert haben. Das hätte ich nicht erwartet, aber wir müssen das zur Kenntnis nehmen.

Sie müssen dann aber auch zur Kenntnis nehmen, daß wir entsprechend reagieren. Was Sie hier an Zahlen genannt haben, ist einfach falsch. Das ist einleitend festzustellen.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie haben in Ihrer Regierungszeit vier Jahre lang geredet und nichts gemacht. Erst in unserer Regierungszeit ist Geld in den Haushalt eingestellt worden.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU)

Ich will Ihnen das an den Zahlen beweisen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Die Mittel für die Verwaltung der Landesmuseen sind seit 1988 angestiegen, aber sie sind in den letzten vier Jahren stärker angestiegen als in den Jahren zuvor. Von 1981 bis 1987 lagen sie ungefähr bei 16 Millionen DM pro Jahr. 1988 stieg der Betrag auf 18 Millionen DM, 1989 auf 20 Millionen DM, 1990 auf 22 Millionen DM, 1991 auf 24 Millionen DM, 1992 auf 24,5 Millionen DM, 1993 auf 26 Millionen DM und 1994 auf 29 Millionen DM.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Für die staatlichen Museen!)

- Richtig, Frau Kollegin Wagner, ich unterscheide das, Sie brauchen keine Angst zu haben. Ich habe mir die Zahlen herausgeschrieben. In der Titelgruppe 77, Förderung der nichtstaatlichen Museen, gibt es einen Rückgang: 1992 6 Millionen DM, 1993 4,8 Millionen DM, 1994 4,3 Millionen DM. Man muß dazu aber den Hintergrund kennen. Der Rückgang ist durch ein Auslaufen der Kosten für die documenta in Kassel verursacht.

(Lachen der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.) - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Die übrige Förderung war nicht rückläufig.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

- Frau Kollegin Wagner, hören Sie bitte zu; ich habe Ihnen auch zugehört.

Präsident Starzacher:

Herr Kollege Weber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Weber (Hünstetten) (SPD):

Nein. Ich möchte das im Zusammenhang ausführen. - Wer hat den Ausbau der staatlichen Museen in Gang gesetzt, Frau Kollegin Degen? Die Summen sind jetzt für die Haushaltsjahre 1994 bis 1997 eingesetzt worden. Sie haben in Ihrer Zeit überhaupt keine Mittel eingestellt. Das wollen wir hier einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Voraussetzungen sind jetzt erst geschaffen worden, für Wiesbaden 22,6 Millionen DM, für Kassel 15,2 Millionen DM und für Darmstadt 7,5 Millionen DM.

(Degen (CDU): Das ist die pure Unwahrheit!)

Diese Mittel stehen jetzt endlich - nach entsprechender Vorplanung - für die nächsten Jahre bereit. Man kann erst dann Konzepte für die Museen erstellen, wenn man weiß, daß die Gebäude in Ordnung gebracht sind, daß man dort überhaupt etwas unterbringen kann.

Ich komme zur Museumskonzeption. Die Museumslandschaft - das muß hier kritisch gesagt werden - wird durch Kontraste geprägt. Wir haben einerseits eine ganz geringe Zahl von staatlichen Museen, die uns im Landeshaushalt eine hohe Summe kosten - das habe ich eben dargestellt -, und wir haben auf der anderen Seite die große Zahl von etwa 300 kommunalen bzw. auf Vereinsbasis geführten Museen, die weitgehend ehrenamtlich geführt und verwaltet werden. Die ehrenamtlich geführten Museen bedürfen meines Erachtens von unserer Seite einer stärkeren Beachtung als das in der Vergangenheit geschehen ist. Nur 90

dieser 300 Museen haben überhaupt hauptamtliches Personal. Der Rest wird ausschließlich ehrenamtlich verwaltet.

Ich bin dankbar, daß die Ministerin nicht nur die staatlichen Museen vorangebracht hat, sondern daß sie sich auch intensiv um die kleineren privaten und kommunalen Museen in unserem Lande kümmert. Ich möchte hier die Besuche im Puppenmuseum in Hanau und im Schwalmstadter Museum erwähnen.

Die Frage, wie es in der Museumslandschaft insgesamt weitergehen soll, ist sicherlich nicht einfach zu beantworten. Ich will aber ein paar Gesichtspunkte nennen. Bei knappen Kassen, die wir haben, egal wer regiert, werden wir uns fragen müssen, was wir mit den vorhandenen Geldern am besten anfangen. Ich gehe davon aus, daß wir uns bei allen Museen, nicht nur bei den staatlichen, auf die wissenschaftliche Betreuung konzentrieren müssen, das heißt, daß die wissenschaftliche Betreuung für die vielen kleinen Museen verbessert werden muß. Als Folge muß möglicherweise bei den staatlichen Museen der Umfang des ehrenamtlichen Einsatzes erhöht werden, um Mittel umschichten zu können.

Notwendig ist auch eine Verbesserung der Kooperation mit den Universitäten. Da sind Kapazitäten vorhanden, die derzeit möglicherweise nicht in vollem Umfang genutzt werden. Zum Beispiel könnten die Praktika von Studenten verbessert werden. In einer solchen Kooperation könnte noch einiges geschehen.

Ich will ein paar Gesichtspunkte nennen, wie sich die Museumslandschaft vor allem bei den großen staatlichen Museen in Zukunft weiterentwickeln könnte. Ich habe am "Museumstag", der Tagung des Hessischen Museumsverbandes, teilgenommen. Frau Kollegin Wagner war einen Tag vor mir dort. Ich muß sagen: Ich habe selten erlebt, daß ein Verband so kritisch mit seiner eigenen Arbeit umgeht.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Die Teilnehmer an diesem Verbandstag haben nicht nur Forderungen gestellt, sondern sehr kritisch über ihre eigene Arbeit reflektiert. Das habe ich mit Genugtuung wahrgenommen.

Ich will ein paar Gesichtspunkte nennen, die zur Sprache kamen. Ganz deutlich war dort zu hören, daß mit dem staatlich verwalteten "Beamtenmuseum" Schluß sein müsse - ich sage das ganz bewußt -, dem Museum, in dem schematisch von 12 bis 14 Uhr Mittagspause gemacht wird, wo vorhandene Bestände eigentlich nur verwaltet werden und sich niemand besonders darum kümmert, wie das, was das Museum hat, nach draußen präsentiert wird. Die Darbietung der Museumsleistungen in der Öffentlichkeit muß viel besser werden.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): "Keller und Kunst"; das ist richtig!)

Das sagen die Betroffenen selbst.

(Zuruf der Abg. Degen (CDU))

Zweiter Punkt: Das äußere Erscheinungsbild der Museen muß besser werden. Nach den Berichten beim Verbandstag können wir sehr viel davon lernen, wie amerikanische Museen sich darbieten. Die haben auch ganz andere Besucherzahlen als unsere Museen. - Nicht nur Geld, Frau Kollegin Degen, ist wichtig, sondern Engagement vor Ort, Motivation vor Ort, Interesse der Betroffenen an ihrer eigenen Vergangenheit. Das ist genauso wie in der Schule,

wo die Motivation ebenfalls eine große Rolle spielt und nicht nur schematisches Pauken. Wir müssen Motivation vor Ort wecken, damit die Leute Spaß an ihren Museen haben, damit sie etwas für ihre Museen tun. Dann wird Museumsarbeit entsprechend gewürdigt und von der Bevölkerung angenommen werden.

Dritter Punkt: Ein Museum darf nicht nur vorrangig Ort der Sammlung und der Erinnerung sein, sondern es müssen Bezüge zur Gegenwart vorhanden sein. Wir haben das 20. Jahrhundert viel zu wenig in die Museen eingebracht; wir haben auch viel zu wenig Fragestellungen der Gegenwart in die Museumsdarstellung einbezogen.

(Degen (CDU): Dann hätten Sie die Ankaufsmittel erhöhen sollen, statt sie zu streichen! - Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Wie stehen Sie dann zum Beuys-Block?)

Hier müssen die Exponate und die Darstellungsart auf die Zeit bezogen werden, in der wir leben.

Was ich eben schon sagte, wurde auch dort gesagt: Wir brauchen mehr örtliche Identifikation, mehr Identifikation mit den Trägergemeinden und damit eine Stärkung des ehrenamtlichen Elements.

Ein Letztes, was beim Verbandstag sehr deutlich gesagt wurde, war folgendes: Was die hessische Museumslandschaft in Zukunft leisten muß, ist die Darstellung der Landesteile in ihrer speziellen Geschichte. Ich will das einmal auf Wiesbaden beziehen. Hier stellt sich die Frage, was mit der Sammlung Nassauische Altertümer wird, die in Wiesbaden in einem unwürdigen Zustand untergebracht ist.

(Degen (CDU): Dann kümmern Sie sich darum, Sie sind doch an der Regierung! - Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Das ist seit 20 Jahren so!)

- Frau Degen, man kann sehr wohl darüber streiten, wie das Museum in Wiesbaden aufgeteilt ist. Hören Sie sich einmal an, was der Verein Nassauische Altertumskunde in Wiesbaden dazu sagt! Dazu gehört die Frage, wie die Gesamtkonzeption des Museums angelegt ist. Da wäre sehr wohl Platz für eine attraktivere Darstellung der nassauischen Altertümer. Gefragt ist die Konzeption der Museumsleitung; ich will das ganz vorsichtig sagen. Auch das ist auf dem Museumstag kritisch angesprochen worden.

(Degen (CDU): Im Gegensatz zur Hessischen Landesregierung hat der Leiter des Wiesbadener Museums eine Konzeption!)

Ich gehe davon aus, daß das Museum Wiesbaden nach der Renovierung in wesentlich stärkerem Umfang ein Museum für die Nassauischen Altertümer sein wird und dafür andere Teile möglicherweise konzentriert oder an anderen Stellen dargeboten werden.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich folgendes sagen. Diese Regierung hat in der Museumsfrage erstmals gehandelt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Das ist doch geradezu lächerlich!)

Es ist richtig, daß in den achtziger Jahren nur ein Plan erstellt wurde. Aber auch Ihre Regierung hat in dieser Hinsicht nichts getan; das müssen wir hier ausdrücklich einmal feststellen.

(Zuruf der Abg. Degen (CDU))

Diese Regierung hat sich den Defiziten in der Museumslandschaft gestellt und diese Defizite aufgearbeitet. Sie hat die Mittel bereitgestellt, um überhaupt einmal die Gebäu-

de so herzurichten, daß man in den Museen wieder etwas ausstellen kann.

Präsident Starzacher:

Herr Kollege Weber, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Weber (Hünstetten) (SPD):

Sie hat durch vielfältige Besuche vor Ort Mut gemacht und Eigeninitiative geweckt. Frau Kollegin Degen, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie die Große Anfrage gestellt haben. Die Landesregierung hat sie mit großer Sorgfalt beantwortet. Diese Antwort hat uns Gelegenheit gegeben, die erfolgreiche Politik der Landesregierung in diesem Bereich darzustellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Degen (CDU): So bescheiden sind Sie, Herr Kollege!)

Präsident Starzacher:

Vielen Dank, Herr Kollege Weber! - Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Ruth Wagner aus Darmstadt für die F.D.P.-Fraktion das Wort. Mit Blick auf die Uhr möchte ich dafür werben, die Redezeit, wenn möglich, nicht voll auszuschöpfen.

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Ich werde mich bemühen.

(Weidmann (SPD): Frau Wagner, besonders bei dem Interesse Ihrer eigenen Fraktion! - Gegenruf der Abg. Degen (CDU): Wir sind noch da, Herr Kollege!)

Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Weber, es gibt überhaupt keinen Anlaß, hier in Danksagungen auszubrechen.

(Weidmann (SPD): Das machen wir schon, wie wir wollen!)

Es ist schlicht die Pflicht der Hessischen Landesregierung, eine Große Anfrage ordentlich zu beantworten.

(Daniela Wagner (Darmstadt) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seien Sie doch nicht so undankbar!)

„Weihrauch, Weihrauch, Weihrauch“ hätte ein berühmter Abgeordneter Ihrer Fraktion vor wenigen Jahren immer noch gesagt. Es ist so. Ich denke nicht daran, Ihnen auch noch Opfer darzubringen.

(Weidmann (SPD): Sagen Sie doch einmal etwas zu Ihrer Fraktion, Frau Wagner!)

- Herr Weidmann, die werden schon kommen. Ich bin ziemlich sicher, wenn meine Fraktion meine Stimme über die Lautsprecher hört, werden auch einige kommen. Kümmern Sie sich bitte nicht um meine Fraktion!

(Hagemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Männern weiß man nie, Frau Kollegin! - Weidmann (SPD): Das ist ein schönes Bild, die Fraktionsvorsitzende spricht, und niemand ist da!)

- Es ist wunderbar. Ich würde gern einmal sehen, wenn Sie Vorsitzender einer Acht-Mann-Fraktion wären, von denen vier in Besuchergruppen sind, wie Sie dann mit den anderen umgingen. Das finde ich einfach nicht so ganz fair.

Meine Damen und Herren, die hessische Museumslandschaft ist vor allem durch private und kommunale Museen gekennzeichnet. Das geht aus der Statistik klar hervor.

(Abg. Hahn (F.D.P.) betritt den Plenarsaal. - Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Ich freue mich, daß Sie Liberale so freundlich begrüßen. Das finde ich hinreißend. Bleiben Sie einmal dabei!

(Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So sind wir, Frau Wagner! - Weidmann (SPD): Das unterscheidet uns von Ihnen, Frau Wagner!)

156 kommunale, 198 private und nur 5 staatliche Museen. Diese Statistik trägt natürlich. Da will ich allen Frankfurtern zur Seite springen, die das hier häufig genug gesagt haben. Die großen Frankfurter Museen, die auch in den letzten Jahren entstanden sind, sind keine Stadtmuseen, sondern haben mehr als landesmuseale Funktion.

(Prof. Breithaupt (SPD): Aber hallo!)

Sie sind sozusagen nationale Bestandteile unserer Kultur, Frau Breithaupt.

(Beifall der Abg. Hahn (F.D.P.), Prof. Breithaupt (SPD) und Degen (CDU))

Trotz alledem - das sage ich gleich an dieser Stelle, weil ich nichts wiederholen will -: Vor kurzem hat Beaucamp, der die Gründung von Hilmar Hoffmann sehr genau verfolgt hat, auf eines aufmerksam gemacht: In den Zeiten, in denen man sehr deutlich gemacht hat, daß Kultureinrichtungen auch ein ökonomischer Faktor sind - das galt für beide Stadtregierungen Frankfurts -, ist wahrscheinlich eine Verwaltungsstruktur in einzelnen Häusern entstanden, die heute ganz schwierig zurückzuführen ist. Beaucamp hat schon vor 15 Jahren Hilmar Hoffmann geraten, daß es vielleicht sinnvoll wäre, eine einzige Verwaltung der großen Museen entlang dem Mainufer zu haben, auf Riesenkataloge bei jeder Ausstellung zu verzichten und sich auf Schwerpunkte zu konzentrieren. Dann wäre Frau Reisch nicht in der keineswegs beneidenswerten Situation, in der sie heilige Kühe schlachten muß. Aber das Schlachten, das Halbieren ist am Ende auch mit dem Ergebnis verbunden, daß eine Kuh tot ist. Es nützt nichts, ein Film-museum zu schaffen und dann zu sagen: Wenn die Besucher sich einen Film nicht mehr ansehen können, sollen sie gefälligst ein Video mit nach Hause nehmen und in ihren Videorecorder stecken! - Das ist der Punkt.

(Prof. Breithaupt (SPD): Da geht es nicht nur um das Museum, da geht es auch um das kommunale Kino!)

Deshalb will ich noch einmal aufgreifen, was Frau Degen zu Recht gesagt hat. Herr Weber, ich will jetzt nicht die Einzelheiten aufzählen. Aber wenn es einen Vorwurf gibt, der völlig unberechtigt ist, dann ist es der, daß in der Kulturpolitik und für die Museen in den letzten vier Jahren nichts geschehen sei. Ich kann mich noch entsinnen, welche Gesichter nicht nur einige meiner Fraktion, der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion gezogen haben, als wir für sage und schreibe 16 Millionen DM den Beuys-Block für das Darmstädter Museum gekauft haben.

(Beifall des Abg. Hahn (F.D.P.))

Ich kann mich sehr wohl daran erinnern, wie hinter mir Darmstädter Bürger gesagt haben: „Des Zeusch könnt hier wech!“, als wir die große Podiumsdiskussion hatten. Dann können Sie hier nicht sagen, Herr Weber, diese Landesregierung habe nichts getan. Ich finde es sehr gut,

daß Frau Mayer mit der heutigen Kulturstiftung und deren Leitung den zweiten Teil von Beuys nach Kassel gebracht hat, weil beide Teile in der Tat den Kulturstandort Hessen international hochhalten.

(Beifall des Abg. Hahn (F.D.P.) - Ministerpräsident Eichel: Richtig!)

Herr Weber, ich will einmal deutlich sagen - da bin ich wahrscheinlich mit Herrn Eichel eher einig als mit Ihnen -: Ich kenne die Exponate der Altertümssammlung in Wiesbaden sehr genau. Ich habe sie 1980 in Sunil- und Sanella-Kisten im Keller des Hauses gesehen. Mittlerweile sind sie in beschriebenen Holzkisten. Wenn Sie die Qualität dieser Exponate einmal genau untersuchen, finden Sie hochwertige Stücke aus der Römerzeit und hochwertige Stücke aus der Barockzeit bis Anfang des 19. Jahrhunderts. Weil die Landeshauptstadt Wiesbaden auf irgendeine Weise - ich weiß nicht, wie - das Landesmuseum dazu gebracht hat, Nachlässe Wiesbadener Bürger aufnehmen zu müssen, finden Sie aber auch Dinge, wie sie auf Flohmärkten und Antiquitätenmärkten zu finden sind. Ich finde es völlig in Ordnung, daß sich Frau Mayer und Herr Exner darauf verständigt haben, einen solchen Abgabemarkt in diesem Museum nicht mehr zu veranstalten.

Deshalb sage ich Ihnen: Die Qualität solcher bürgerlicher Sammlungen des 19. und 20. Jahrhunderts muß genauso untersucht werden wie die von Kunstsammlungen, von naturwissenschaftlichen und anderen Sammlungen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deshalb ist es in der Tat richtig, auch wenn die Beuys-Sammlung und andere Dinge ästhetisch umstritten sind, sie zu komplettieren. Das internationale Renommee Hessens ist davon mehr betroffen als von der Frage, was in ein Wiesbadener Landesmuseum am Ende räumlich an Abteilungen hineingeht - es wird nämlich nicht mit allen Exponaten räumlich gehen -, als von der Frage, ob man nicht anregen dürfe, auch einmal in Weilburg, in Limburg und anderswo diese zu zeigen.

Zum Schluß noch: In dieser Frage bin ich in der Tat der Meinung, daß die berühmte Landeshauptstadt Wiesbaden, die sehr gerne von den Kultureinrichtungen des Landes Hessen profitiert - vom Landestheater, von der Renovierung des Casinos und von anderen teuren, hübschen Sachen -

(Zuruf der Abg. Fleuren (SPD))

endlich einmal einen eigenen Beitrag leistet und eine städtische Sammlung im Landesmuseum unterstützt, wie es die Städte Kassel, Frankfurt und Darmstadt auch tun. Das muß an dieser Stelle auch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Fleuren (SPD): Wiesbaden kommt seiner Verpflichtung nach, Frau Wagner, nehmen Sie das einmal zur Kenntnis!)

- Ich weiß, liebe Frau Kollegin. Die Wiesbadener sind von Herrn Dr. Gerhardt aufgefordert worden, zu den bereits in den Haushalt eingestellten Mitteln - Herr Weber, 1991 waren es 6 Millionen DM, 1992 waren es 12,5 Millionen DM -, einmal deutlich zu sagen, ob sie bereit wären, etwa eine Kunsthalle anzubauen oder ein Ausstellungsgebäude zu errichten. Das war 1990. Bis heute hat es darauf keine Antwort gegeben.

(Weber (Hünstetten) (SPD): Sie haben nicht einmal die Mittel zur Sanierung bereitgestellt!)

Es ist völlig richtig, wenn sich Frau Mayer erst einmal auf die Sanierung beschränkt. Das hätte ich auch getan. Mehr kann sie nämlich nicht. Aber die Stadt Wiesbaden ist endlich einmal gehalten, ihren Beitrag zu dieser Konzeption vorzutragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Im übrigen, falls Sie das beklagen, in Kassel stand ein klares Konzept mit der klaren Vorgabe, für die Jahre 1992 und danach in bestimmten Sanierungsschritten vorzugehen. Die 15,2 Millionen DM reichen bloß nicht.

Vielleicht haben Sie in der überregionalen Presse gelesen, daß insgesamt geschätzte 75 Millionen DM nötig wären, um die Schäden auf der Wilhelmshöhe zu beseitigen.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Ich bin für "Keller und Kunst"!)

Für Darmstadt sind 7,5 Millionen DM vorgesehen, das reicht zunächst für die wichtigsten Schäden.

Ich komme zu der Frage, die Frau Degen zu Recht gestellt hat: Es geht nicht immer um Geld. Auch Kunst- und Kultureinrichtungen müssen sich fragen lassen, ob sie mit den vorhandenen Geldern nicht effektiver umgehen können; das ist die Frage. Ich habe jedoch den Eindruck, daß Sie nicht in den Kultureinrichtungen, sondern an der Kultur sparen wollen, was wir kritisieren.

Kooperation mit Universitäten - ich finde das fast abstrus, und mir ist auch nicht klar, wie Sie das meinen -, mit welchen Fachbereichen denn? Können Sie mir sagen, was Kunsthistoriker aus Unis in den Museen zu tun haben? In Darmstadt wird die Stelle für den Archäologen gestrichen. Da wäre eine Kooperation nötig gewesen. Es gibt gar keine Kooperationsmöglichkeiten.

(Zuruf der Abg. Degen (CDU))

Verehrter Herr Weber, wenn Sie die amerikanische Situation so preisen, dann rate ich Ihnen, besuchen Sie einmal ein privates Museum in Fulda. Dort hat eine engagierte Ärztin ein Kindermuseum völlig privat gebaut und eingerichtet. Das ist eine hervorragende Sache. Sie bekommt bis heute noch keine Mark aus den Zuschüssen des Hessischen Museumsverbandes.

(Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

- Hat sie jetzt etwas bekommen? - Wunderbar, dann freue ich mich, daß das geklärt ist, denn das war wirklich wichtig.

Herr Weber, ich glaube, daß man nicht übersehen darf, daß es in der amerikanischen, ich sage einmal, breiten Provinzsituation häufig entweder die Bibliothek oder das Museum gibt und nichts anderes. Deshalb finden sehr viele ehrenamtliche, private Tätigkeiten, meist für Kinder, statt. Das ist nicht übertragbar.

Präsident Starzacher:

Frau Kollegin Wagner, darf ich Sie bitten, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist beendet.

Ruth Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Zum Schluß frage ich Sie, warum Sie nicht bereit sind, wie es die GRÜNEN im Darmstädter Stadtparlament beantragt haben, die Eintrittsgelder zurückzunehmen. Das Stadtparlament in Darmstadt hat das einstimmig beschlossen. Die Frau Ministerin hat gesagt, sie könne aus den Beschlüssen des Landes nicht aussteigen - das sehe ich ein, es gibt ein Landeshaushaltsgesetz -, aber Sie können es

ändern. Deshalb sage ich Ihnen, die GRÜNEN in Darmstadt haben einen sehr findigen Vorschlag gemacht.

(Zuruf der Abg. Degen (CDU))

Sie haben 6.000 Eintrittskarten gekauft und heute dem Landesmuseum geschenkt, damit endlich ein paar Kinder mehr das Museum kostenlos besuchen können.

Liebe Frau Mayer, liebe SPD, folgen Sie dem Beispiel, dann brauchen wir uns nicht darum zu sorgen, "Museum vor Ort" machen zu müssen. Heben Sie diese dümmlichen Eintrittsgelder auf, die zu einem 70prozentigen Besucherückgang geführt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Starzacher:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wagner! Das Wort hat Herr Kollege Hertle für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Angesichts der vielen Vorredner und Vorrednerinnen habe ich dem kaum mehr hinzuzufügen. Was ich hinzuzufügen hätte, gebe ich zu Protokoll. (siehe Anlage 2).

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Starzacher:

Herr Kollege Hertle, der Beifall war sehr freundlich und auch so gemeint. - Das Wort hat Frau Staatsministerin, Frau Prof. Mayer.

Prof. Dr. Mayer, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung zu der bisherigen Diskussion machen. Sie hat gezeigt - dafür bin ich Frau Wagner sehr dankbar -, wie schwer es ist, die Museumsgeschicke im Lande Hessen vernünftig zu steuern. Ich habe mich darum bemüht. Das Resultat meiner Bemühungen gipfelt in der Sanierung der drei großen Landesmuseen. Diese Aufgabe ist endlich angepackt und umgesetzt worden. Ich werde das Resultat meiner Bemühungen zu Protokoll geben. (siehe Anlage 1).

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Präsident Starzacher:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache und stelle fest, daß wir die Große Anfrage der Abg. Degen, Prof. Dr. Hamer, Dr. Burggraf, Lenz, Möller (Gießen), Rothhoff (CDU) und Fraktion betreffend Museen in Hessen besprochen haben.

Damit sind wir eigentlich am Ende unserer Sitzung. Bevor wir auseinandergehen, möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, noch gern zur Kenntnis geben, daß mir Herr Kollege Hartmut Nassauer gestern in einem Brief mitgeteilt hat, daß er mit dem Ablauf des heutigen Tages sein Mandat niederlegt.

(Oh-Rufe beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Sie wissen, daß er am 19. Juli das Amt eines Abgeordneten des Europäischen Parlaments übernimmt. Herr Kollege Nassauer, ich möchte Ihnen an dieser Stelle für Ihre langjährige Mitarbeit im Hessischen Landtag herzlich Dank sagen. Herr Kollege Nassauer ist zum erstenmal am 1. Dezember 1974 in den Hessischen Landtag eingerückt. Sie alle wissen, daß er in vielfältigen Funktionen in der Landespolitik mitgearbeitet hat: als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Fraktionsvorsitzender, als Innenminister und zuletzt als Vizepräsident des Hessischen Landtags. Für die stets freundliche, kollegiale und konstruktive Zusammenarbeit - bei allen harten Auseinandersetzungen im übrigen - danken wir. Damit Sie die Interessen der Region, die Sie dorthin entsandt hat, nicht aus dem Auge verlieren, möchte ich Ihnen erstens einen Faksimile-Nachdruck der Proklamation von General Eisenhower, mit der das Land Hessen geschaffen wurde, und zum zweiten einen Faksimile-Nachdruck des Originals der hessischen Verfassung mit auf den Weg geben.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit im Europäischen Parlament, in Brüssel und in anderen europäischen Städten und Wirkungsstätten viel Erfolg und eine glückliche Hand. Vielen Dank, Herr Kollege Nassauer!

(Langanhaltender, lebhafter allgemeiner Beifall - Präsident Starzacher überreicht Vizepräsident Nassauer die genannten Faksimile-Nachdrucke)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Sitzung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluß der Sitzung: 17.58 Uhr)

Anlage 1 (zu Tagesordnungspunkt 7)

Nach § 109 Abs. 2 GOHET zu Punkt 7 der Tagesordnung, Drucks. 13/5634 zu 13/3915, zu Protokoll gegebene Stellungnahme der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Mayer:

Hessen besitzt eine überaus dichte Landschaft von Museen. Die großen staatlichen und städtischen Museen und die Häuser in kleinen und mittleren Gemeinden überziehen das Land mit einem erfreulich dichten Netz.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten mit überwiegender wirtschaftlicher Prosperität wuchs die Zahl der Museen in Hessen. Zahlreiche Museen sind neu gegründet oder erweitert worden. Jetzt, da die Finanzen knapper werden, stellen sich manche Träger auf den Standpunkt, die in besseren Zeiten eingegangene finanzielle Verantwortung nicht mehr tragen zu können oder zu wollen. Die Museumslandschaft in Hessen wird an einigen Stellen akut bedroht durch die Absicht der bisherigen Geldgeber, sich aus der Finanzierung eines Museums zurückzuziehen. Das Land gerät dabei von zwei Seiten unter Druck: Zum einen kündigt der Bund den Rückzug aus seiner Förderung von Einrichtungen, die er in den Ländern übernommen hat. So beispielsweise beim gerade erst eröffneten Museum für Sepulkralkultur in Kassel, das vom Bund zu annähernd 60 Prozent finanziert wird. Auf der anderen Seite drängen immer mehr Kommunen darauf, daß das Land deren Finanzleistung für kulturelle Einrichtungen ganz oder teilweise übernimmt.

Hierzu erkläre ich: Das Land Hessen steht zu allen seinen vertraglichen Verpflichtungen im kulturellen Bereich, die es in der Vergangenheit eingegangen ist. Das Land kann aber nicht weitere neue Lasten übernehmen, es kann nicht den Rückzug anderer Finanziers auffangen. Mit Nachdruck appelliere ich daher an die anderen Träger, auch in den jetzigen finanziell schwierigen Zeiten zu ihren früher eingegangenen Verpflichtungen zu stehen.

Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, daß das Land keine neuen Projekte im Museumsbereich beginnt, sondern daß der vorhandene Bestand konsolidiert und in Ordnung gehalten wird. So steht es in der Koalitionsvereinbarung dieser die Landesregierung tragenden Parteien und so wird es auch umgesetzt: Diese Landesregierung hat einen deutlichen Akzent gesetzt und sich trotz knapper Kassen entschlossen, in allen drei großen Hessischen Landesmuseen umfangreiche bauliche Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Diese Maßnahmen beheben Mißstände, die sich über viele Jahre hinweg vergrößert haben und zu teilweise sehr problematischen Zuständen in den Landesmuseen geführt haben.

Folgende Projekte sind im Landeshaushalt gesichert, bereits planerisch begonnen und werden ab Sommer baulich in die Tat umgesetzt:

Erstens: Bei den Staatlichen Museen Kassel wird im Schloß Wilhelmshöhe das Gebäude für die Sammlungen Alter Meister saniert. Hier werden das Dach und die Fenster erneuert, die bauphysikalischen Probleme angegangen und die Depots hergerichtet.

Zweitens: Im Hessischen Landesmuseum Darmstadt haben die Brandschutzmaßnahmen begonnen. Es werden die Dächer saniert und die Depots erneuert.

Drittens: Beim Museum Wiesbaden wird der Gebäudekomplex der Kunstsammlungen umfassend und durchgreifend instandgesetzt.

Zusammengenommen wird eine Summe von fast 50 Mio. DM investiert, um die bauliche Substanz der Museen wieder

herzurichten. Derartige Sanierungen sind weit weniger öffentlichkeitswirksam als ein prächtiger Neubau für die gleiche Summe. Doch wäre es absolut unverantwortlich, jetzt nicht mit den Instandsetzungen zu beginnen. Denn die Schäden sind bereits seit einigen Jahren akut. Hier war Handeln dringend erforderlich. Die Landesregierung hat gehandelt und fast die Hälfte des Sonderprogrammes zur Bauunterhaltung für die Sanierung der großen und traditionsreichen Landesmuseen bereitgestellt.

Auch die anderen Punkte des Regierungsprogramms im Museumsbereich sind umgesetzt. So wurde in Kassel das Deutsche Tapetenmuseum mit Wirkung zum 1. Januar 1993 in die Trägerschaft des Landes übernommen. Neu eröffnet werden konnte das Museum für Astronomie und Technikgeschichte in Kassel in der Orangerie.

Weiter hat eine Arbeitsgruppe aus Museumsfachleuten unter Leitung des Direktors des Senckenberg-Museums, Prof. Dr. Ziegler, die Frage der Neustrukturierung der Naturhistorischen Museen und Sammlungen in Hessen diskutiert. Neben einer Bestandsaufnahme für Hessen werden Hinweise auf fehlende Ausstellungsbereiche gegeben und konkrete Entwicklungsperspektiven aufgezeigt, wie unter dem Eindruck wachsender Naturzerstörung neue Schwerpunkte und Ergänzungen erfolgen können. Schwerer hat es eine weitere Arbeitsgruppe gehabt im Bereich der industrie- und sozialhistorischen Museen, die die Vielfalt der hessischen Museumslandschaft widerspiegeln sollte, um in der Diskussion mit den betroffenen Museen konkrete Kooperations- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Im Ergebnis sollen nicht nur die technischen Errungenschaften, sondern auch die Folgen für die Arbeitsbedingungen, die Lebensbedingungen und die Umwelt im Zuge der industriellen Entwicklung der letzten 150 Jahre verstärkt dargestellt werden. Jedoch werden diese Ergebnisse noch auf sich warten lassen, während über die naturhistorischen Museen und Sammlungen im Frühsommer ein Bericht vorliegen wird.

Mit dem Hessischen Museumsverband, in dem sich seit 1928 die Museen des Landes zusammengeschlossen haben, besitzt Hessen eine Organisation der Selbstverwaltung von Museen, um die uns andere Länder beneiden. Der Museumsverband ist zentraler Träger der Entwicklungen im Museumswesen. Mit seiner Hilfe werden erhebliche Mittel zur Förderung der nichtstaatlichen Museen eingesetzt. Deswegen beobachte ich mit Sorge die im Verband nun schon längere Zeit dauernden, die Arbeit lähmenden Richtungsdebatten. Der Verband muß seine Strukturen effizienter und wirkungsvoller gestalten. Denn bei knappen Finanzmitteln muß eine Förderung zielgerichtet und ergebnisorientiert mit der Möglichkeit zur Setzung von inhaltlichen Schwerpunkten erfolgen.

Die Aufgabe des Verbandes ist es, eine inhaltliche Abstimmung in einer Region stärker als bisher vorzunehmen. Auch muß der Gedanke der Dienstleistung, die ein Museum erbringt, in die Debatte gebracht werden. Es gibt bereits konkrete Beispiele, wie engere Verbindungen mit touristischen Angeboten hergestellt und Zweckgemeinschaften gebildet werden können, von denen beide Seiten profitieren werden. So haben im Süden unseres Landes drei Landkreise einen Verein gegründet, der das Projekt Museumsstraße Bergstraße/Odenwald betreibt. Auch im Norden, im Kreis Kassel, gibt es ein derartiges Netz von Museen von Kultur- und Naturdenkmälern, das den Bürgerinnen und Bürgern und den Gästen nahegebracht wird. Derartige Vernetzungen von Einrichtungen werden von der Landesregierung verstärkt initiiert und gefördert.

Die Landesregierung erachtet das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für ihre Museen als ein außerordentlich wichtiges Instrument, ohne das die Landschaft der Museen in Hessen viel karger und ärmer aussehen würde. Die Existenz vieler kleiner Museen zeigt, daß nur die private Initiative den Betrieb und das Funktionieren dieser Häuser ermöglicht. Die Finanzierung dieser Arbeitsleistung durch die öffentliche Hand wäre nicht möglich. Die ehrenamtliche Mitarbeit soll weiter gefördert werden. Die Verantwortlichen dürfen nicht müde werden, die Mitarbeiter entsprechend zu motivieren. Rechtzeitig müssen auch für solche Aufgaben jüngere Menschen begeistert werden. Auch hier kommt dem Hessischen Museumsverband eine entscheidende Rolle zu. Er muß über die Museumsberatung helfen und anregen, er muß die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter der Museen fortbilden und für eine Weitergabe des Wissens an jüngere Nachwuchskräfte sorgen.

Die hauptamtlich geführten Museen mit festangestelltem Personal, speziell die großen staatlichen Museen, sind während dieser Legislaturperiode verstärkt motiviert worden, innerhalb der gegebenen personellen und finanziellen Strukturen mehr zu erreichen. Kameralistik ist keinesfalls ein Feind von betriebswirtschaftlichem Denken. Kostenbewußtsein, Wissen, welche Arbeitsleistung - und sei es die eigene - wieviel kostet oder wert ist, muß nicht zwangsläufig der Feind guter und herausragender Museumsarbeit sein. Es ist ein weiteres Ziel, daß die Staatlichen Museen stärker als bisher eigenverantwortlich wirtschaften sollen. Das Land hat 1993 durch Beschluß dieses Parlaments Eintrittsgelder für die Museen eingeführt. Es sind moderate Preise mit vielen Reduktionsmöglichkeiten. Ab und zu wird Klage darüber geführt, daß dadurch weniger Besucher kommen. Aber: Hessen war eines der letzten deutschen Länder, das Eintrittsgelder eingeführt hat. Überall sonst, sei es in Münster oder Rosenheim, in Dresden, Köln oder Hamburg kostet der Eintritt in Museen Geld. Die Einnahmen fließen voll den Museen zu.

Es ist ein übliches Phänomen, daß nach der Einführung von Eintrittsgeldern zunächst weniger Besucher kommen, aber dies gleicht sich erfahrungsgemäß bald wieder aus, auch mit Hilfe von attraktiven Präsentationen von Museumsbeständen und einer guten Öffentlichkeitsarbeit.

Niemand im Museumswesen darf das Publikum heute noch als störend empfinden. Im Gegenteil. Das Museum muß auch aus seinen Mauern hinausgehen in die Wirklichkeit, wie es z.B. das neu entstandene Kalibergbaumuseum in Heringen an der Werra tut. Dort werden nicht nur die üblichen Exponate und Schautafeln im Museum dargestellt; das Museum führt die Besucher auch hinaus zu den Zeugnissen der Industriekultur, zu den riesigen Abraumhalden genauso wie in die Arbeitersiedlung. Hier wird beispielhaft die Auswirkung von Industrialisierung und Technikfolgen auf Menschen, Natur und Landschaft dargestellt.

Denn trotz aller Anstrengungen, die der Staat unternimmt und die er nicht reduzieren will, wird es in Zukunft sehr viel stärker als bisher notwendig sein, daß jedes Haus zusätzliche Aktivitäten entfaltet, um einerseits neue Publikumschichten zu gewinnen und andererseits auch, um sich neue finanzielle Spielräume zu erschließen. Aber die Museen dürfen trotz aller Marktüberlegung nicht aus dem Auge verlieren, daß die beste Werbung für ein Haus immer noch interessante Ideen, gut gemachte Präsentationen, pfiffige Darstellungsformen und engagierte Mitarbeiter sind. Ein lebendiges, aktives, kooperatives, ideenreiches, mit anderen Bereichen verknüpftes Museum ist für die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt und einer Region kultureller Mittelpunkt. Die Landesregierung wird alles nach besten Kräften unterstützen, damit die kulturelle Vielfalt diesem Land auf Dauer erhalten bleibt. Dazu tragen unsere großen Landesmuseen, aber auch die vielen Museen in den größeren und kleinen Gemeinden unseres Landes bei und nicht zuletzt das Engagement traditions- und geschichtsbewußter Menschen. Für ihren unermüdlichen Einsatz möchte ich im Namen der Landesregierung danken.

Anlage 2 (zu Tagesordnungspunkt 7)

Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 7 der Tagesordnung, Drucks. 13/5634 zu 13/3915, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Abg. Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Museen sind Orte der Vergegenwärtigung unserer und fremder Kultur, der Geschichte und der Natur und ihrer Geschichte. Die Antwort auf die große Anfrage "Museen in Hessen" macht das weite Feld der Arbeit der Museen in Hessen deutlich: Sammeln, Forschen, Konservieren, Ausstellen und Bilden finden in den Museen in einem weiten Themenfeld von Gemälde- und Skulpturensammlungen, volkswissenschaftlichen und kulturhistorischen Sammlungen, Grafik, Kunsthandwerk und Antikensammlungen statt. Wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freuen uns insbesondere, daß in den vergangenen Jahren mit der Hilfe der Kulturstiftung zwei bedeutende Bestandteile des Werkes von Joseph Beuys in Darmstadt und Kassel für das Land erworben werden konnten. Die Museen sind Insignien unserer Epoche und zeigen, daß die Museen in Hessen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes nicht nur eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ermöglichen, sondern uns mit Fragen an unser Selbstverständnis, das unserer Kultur stellen. Beunruhigung und Verstörung sind durchgängige Charakteristika der modernen Kunst, des Werkes von Beuys zum Beispiel, sie zeichnen aber ebenso unsere Epoche aus.

Die Museen in Hessen arbeiten erfolgreich, der Zuspruch der Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten fast ständig gestiegen. Wir wünschen uns, daß zukünftig die Mittel für Sonderausstellungen steigen, damit attraktive Ausstellungen nicht zuletzt aus den großen Depotbeständen als Magneten für die Museen wirken können. Die Lichtenberg-Ausstellung zum Beispiel wird auch in Hessen gezeigt.

Leider wurden in den letzten Jahrzehnten dringende Sanierungsvorhaben in den Landesmuseen vernachlässigt. Dem wird zur Zeit abgeholfen, über 45 Millionen sind für diese Sanierungsvorhaben eingeplant. In Darmstadt beginnt die Sanierung mit Bau- und Reparaturmaßnahmen am Dach und beim Brandschutz, in Wiesbaden wird eine umfassende Sanierung vorgenommen. In der Kasseler Wilhelmshöhe wird ebenfalls das Dach saniert und es sollen die Fenster saniert werden. In Kassel ist es durch Kooperation der Museen in Kassel gelungen, aus der Not - nämlich der Auslagerung der alten Meister für die Dauer der Sanierung - einen kulturellen Gewinn zu machen: Werke aus dem Schloß

Wilhelmshöhe sollen im Fredericianum, so die Planung, mit Werken moderner Kunst gezeigt und konfrontiert werden.

Die privaten Museen haben ihren Schwerpunkt in der Volks- und Heimatkunde. Hier muß durch intensive Beratung weiterhin an der Qualitätsverbesserung, der didaktischen Aufbereitung und Schwerpunktbildung gearbeitet werden.

Auf ein privates Museum möchte ich an dieser Stelle hinweisen: das durch privates Engagement entstandene Museum über die Grube Messel und die dort gefundenen Fossilien. Dieses Museum ist jetzt an der Erschließung der Grube Messel als weltweit einmalige Fossilienfundstätte für die Öffentlichkeit beteiligt. Wir werden uns weiterhin für eine öffentliche Auseinandersetzung, für eine Erschließung der Grube und der Fossilien einsetzen und dabei auch das Landesmuseum Darmstadt unterstützen mit seiner reichen Fossilienammlung und der Forschungstätigkeit über die Fossilien.

Die Bildungsaufgaben der Museen müssen weiter gestärkt werden. Der jungen Generation und den Schulen muß stärker als bisher die Gelegenheit der Auseinandersetzung mit Kultur, Geschichte, Natur in den Museen erschlossen werden. Wir sind daher energische Vertreterinnen und Vertreter des Ausbaus der Museumspädagogik, der Zusammenarbeit von Schule und Museum, von Vereinen, Einrichtungen der Jugendhilfe mit den Museen. In den Museen ist die Möglichkeit und die Kompetenz für eine lebendige Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur, mit Naturgeschichte und aktueller Kunst gegeben. Die museumspädagogischen Kompetenzen in den Museen sollten daher ausgebaut werden.

Leider haben wir bis heute in Hessen kein Kindermuseum. In den USA und vielen anderen Ländern sind Kindermuseen heute eine Selbstverständlichkeit. Sie bieten Kindern einen anschaulichen Zugang zu unserer Kultur und erfüllen eine wichtige bildungspolitische Aufgabe in diesen Ländern. Wir wollen die Ansätze eines Kindermuseums, wie in Frankfurt das "Werkstatmmuseum Kaleidoskop", das mit einigen hervorragenden Ausstellungen große Begeisterung bei den vielen Kindern, die sie besuchten, hervorriefen, stärker unterstützen. Perspektivisch plädieren wir für die Einrichtung von Kindermuseen, die die Kinder in praktischer Weise an Themen und Fragestellungen, an Kultur und Kunst heranführen. Das wird eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode sein.